

Ercheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mark, monatlich 1,10 Mk. wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzige Nummer 6 Pfg. Sonntags-Nummer mit Kultur-Sonntags-Beilage „Neues Welt“ 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. 50 Pfg. Romat. Einziger. in der Post-Zeitungs-Verwaltung für 1893 unter Nr. 6798.

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Vertikale oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Feiertagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Lehrsprache: Amt I. 1508 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 12. Dezember 1893.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Vom Unzufriedenheits-Bazillus.

Eine Saite, deren schriller Klang gewissen Ohren außerordentlich lästig ist, hat der Abgeordnete Singer kürzlich im Reichstage angeschlagen. Er wies bei den Steuerdebatten auf die Aeusserungen der Mitternachts-Hin, die sich in den Landtagen der einzelnen Bundesstaaten während der letzten Wochen auffällig gemehrt haben, speziell auf die Debatten im bayerischen Landtage, in welchem unsere Genossen dafür sorgen, daß die schläfrige Bourgeoisie gar nicht mehr zu Athem kommt. Der bayerische Finanzminister Michel sagte sich zwar aufs hohe Ross und behauptete, die gesammte bayerische Volksvertretung sei mit der Regierung über die Unumgänglichkeit der neuen Reichs-Steuerreform einig. Wer aber die Verhandlungen des bayerischen Landtags auch nur ganz oberflächlich verfolgt hat, der weiß, daß das Gegenteil wahr ist, und Singer und andere werden ja wohl dem Schönfärber bei passender Gelegenheit die Antwort nicht schuldig bleiben. Nun hiesse es aber, den Beruhigungsmeiern das Geschäft allzu leicht machen, wenn man sich mit dem Hinweis auf Bayern begnügen wollte. Durch das ganze Gefüge der 27 deutschen Bundesstaaten geht ein Zittern und Schüttern vor der Entwicklung, welche die Dinge in Preußen-Deutschland nehmen, eine unbehagliche Bewegung, die dem aufmerksamen Beobachter nicht entgehen kann.

Nächst den Aeusserungen tiefster Unzufriedenheit im bayerischen Landtage kommt die Affäre des Gefandten Württembergs in Berlin, eines gewissen bis dahin weiten Volkskreises gänzlich unbekannt gebliebenen Herrn v. Moser. Aber es entspricht gerade dem deutschen Verfassungskammer und den vorstuflichen politischen Verhältnissen, an denen wir in den deutschen Bundesstaaten noch krank, daß sich die Wirkungen sozialer Erschütterungen zunächst im erbärmlichsten höflichen Kleinkram äußern. Der württembergische Gefandte in Berlin ist wegen Differenzen mit seinem Premierminister beurlaubt und wird nicht wieder zurückkehren. Andere sagen, er ist auch am Berliner Hofe in Ungnade gefallen. Das Blatt für pflichttreue Staatsbeamten, die „Post“, nimmt ihn wegen seiner tadellosen Amtsführung — worin mag die wohl bestanden haben? — in Schutz und der Chor der politischen Geheimniskrämer und Wichtigthuer in der „Frankfurter Zeitung“ und anderswo flüster von Verstimmungen, die zwischen Preußen und Württemberg aus Anlaß der Steuerfragen, Militärreorganisation u. s. w. eingetreten seien. Ueber die Pharisäer, die erst hinter einer sich höchst gleichgiltigen Personenveränderung Dinge suchen wollen, die für jeden auf der Straße liegen, der Augen hat zu sehen! Ist es ein Wunder, daß sich der Unzufriedenheits-bazillus nach und nach in Kreisen festsetzt, die früher das Menschenmögliche an Reichstreue geleistet haben? Die Nachhader in den Bundesstaaten müssen es mit der Zeit spüren, daß sie ihre eigene Stellung

kompromittiren, wenn sie der Parole der Volkvergewaltigung blind gehorchen, die auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete von Berlin aus als das einzige Heil verkündet wird. Es ist ganz gleichgültig, ob Weinstener, preussische Militärauforderungen oder neue Marinegelder den letzten Anstoß zur Karambolage gegeben haben; wahrscheinlich von allem etwas. Man beginnt eben selbst in Kreisen, die sonst kaum geneigt sind, Volksbewegungen ihr Ohr zu leihen, doch eine Art lähmender Furcht zu empfinden vor dem unheimlichen Wurren der Massen, der Arbeiter, der Handwerker, der Kleingewerbetreibenden und der unteren und mittleren Beamten, das wie das Rollen einer fernen Brandung selbst durch die dicken Mauern der Paläste und Ministerwohnungen durchdringt. Und es ist auch ganz natürlich, daß man in den kleineren Bundesstaaten außer Preußen zuerst auf die schreckhafte Erscheinung reagirt. In den Staaten und Staaten zweiten bis letzten Ranges hat man noch etwas mehr Fühlung mit der Volksstimmung, als dort, wo in unnahbarer Ferne die Zentralsonne thronet. Man ist ein wenig mehr auf die Stimmungen der Umgebung angewiesen, durch die relative Kleinheit der Verhältnisse dazu gezwungen, mit der Wirklichkeit sich etwas mehr abzufinden, als anderswo. Satrapen wechselten und stürzten schon im römischen Reiche noch mehr als die Imperatoren. Auf den Nachhabern in den Provinzen eines großen Reiches bleibt naturgemäß zuerst der Haß für Dinge haften, die sie doch nur, einem höheren Willen folgend, ausführen; und das ist keine sehr angenehme und bequeme Lage.

Wenn in Württemberg die Wirkungen des Unzufriedenheits-Bazillus in besonderen Erscheinungsformen zu Tage getreten sind, so haben sie sich in Sachsen ähnlich gezeigt wie in Bayern, durch recht bedenkliche Debatten im Landtag, bedenklich natürlich für die bestehende Ordnung, die „heilige, segensreiche“. Die Verhandlungen über den Etat des Königreichs, Ende vorigen Monats, ließen kritische Stimmen zu Wort kommen, die man früher auf solcher Seite vergeblich gesucht hätte. Unser Genosse Geyer nagelte es in der Sitzung vom 23. November ganz richtig fest: es sei merkwürdig, wie kritisch auch der Redner der Regierungspartei, der zu Anfang von den bedienten-haftesten Versicherungen der Loyalität anlässlich einer bevorstehenden Pringenvermählung überfloß, über die Wirtschaft- und Finanzlage sich geäußert habe. Ja, der Teufel der Unzufriedenheit geht eben um und sucht wen er verschlinge. Wie war sie früher einig gewesen gegen die Sozialdemokratie, die bürgerliche Mehrheit des getreuen sächsischen Landtages, in dem Lobgesang auf diese besten der Welten, und im Niederstimmen der vollschämlichen Anträge bewahrte sie ja auch diesmal wieder ihren Charakter als einige Vertretung der einen reaktionären Masse. Aber die Melodie ihrer Reden war doch schon auf recht traurige Weisen gestimmt, weil sie alle die Unbehag-

lichkeit der jetzigen Situation spüren — Dr. Mehnert sehnt sich bei aller Sympathie für die Börsensteuer unter das Bismarck'sche System zurück, die National-liberalen schauen ängstlich nach Oben, was wohl noch kommen werde, ein Freisinniger verbeißt sich so in die Kritik der jetzigen Wirtschaft, daß er von einem Parteigenossen zum halben Kommunisten gestempelt wird — das sind so die Eindrücke der Zerfahrenheit und Unsicherheit auf macht-habernder Seite, welche die Etats- und Steuerdebatten auch im sächsischen Landtage nahmen. Ja, schwere Zeiten für die bewährten Kämpfer gegen die Hezer und Agitatoren, da die Umstände selbst die Heze und Agitation für allgemeine Unzufriedenheit besorgen!

Niemand von uns wird natürlich aus diesen an und für sich untrüglichen Beobachtungen schließen, daß deshalb irgend welche Umkehr oder Veränderung in der grundsätzlichen Haltung der herrschenden Klassen zu erwarten sei. Blind müssen sie ihrem Schicksal entgegen gehen, das ist nun einmal so der Lauf der Dinge. Auch an der Zentralfstelle versteht man selbstverständlich nicht die Zeichen der Zeit zum eigenen Nutzen zu deuten. Der „Reichsanzeiger“ brachte kürzlich ein würdiges Seitenstück zu der enthusiastischen Aufnahme des Kaisers bei seinen Manövern und Jagdreisen, die bekanntlich ein Symptom für die begeisterte Zustimmung zur Militärvorlage sein soll. Die Etatsrede jenes durch sein Bündelholz-Monopolprojekt unfreiwillig berührt gewordenen Duodezministers aus dem schwarzburg-rudolstädtischen Landtagsstübchen mußte dieser Tage als Zeugniß für die Verechtigung des Miquel'schen Reichsfinanzreform aufmarschiren. Humor in der Tragik! Die Unzufriedenheit mag gerade im Gebiete der Thätigkeits-Kameraden die böse Eigenschaft gemein, daß er sich um das kurze Gesicht der Aerzte nicht kümmert und nicht um die goldene Schwelle des Reiches: er ist auch einmal in Massen da, und die Katastrophe ist dann auch nicht fern.

### Explosion in der französischen Kammer.

Es giebt gewisse Nachrichten, über die man mit dem Urtheile zurückhalten muß, auch wenn sie anscheinend abgeschlossen und genau den Thatsachen entsprechend sich uns darstellen. Dies gilt namentlich von allen den Kampf zwischen Kapital und Arbeit und überhaupt die sozialen Mißstände direkt oder indirekt betreffenden Nachrichten. Die herrschende Klasse hat die Anfertigung und Verbreitung der Nachrichten so vollständig monopolisirt und in ihrem Klasseninteresse eingerichtet, daß die Wahrheit sehr häufig in ihr Gegentheil verkehrt, in den weitaus meisten Fällen zum

### Feuilleton.

nochdruck verboten.

30

### Skizzen aus der sozialistischen Bewegung in Rußland.

(Aus dem Russischen übersezt.)

Ardaljon war aber stolz und sein Ehrgefühl sträubte sich gegen den Verrath.

Nach einigen Tagen besuchte ihn der Staatsanwalt und sagte ihm, daß er auch ein Liberaler, daß er mit der Regierung nicht zufrieden sei, aber sich sagen müßte, daß die Revolution nicht anders verfahren könne, bevor die Revolution nicht niedergeschlagen sei.

Der Staatsanwalt seufzte und sprach von dem Kummer, den die Sozialisten ihren Vätern und Müttern machen.

„Und das ist das Kränkendste,“ sagte er, „daß all dieser Kummer und die Thränen umsonst sind. Sie sind ein verständiger Mann; Sie werden es doch einsehen, daß der Kampf der Sozialisten gegen die Regierung keinen Erfolg haben kann. Im Laufe von zwei oder drei Jahren werden alle Sozialisten arretirt sein, und ich wünsche das nicht als Staatsanwalt, sondern als freiheitsliebender Mensch, denn sobald die Regierung die Revolution unterdrückt hat, wird sie die Konstitution einführen.“

„Glauben Sie daran?“ fragte Ardalion.

„Ohne Zweifel. Die Regierung hat es eingesehen, daß die Konstitution unumgänglich nothwendig ist, aber niemals wird sie sich darauf verstehen, die Konstitution jetzt einzuführen; damit würde die Regierung die Partei der Minorität anerkennen. Wenn die Terroristen die Sachlage

begriffen, würden sie selbst den Kampf aufgeben, damit sie schneller zu ihrem Ziele, nämlich zur Konstitution, gelangten. Aber die Terroristen sind durch diesen leidenschaftlichen Kampf verblendet, sie sind im Stande, die Dinge objektiv zu beurtheilen! Und das letztere kann man auch gar nicht von ihnen verlangen. . . . Aber würde das nicht ein Glück für Rußland sein, wenn der letzte Terrorist unschädlich gemacht werden würde?“

Auf den wenig entwickelten Ardalion machten solche Gespräche des Staatsanwalts einen tiefen Eindruck. In seiner Einsamkeit begriff er nicht, daß der Staatsanwalt ihm die Unwahrheit sagte; dieser gestel ihm und er glaubte ihm. Und dann, da Ardalion nie das richtige Wesen des Sozialismus begriffen hatte und ihm jeder kritische Blick fehlte, fand er, daß das Urtheil des Staatsanwalts über den Sozialismus ein verständiges sei. Er war überzeugt, daß die Terroristen in der That nicht wissen, was sie wollen, und daß die Regierung, sobald sie alle Terroristen eingekerkert hat, sofort die Konstitution einführen wird.

Ein Monat verging nach dem andern, Ardalion's Nervenzerrüttung nahm immer zu, so daß er häufig an Schlaflosigkeit litt. Der Gedanke, sterben zu müssen, ohne eine hervorragende Stellung eingenommen zu haben, quälte ihn sehr. Er hatte alle Hoffnungen auf seine Befreiung verloren, und alle moralischen Eigenschaften fehlten ihm, die sonst einen Menschen in einer solchen Lage aufrecht erhalten; um so mehr quälte ihn sein Egoismus.

Einst lag Ardalion auf seiner Brüste schlaflos da . . . er war vollkommen erschöpft, alle Nerven schmerzten ihm; der Aerger drohte ihn zu ersicken, so daß er laut stöhnen mußte. Dann glaubte er schwarzgekleidete Männer, mit Schaufeln ausgerüstet, zu sehen, die einen unterirdischen Gang gruben — das waren die Terroristen. Er will sie nicht sehen, weil sie ihm wider-

lich geworden waren. Plötzlich erblickt er einen großen Plak, auf dem sich eine Menge Leute befinden — er hört die Glocken läuten und den Lärm von tausenden Stimmen. . . . Minin und Ptschardski ziehen an der Spitze des Volkes, um Moskau zu retten. . . . Jemand eine Bassstimme singt: „Die Morgenröthe naht sich.“

Ardaljon öffnete die Augen und bemerkte, daß der Tag schon angebrochen war. Aber was hängt da an dem Fenstergitter — wieder diese schreckliche Schlinge. Er sprang vom Bette auf und lief aufgeregert in seiner Zelle auf und ab.

„Ich werde das Vaterland retten“, flüsterete er mit zitternder Stimme, und seine Augen glänzten wie die eines Wahnsinnigen.

„Ich werde dem Kampfe in Rußland ein Ende machen, ich werde die Konstitution einführen. Ich werde alles sagen, was ich weiß und Rußland wird ruhig, die jungen Leute nicht mehr getödtet werden. . . . der Sozialismus wird verschwinden. . . . mich wird man befreien. . . . und ich werde nach Amerika reisen mit dem Ruhme, Rußlands Retter gewesen zu sein.“

Am anderen Tage theilte man Ardalion mit, daß seine Sache bald zur Verhandlung kommen würde. Er lächelte dazu und sagte dem Wächter:

„Geben Sie mir einen Vogen Papier zum Schreiben.“

Ardaljon schrieb dem Staatsanwalt!

„Ich bitte Sie, auf alle Fälle mich heute besuchen zu wollen.“

Die Worte: „Auf alle Fälle“, unterstrich er.

„Was wünschen Sie?“ fragte der Staatsanwalt, der sofort der Einladung Ardalion's gefolgt war.

Ardaljon antwortete mit feils erhobenen Kopfe und feierlicher Stimme:

„Ich habe mich zu dieser großen That entschlossen. Sie ist eine schreckliche, aber die Liebe zum Vaterlande steht



mindesten tendenziös entstellt wird. Von je 100 Nachrichten über Streiks, Konflikte zwischen Arbeitern und Polizei oder Soldaten, „anarchistische Ausschreitungen“ u. s. w. sind 99 ganz oder theilweise erlogen.

Wir sind zu diesen Betrachtungen veranlaßt durch die vorliegenden Nachrichten über die Explosion, die am Sonnabend Abend in der französischen Kammer stattfand. Die ersten Telegramme liegen auf ein ähnliches Verbrechen wie das von Barcelona schließen. Sie haben sich als falsch erwiesen. Von einer „Bombe“ kann nicht die Rede sein, und die schweren Verwundungen scheinen überhaupt nicht vorzuliegen. So weit sich bis jetzt übersehen läßt, war der Sprengstoff nicht stärker als er bei manchen Feuerwerkskörpern gebraucht wird, und die Hölle jedenfalls sehr primitiv hergestellt. Wer diese Bombe warf, kann unmöglich eine Massenmeherei beabsichtigt haben, wie nach dem ersten Telegramm geglaubt werden mußte. Und zwischen einem Bubeustreich, auch dem verwerflichsten und verworfensten, und einem infernalischen Verbrechen ist denn doch ein Unterschied, und je nachdem das Eine oder das Andere vorliegt, muß das Urtheil ein verschiedenes sein. Unter solchen Umständen, und noch dazu angeht die höchst verdächtigen Gile, mit der die europäische Reaktion das Ereigniß zu „fruktifizieren“ sucht, werden wir uns heute nicht weiter über dasselbe äußern, und wollen bloß noch bemerken, daß das, was über die Person des entdeckten Urheber der Explosion bekannt worden ist, der Ansicht, daß es sich um eine politische Aktion gehandelt habe, weit eher widerspricht als sie bestätigt.

Wir lassen nun die Explosion bezüglichen Depeschen folgen:

Paris, 10. Dezember. Vaillant hatte bei seiner Vernehmung im Palais Bourbon seinen wahren Namen angegeben und auf der Präsektur war ein ihn betreffendes Attestat vorgefunden worden. Nach dem Hotel-Dieu überführt worden, erklärte Vaillant dort, Marchal zu heißen. Durch das Verhör wurde festgestellt, daß Vaillant zwei Wohnungen hatte, die eine in Choisy le Roi, die andere in der Rue Daguerre; in letzterer war er unter dem Namen Marchal bekannt. Vaillant hielt seine Behauptung, keine Mitschuldigen bei der That gehabt zu haben, aufrecht. Er gab an, sich bei seinem Verbrechen eines kleinen eisernen Gefäßes bedient zu haben, in dem sich eine Röhre befand, welche mit der Säure gefüllt war, durch welche die Explosion herbeigeführt werden sollte. Vaillant behauptete, daß sich in seiner Wohnung Rue Daguerre Explosivstoffe befänden, doch ist bei der Hausdurchsuchung nur ein ebensolches eisernes Gefäß gefunden worden, wie dasjenige, welches er zur Herstellung der Bombe benutzte.

Der wahre Name des Attentäters ist Auguste Vaillant. Er ist am 29. Dezember 1861 in Mezieres (Ardennes) geboren und wohnte in Montmartré, wo er dem sozialistisch-revolutionären Komitee des 18. Arrondissements angehörte; er hatte an mehreren Kundgebungen seiner Partei theilgenommen und wurde von der Polizei überwacht. Vor einigen Jahren war er nach Amerika ausgewandert und hatte in Buenos Ayres gelebt. Seit seiner vor einigen Monaten erfolgten Rückkehr nach Frankreich wohnte er in Choisy le Roi und war in einer Lederwarenfabrik beschäftigt. Seine Identität ist nunmehr festgestellt. Er erklärte, daß er den Kammerpräsidenten treffen wollte, damit seine That eine größere Wirkung habe. Vaillant ist am rechten Bein und an der Nase verwundet und wird im Hotel Dieu so lange in Behandlung und unter Aufsicht mehrerer Polizeibeamten bleiben, bis anderweitige Anordnungen getroffen worden sind.

Von anderer Seite wird gemeldet, daß Vaillant fünf Mal wegen Diebstahls und anderer Verbrechen bestraft worden ist. Hinsichtlich der Ausführung des Attentates erklärte Vaillant, daß in dem Augenblick, als er die Bombe habe schleudern wollen, eine vor ihm stehende Frau, auf die er sich stützte, eine Bewegung gemacht habe, wodurch die Schwingkraft seines Armes gehemmt worden sei, so daß die Bombe auf das vorspringende Gesims der Gallerie niederfiel und hier sofort explodirte. Daher wurden mehrere auf dieser Gallerie stehende Zuschauer und Vaillant selbst verwundet.

Paris, Sonntag, 10. Dezember, 1 Uhr Nachts. Die Zahl der im Kammergebäude vorgenommenen Verhaftungen beläuft sich auf etwa 60; schwere Verdachtsmomente richten sich neuerdings auf einen erst vor Kurzem nach Paris gekommenen Schwärmer Namens Champagne, welcher hier möbirt wohnt. Derselbe ist nicht verwundet. Die in der Bombe enthaltenen gewöhnlichen Nadel sind nicht eiserne Hufnadeln, sondern grobe eiserne Schuhnadeln. Champagne soll, als er sah, daß er zu Wagen fortgeschafft werden sollte, seine anfängliche Sicherheit verloren haben. Bei der Abfahrt eines anderen Wagens, welcher eine Anzahl Verhafteter fortbringen sollte, unter denen sich ein gewisser Girard befand, rief diesem letzteren einer der untenstehenden Neugierigen zu: „Diesmal hab'n sie Dich erwischt!“ Gestern Abend belief sich die Zahl der Verwundeten,

höher, als jede andere Liebe. Ich habe es eingesehen, daß die sozialistische Bewegung eine Kinderlei ist. Da ich einsehe, daß sie nie zu einem Ziele führen kann, sondern nur viele junge Leute in das Verderben führt, habe ich mich entschlossen, alle Geheimnisse des Sozialismus Ihnen mitzutheilen. Meinem Herzen thut das sehr weh, aber da ich mich einmal entschlossen habe, so erfülle ich ohne zu schwanken meine Pflicht. Ich bin überzeugt, daß nicht allein die Geschichte, sondern auch die Regierung meine Dienste zu schätzen wissen wird.“

„Ohne Zweifel, Sie werden befreit werden,“ sagte der Staatsanwalt.

Ardalson ging langsam auf und ab und überlegte sich seine Auslagen, und der Staatsanwalt rückte den Tisch an das Bett heran, nahm aus seiner Mappe alle nöthigen Schreibutensilien heraus und sah, wie ein gehorsamer Schüler, der ungeluldig das Diktat erwartet. Endlich hatte sich Ardalion den Anfang zurecht gelegt:

„Schreiben Sie,“ sagte er plötzlich, „ich, Ardalion Tugin, schreibe zu einer großen und schrecklichen That. Wenn die Regierung einen Krieg erklärt, ist sie sich bewußt, daß der Krieg tausenden von Menschen Leid zufügt, und dennoch muß sie zum Nutzen des Vaterlandes den Krieg erklären.“

Ebenso bin ich mir bewußt, daß infolge meiner Auslagen meine Kameraden viel zu leiden haben werden, aber ich mache sie doch, weil die Interessen des Vaterlandes es verlangen.

Ich fühle mich indessen veranlaßt, die Regierung zu bitten, daß sie mit der größtmöglichen Schonung mit meinen Kameraden verfahren möge.“

„Er bildet sich ein, ein Sieger zu sein, der die Friedensbedingungen diktiert,“ sagte sich der Staatsanwalt, nur mühsam sich eines Lächelns enthaltend.

„Ich hoffe, daß man dieser meiner Bitte nachkommen wird,“ sagte Ardalion.

„Natürlich,“ antwortete der Staatsanwalt mit einem Ton, der keinen Zweifel aufkommen ließ.

(Fortsetzung folgt.)

denen in der Quästur die erste Hilfe geleistet worden war, auf 47, einige 30 Verletzte hatten sich nach ihren Behausungen begeben. Zwei Verwundete wurden nach der Krankenabtheilung des Gefängnisses gebracht. Zu den sechs Gefangenen auf dem 3. Polizeibureau in Haft gehaltenen Individuen sind spät Abends noch zwei hinzugekommen. — Ein sehr schwer Verwundeter, ein gewisser Doux, wurde nach dem Hôpital de la Charité übergeführt, der Zustand desselben gilt, da die Schädeldecke gesprengt ist, für hoffnungslos.

Das Verhör der Besucher der gestrigen Deputirtenversammlung wird ununterbrochen fortgesetzt, es sind deren noch 150 bis 200 zu vernehmen; dieselben sind im Hof und im Vestibule versammelt und äußern ihre Unzufriedenheit, derartig bewacht zu sein und sich nicht nach Hause begeben zu können. Mehrere Journale weisen den Sozialisten die Verantwortung zu. „Radical“ und „Justice“ brandmarken das Attentat. „Figaro“, „Voltaire“ und „Conterre“ verlangen besondere Unterdrückungsmaßregeln. „Matin“ sagt, es genüge nicht, den Arm zu treffen, man müsse den Kopf treffen.

Paris, 10. Dezember. Nach Angabe der Quästur ist der Deputirte Leclerc am linken Ohr, Abbe Demoy mehrfach am Kopfe verwundet, jedoch war der Zustand des Letzteren gestern Abend recht zufriedenstellend; Graf de Louvaine ist ebenfalls am Kopfe verwundet, die Deputirten Dufrane, Cousin de la Peronnays, Dumas, Lefebvre und Lecocq sind alle leicht verletzt. Ueberall in der Stadt zeigt sich tiefgehende Erregung. — Alle Personen, welche im Hotel Dieu überwacht worden waren, sind wieder in Freiheit gesetzt worden. Die Polizei behielt nur Vaillant und 5 oder 6 andere Verdächtige im Gewahrsam.

Paris, 11. Dezember. Die Anstregung über das in der Kammer verübte Attentat hat sich durchaus noch nicht gelegt; die Bevölkerung wird im Gegentheil durch die ununterbrochen erscheinenden Extrablätter in Erregung gehalten. Marchal, dessen richtiger Name Vaillant ist, hat ein volles Geständnis abgelegt, doch stellt derselbe in Abrede, irgend welche Mitschuldigen zu haben. Er hat erklärt, sie würde von größerer Wirkung gewesen sein, wenn sie, wie er beabsichtigte, direkt in die Reihen der Deputirten gefallen und auf der Erde explodirt wäre. Der Attentäter wurde aber, als er zum Bersten ansetzte, durch die Bewegung einer neben ihm stehenden Person gehemmt, so daß der Wurf zu kurz war. Die Polizei ist ununterbrochen mit Nachforschungen bei den Anarchisten beschäftigt und glaubt einer weitverzweigten Verbindung auf der Spur zu sein.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Dezember.

**Aus dem Reichstage.** Von 11 Punkten, die heute auf der Tagesordnung standen, wurden 9 erledigt. Angenommen wurden in dritter Lesung der 50prozentige Zollzuschlag für die aus Rußland eingeführten Waaren; der Freundschafts- und Handelsvertrag mit dem Freistaat Kolumbien und einige andere kleinere Vorlagen.

Die Interpellation wegen Einschränkung der Sonntagsruhe an den Sonntagen vor Weihnachten und Neujahr, zu der sich Antisemiten, Nationalliberale und Freisinnige Vereinigung in edler Brüderlichkeit zusammengesunden hatten, fiel vollständig ins Wasser. Von dem Antisemiten Werner begründet, erwiderte der Staatssekretär von Bötticher, daß nach Lage der Gesetzgebung der Bundesrath gar nicht in der Lage sei dem Wunsche der Interpellanten zu entsprechen; außerdem aber sprach sich der Minister dahin aus, daß kein Anlaß vorliege, im Sinne der Interpellanten vorzugehen. Diese selbst schienen sich ihres eigenen Nachwerks zu schämen, denn es unterblieb der Antrag auf Besprechung der Interpellation.

Der Gesetzentwurf auf Gleichstellung der Kriegszwangslosen fand einstimmige Annahme. Bei dieser Gelegenheit wurde von mehreren Rednern auf den skandalösen Zustand hingewiesen, daß die Hinterbliebenen von bei Friedensübungen verunglückten Landwehrlenten u. keinen Anspruch auf Unterstützung, also eventuell der Armenpflege anheim fallen. Die Regierungsvertreter schwiegen sich bezeichnender Weise über diesen Punkt aus.

Der von Vertretern aller Parteien des Hauses gestellte Antrag auf Wiedereinführung der Eisenbahn-Freikarten für die Reichstags-Abgeordneten wurde von Herrn v. Benda kurz begründet und von Herrn Camp überraschender Weise belämpft. Dieser Herr fürchtet die „Agitationserleichterung“, welche eine Folge der Freikarten sein würde. Das Haus stimmte fast einstimmig für den Antrag, nachdem auch Herr von Kardorff sich für denselben kurz ausgesprochen hatte.

**Vom Gesecksmarkte.** Betreffs des Jesuiten-Antrages läßt sich die „Halle'sche Zeitung“ aus Berlin telegraphiren:

Es steht leider fest, daß die Stimmen Preußens im Bundesrathe für die Aufhebung des Jesuitengesetzes abgegeben werden. Es war bereits in Antrag Preußens in dieser Richtung vorbereitet, ehe die Jesuitendebatte im Reichstage gehalten wurde. Das Centrum hat deshalb die Beratung des Antretages Hompsch so sehr beschleunigt, um dem katholischen Velle gegenüber sich die Priorität zu wahren. Als Entgelt wird das Centrum für die Durchbringung aller Handelsverträge sorgen.

Wir halten diese Nachricht für wahr und sollte sie nicht wahr sein, so dürfte sie es werden. Die Regierung braucht die Centrumsstimmen und das Centrum will, daß das Jesuitengesetz aufgehoben wird. Sind sie noch nicht handelseinig, so werden sie es bald werden.

Nach einem soeben im Abgeordnetenhaus erschienenen Verzeichniß der Mitglieder zählen die Konservativen 141, das Centrum 95, die Nationalliberalen 90, die Freikonservativen 61, die Polen 17, die Freisinnige Volkspartei 18, die Freisinnige Vereinigung 6 Mitglieder. Fraktionslos sind 9 Mitglieder (v. Badenbrock, v. Eardstein, Johansen, Kranz, Kröner, Lassen, v. Sieres, Dr. Vog, Menk), erledigt ist ein Mandat (P. Posen), das voraussichtlich wieder der Freisinnigen Volkspartei zufällt. Hospitanten sind 3 Mitglieder, Abg. Dr. Brühl beim Centrum, Dr. Gahn und Dr. Lotichius bei den Nationalliberalen.

**Die Steuerfucherei wird epidemisch.** Jetzt will jeder ein Miquel sein, und die sonderbarsten Vorschläge kommen von allen Ecken und Enden. Sogar die harnlosen Menschen, die illustrierte Familienblätter lesen und schreiben, sind von der Sendung angesteckt; und so ist z. B. das „Neue Blatt“ in seiner letzten Nummer mit einem Vorschlag heraufgerückt, der gar nicht so übel wäre, wenn man diesem System überhaupt einen Groschen bewilligen könnte. Nämlich mit einer Klaviersteuer. Der glückliche Steuerfunder berechnet, daß Deutschland durch 600 000 Klaviere unsicher gemacht wird, und daß also, wenn auf jedes Klavier (wie auf jeden Hund) 20 M. jährlich gelegt werden, das runde Sämmchen von 12 Millionen jährlich herauskommen würde. Und würden infolge der Steuer auch etliche Klaviere abgeschafft — um so besser — was der Fiskus verlore, gewänne das Publikum.

Dem Entdecker des „Neuen Blatts“ sei übrigens bemerkt, daß er gar kein Entdecker ist, sondern daß der Vorschlag einer Klaviersteuer bereits seit einem halben Jahr vor der französischen Kammer liegt.

**Der preussische Landtag** soll am 16. Januar, dem spätesten, gesetzlich zulässigen Termin, zusammentreten.

**Die Soldatenmishandlung bestraft werden.** Aus Würzburg wird der „Volks-Zeitung“ geschrieben:

Von dem hiesigen Militärbezirksgericht wurde heute gegen den Leutnant des 2. Trainbataillons Thies wegen Soldatenmishandlung verhandelt. Zur Zeit, als der „Holl Hofmeister“ alle Gemüther erregte, ging die Notiz durch die Presse, daß ein junger Leutnant, namens Thies, auf der Reitbahn nach einem Rekruten mit dem Säbel geworfen und dadurch den Soldaten am Schenkel verletzt habe. Die Mishandlung kam auch in der bayerischen Abgeordneten-Kammer zur Sprache. Damals erklärte der Kriegsminister v. Aich, daß Leutnant Thies seiner Strafe nicht entgangen sei. Und er ist in der That seiner Strafe nicht entgangen; er erhielt nämlich acht Tage Stubenarrest. Die Verhandlung wurde nicht an einem der für die Militärbezirks-Gerichtsverhandlungen sonst gewöhnlich bestimmten Tage abgehalten, sondern auf einen anderen Tag verlegt. So kam es, daß nicht nur das Publikum, sondern auch die Presse von der Verhandlung nichts erfahren hat.

Und da sollen die Soldaten das Gefühl haben, daß sie gegen Mishandlungen seitens ihres Vorgesetzten geschützt sind!

**Eine Berichtigung.** Auf Grund des Preßgesetzes (§ 11) ersuche ich um Aufnahme nachstehender Berichtigung zu dem in Nr. 282 Ihres Blattes enthaltenen Artikel, der sich mit meiner Person beschäftigt:

1. Es ist unwar, daß die Vorbereitungen zur Aktion bei der die Konservativen die Genesführten waren, von mir und meinen Freunden schon zu einer Zeit getroffen worden, wo speziell ich noch im Solde des Führers der Konservativen, des fassam bekannten Herrn von Friesen stand. Ich habe nie im Solde des Freiherrn von Friesen gestanden. Als ich im Sommer 1886 als Redakteur der „Deutschen Reform“ von dem damaligen Eigentümer derselben, Herrn Dr. Müller, nach Dresden berufen wurde, vertrat das Blatt die antisemitisch-reformerische Richtung, der ich noch heute angehöre. Als bei den Septennatswahlen im Februar 1887 die Konservativen den damaligen Vertreter von Dresden-Mittstadt Hartwig (Reformer) entgegen den bekannten Abmachungen zwischen den Ordnungsparteien stellen ließen und ihm den Konservativen Gultsch entgegenstellten, bin ich für meine Partei gegen die Führer der sächsischen Konservativen eingetreten, nach dem ich die Redaktion der vor der Entscheidung an Herrn von Friesen verkauften „Deutschen Reform“ niedergelegt hatte.

2. Es ist unwar, daß ich nach dem Verkauf des Blattes auf Verlangen des Freiherrn von Friesen an „Deutschen Reform“ weitergearbeitet und zu gleicher Zeit die Mienen gelegt, bei deren Explosion dann die Herren Mehnert, Friesen und Aldermann in die Luft flogen. Zunächst sind nicht damals (1886), sondern erst 6 Jahre später (1893) die Herren Mehnert, Friesen und Aldermann „in die Luft geflogen.“ Am selben Tage, wo ich erfuhr, daß Freiherr von Friesen hinter dem Rücken der Dresdner Reformpartei und meiner Person die „Deutsche Reform“ gekauft, legte ich die Redaktion nieder und lehnte eine weitere Mitarbeiterschaft ab. Außer einer diesbezüglichen Erklärung habe ich keine Zeile mehr in der inzwischen konservativ gewordenen „Deutschen Reform“ veröffentlicht.

Das Blatt war käuflich, ich nicht. Das mir vom vorherigen Eigentümer des Blattes bis zum 1. April 1887 vertragmäßig zustehende Gehalt ist von mir erhoben worden. Niemand wird das formale oder sittliche Recht hierzu in Zweifel ziehen. Die Abmachungen, die zwischen dem alten und neuen Besitzer gemacht waren, gungen mich nichts an, entzogen sich auch meinem Einfluß und meiner Kenntniß.

3. Es ist also unwar, daß ich in der Zeit, wo ich noch an der konservativen Futterrippe stand, meinen Auftraggeber und Brotherrn hintergangen habe. Herr v. Friesen ist nie mein Auftraggeber oder Brotherr gewesen, ich habe nie an der konservativen Futterrippe gestanden.

Dresden, 8. Dezember 1893.

Oswald Zimmermann,  
Mitglied des Reichstages.

Aus Bonalität drucken wir diese Erklärung, welche aber keineswegs alles berichtigt, was behauptet wurde, ab, obgleich Herr Zimmermann sich in der Adresse geirrt hat. Wir haben unsere Notiz dem „Waterlande“ entnommen, mit dem sich Herr Zimmermann auseinandergesprochen hätte. Wir hätten auch bestimmt von einer Erklärung des „Waterlands“ zu gunsten des Herrn Zimmermann Notiz genommen.

**Die internationale Reaktion.** Herr Casimir Perier will selbstverständlich die Kammer-Explosion nach Möglichkeit ausbeuten und das Eisen schmieden, so lange es noch heiß ist. Eine Depesche aus Paris besagt:

Montag, 11. Dezember. Bei dem im Gylise abgehaltenen Ministerrathe wurde der Text der Vorlagen festgestellt, welche heute eingebracht werden sollen, um die anarchischen Attentate zu unterdrücken und ihnen vorzubeugen. Die erste Vorlage betrifft die Presse und bezweckt, die Aufforderung zu Verbrechen vermittelst Explosivstoffe zu verhindern; die zweite betrifft die Herstellung und das Innehaben von Explosivstoffen; die dritte vermehrt die Vollmachten der Polizei; die vierte betrifft die Ueberwachung der anarchischen Vereine. Die Regierung wird für diese Vorlagen die Dringlichkeit verlangen.

Nügen wird es natürlich nicht, das heißt nicht gegen den sogenannten „Anarchismus“. Wohl aber hat der Urheber der Kammer-Explosion den Herren Dupuy und Perier sehr genützt. Er hat sie buchstäblich lebendig geschossen. Freilich nicht auf lange.

Eine höchst lächerliche Rolle spielt der ungarische Reichstag. Ein Telegramm aus Pest meldet uns:

Montag, 11. Dezember. Abgeordnetenhaus. Der Abgeordnete Ugron sprach im Namen der äußersten Linken aus Anlaß des Bombenattentates in Paris Sympathie für die französische Kammer aus und betonte, die parlamentarischen Institutionen könnten durch Häuslein Verbrecher nicht untergraben werden. (Lebhafte Zustimmung.) Abgeordneter Daranyi drückte Namens der liberalen Partei die Entrüstung über das beispiellose Attentat aus. Bei derartigen Kundgebungen hinsichtlich solcher Ereignisse dürfe keine Nation fehlen. Er glaube, das Vertrauen der Völker zu den parlamentarischen Institutionen könne durch derartige Zwischenfälle nicht erschüttert werden. (Lebhafte Beifall.) Abgeordneter Goransky schloß



sch Namens der Nationalpartei dieser Kundgebung an, betonte die Solidarität aller parlamentarischen Körperschaften und wünschte, das ein einmütiger Ausdruck der Sympathie und der Solidarität vom Hause kundgegeben werde. Der Präsident erklärte, im Sinne der Hausordnung könne darüber kein Beschluss gefasst werden; die gehaltenen Reden seien genügend Zeugnis für die Gefühle des Hauses. (Lebhafter Beifall.)

Die Herren Magyaren hätten besser gethan, die Unterstützung der Philistinen zu überlassen oder — falls ihnen das Schweigen unmöglich — sie an die Adresse der Herren Attentatpolitiker zu richten, die jetzt im Noth sitzen und Pfeifen für die Reaktion schneiden wollen. —

Die Schutzzölner in Frankreich fordern eine weitere Erhöhung der Getreidezölle. Die neue Regierung hat ihre Stellung zu dieser Forderung noch nicht bekannt gegeben. —

Die französischen Studenten sind als Bourgeoisjünger in ihrer großen Mehrheit Anbieter der bestehenden Zustände und der herrschenden Gewalten — gerade wie die Masse der deutschen Studenten. Und bei den Krawallen des letzten Sommers hat sich ja deutlich gezeigt, daß die alten revolutionären Ideale des Quartier Latin (des Studentenviertels) von der Masse der Museusöhne mit gemeinsten Vordell-Idealen vertauscht worden sind. Allein auch in studentischen Kreisen macht der sozialistische Gedanke Fortschritte. Und seit einiger Zeit besteht in Paris ein sozialistischer Studentenklub, der sich der Arbeiterpartei angeschlossen hat und von Zeit zu Zeit öffentliche Versammlungen abhält. In voriger Woche sprach in einer solchen unser alter Freund G. Deville, Verfasser der unseren Genossen bekannten Broschüre über Anarchismus und einer französischen Bearbeitung des „Kapitals“ von Marx. Für die nächste Woche sind als Sprecher angekündigt unsere Genossen Guésde und Ducouercy. —

Die Dessenlichkeit der Hinrichtungen wird in Zukunft in Frankreich ausgeschlossen sein. Zu einer Abschaffung der Todesstrafe kann sich die französische Republik nicht aufschwingen. —

Der neueste Menschenfeind heißt Fulgurit, ist in der Schweiz erfunden worden, und übertrifft um ein Erchtel die Kraft des Dynamit und des stärksten Pulvers. Er bedingt ein neues Gewehr und neue Kanonen, also eine Neuwaffung aller Armeen — was etliche hundert Millionen Mark für das europäische Festland ausmacht. Freut Euch, Ihr Völker! —

Eine Wahlrechts-Vorlage hat das österreichische Ministerium dem Reichsrath noch immer nicht vorgelegt. Dieselbe ist vor Mitte Februar nicht zu erwarten, da der Reichsrath sich demnächst bis zu diesem Zeitpunkt vertagen wird. Die österreichische Regierung täuscht sich aber gründlich, wenn sie meint, durch ihr Bögen auf die aufgeregte Arbeiterchaft beruhigend und befähigend zu wirken. Gerade das Gegentheil wird eintreten. —

Von den nationalen Kämpfen in Ungarn bringt weit weniger in die Dessenlichkeit, als von denen in Oesterreich, weil die Magyaren mit rücksichtsloser Energie alle anderen Nationalitäten ihres Landes unterdrücken, sie haben sie entrechtet bei den Wahlen, im Schulwesen, sie erschweren ihre Organisation und demüthigen jede Bethätigung ihres Interessenstandpunktes als Landes- und Hochverrath. Deshalb ist allen bezüglichen Meldungen gegenüber äußerste Vorsicht am Platze, so auch in bezug auf das folgende Telegramm aus Budapest:

Die panslawistische Agitation in den Komitaten Wars, Anograd und Hon nimmt einen derartig gefährlichen Charakter an, daß die Regierung die Führer derselben, die sich alle in einflußreichen Stellungen befinden, unter strenge Aufsicht stellen mußte.

Das Ministerium Crispi soll angeblich schon zu Stande gekommen sein. Vollständige Ministerlisten übermitteln der offiziöse Draht. Aber genau so war es mit dem Ministerium Zanardelli. Das Ministerium wird nach unserer Meinung erst zu Stande gekommen sein, wenn es die erste Sitzung des Parlaments überstanden haben wird. —

Die Stimmung des italienischen Parlaments gegen den Dreibund wird sich anlässlich einer von dem radikalen Abgeordneten Cavallotti gestellten Interpellation beurtheilen lassen. Ein Telegramm meldet über diese Interpellation:

Der Deputierte Cavallotti überlieferte dem Präsidenten der Deputirtenkammer eine Interpellation an den Ministerpräsidenten über die Vortheile des Dreibundes für die Unabhängigkeit und die Ehre Italiens, im Vergleich mit dem durch den Dreibund verursachten Schaden, ferner über den Zwischenfall Garatieri vom Standpunkte der nationalen Würde (es handelt sich darum, daß angeblich an der beabsichtigten Ernennung Garatieri's, eines in Oesterreich geborenen Militärs, zum Kriegsminister, das Ministerium Zanardelli gescheitert sein soll) und endlich über die verfassungsmäßigen Rechte des Parlaments gegenüber der Krone.

Aus Italien schreibt man uns unterm 9. Dezember:

Die Todten reiten schnell. Kaum hatte das Ministerium Zanardelli das Licht der Dessenlichkeit erblüht, so begann schon sein Todeskampf, und nun liegt es in den letzten Tagen. Es ist nicht deshalb gestorben, weil Garatieri, dessen Namen ich Ihnen als Minister des Reiches mittheile, als geborener Aristokrat beim Dreibundmitglied Oesterreich Anstoß erregte, sondern der die ganze Lage bezeichnende Grund, weshalb das Ministerium Zanardelli nicht zu Stande kam, war die Unmöglichkeit, eine nur einigermaßen anständige, vertrauenerweckende Persönlichkeit zu finden, die das Finanzministerium übernehmen wollte. An dieser Aufgabe verzweifelnd, hat Zanardelli soeben seine Vollmacht, ein Ministerium zu bilden, dem Könige zurückgegeben, und schon drückt es, der König habe Crispi (i) als Retter in der äußersten Noth zu einer Unterredung berufen. — Allgemein herrscht das Gefühl, daß wir vor Beginn eines Chaos stehen, und immer wird von neuem das Wort Giolitti's wie erholt: Es handelt sich bei dieser Krise noch um ganz etwas Anderes, als um ein neues Ministerium. Wir sind, wenn wir die jederseits bestehenden und verschiedenen Verhältnisse in Betracht ziehen, schon jetzt in der Lage, die Deutschland einmal bevorzucht, wenn sämtliche Steuerlücke des vielgewandten Finanzministers Miquel sich als möglichst herausgestellt haben, wenn der einjährige Kommunist seinen Abschied genommen haben wird, um, wie er bereits angekündigt hat, „Miquel's Metamorphosen“ zu schreiben und wenn der Kaiser als den Retter in der äußersten Noth Crispi's Vorbild, den Desulfes des Jahrhunderts aus dem Sachsenwalde zur entscheidenden Unterredung beruft.

In Sizilien atmte man auf, als das Ministerium Giolitti gefallen war. Die Verfolgungsmassregeln der Kaiser machen nun natürlich Pause, da die Polizeileiter in großer Verlegenheit sind; wenn aber wirklich Crispi aus Aude kommt, wird die Welt Wunder von brutaler Reaktion erleben. Wie lebhaft der An-

theil des gesammten Proletariats für die wackeren Landarbeiter Siziliens ist, die mit solcher unerwarteten Begeisterung die Grundidee des Sozialismus, das Gesellschaftseigentum des Bodens und der Arbeitsmittel ergriffen haben, — hier offenbart sich so recht die Sinnlosigkeit des Schaffle'schen Ausdruckes vom antiolektivistischen Bauernschädel —, das zeigt fortwährend die Veröffentlichung der eingesendeten Unterstützungsgelder. Von tiefstem Eindruck war die mit Jubel begrüßte Sendung der deutschen sozialdemokratischen Partei, wie nicht minder der österreichischen Arbeiterpartei. Selbst aus der neuen Welt, aus Nordamerika sind von den dort an den Eisenbahnen und in den Bergwerken arbeitenden Italienern Unterstützungsgelder eingelaufen. — Garibaldi Bosco wird eine Zusammenstellung der bis heute in den Aderbaubezirken Siziliens bestehenden Kontrakte der Landbebauer mit ihren Baronen, den Besitzern des Landes in ihrem Wortlaut veröffentlichen. Diese Veröffentlichung muß von der größten Wirkung sein. Die Welt wird staunen, wie sehr die Bestimmungen in diesen Kontrakten zum Zweck der Uebervertheilung, der Bedrückung der Miether des Landes — und das sind allein die Landbebauer Siziliens —, so ganz und gar den Zöllen, Steuern und Abgaben gleichen, die im Beginn des 16. Jahrhunderts die Bauern Deutschlands zum Verzweiflungskampfe trieben. Da giebt es in diesen Kontrakten, nachdem die volle ungeschmälerte Hälfte, oder gar zwei Drittel des Erntertrages dem Herrn überliefert werden muß, Bestimmungen, die den Miether und Bebauer zwingen, von dem Rest nicht nur die entsetzlich hohen Staatsabgaben zu bezahlen, sondern außerdem Abgaben und Pässe der ungeheuerlichsten Art, so zum Beispiel für die Oberaufsichtsberechtigten des Herrn Landbarons — das heißt also die Landflaven müssen für die Peitsche ihres Herrn Steuern bezahlen — ferner Abgaben für die Unterhaltung und für den Preis der Kapelle des Herrn, wofür die Bauern das allernützlichste Recht genießen, in dieser Kapelle auch zeitweilig zu beten. Der Volksgeist, der aus den Bauern Siziliens spricht, hat diese mit ungeheurer Bosheit zum Verrug und zur Bedrückung erdachten Bestimmungen mit einem treffenden Ausdruck bezeichnet:

„Lo angherie del contratto“, zu deutsch, die Bedrückungen, die Quälereien des Kontraktes. Diese „angherie del contratto“ werden in der Auserweckung der Bauern zum Sozialismus noch weiter ihre Wirkung thun. —

Gründliche Steuerverweigerung in Italien. Die Aufseher, welche gestern wegen der Steuererhöhungen das Stadthaus in Partinico stürmten, riefen „Hoch Savoiens“, „Nieder mit den städtischen Steuern“. Die Manifestanten, deren Zahl sich auf 4000 Personen, darunter viele Frauen, belief, benutzten den Augenblick, wo das in Partinico garnisonirte Bataillon eine Schießübung hatte, um die Munizipalregister zu verbrennen. Es wurden 18 Schilderhäuser der Zollwache in Brand gesteckt. Nachdem das Bataillon zurückgezogen war, wurde die Ruhe wiederhergestellt. Reguliche Aufregung herrscht in den benachbarten Gemeinden, besonders in Giardinello. —

Auch in England munkelt man von einer Ministerkrise. Gladstone hat zwar alles nur Mögliche gethan um sein Kabinet über Wasser zu halten, allein das Unmögliche kann Niemand thun — und Schwierigkeiten, die bloß bei Seite geschoben werden, kehren stets wieder zurück. Aus dem Plan, die Session bis Weihnachten zu beenden, ist nichts geworden. Soll alles erledigt werden, was dem liberalen und radikalen Publikum — und namentlich auch den Arbeitern versprochen worden ist, so wird Oesterreich herankommen. Und das läßt das Unterhaus sich nicht bieten. So ist es denn kein Wunder, wenn das Gerücht ausläuft, Gladstone — mit dessen Gesundheit es auch schlecht steht — habe die Absicht, noch in diesem Winter das Parlament aufzulösen. Gewiß ist, daß die Lage unhaltbar geworden ist. —

Das englische Gastpflicht-Gesetz will das Oberhaus im Interesse der Unternehmer verbessern. Ein Telegramm meldet hierüber:

Bei der Verabredung der Bill, betreffend die Gastpflicht wurde ein Amendement Dubley's, wonach den Arbeitern gestattet wird, sich durch Kontrakte mit den Arbeitgebern von der Bill freizumachen, mit 148 gegen 28 Stimmen angenommen. Der Staatssekretär der Kolonien, Marquis of Ripon, hatte das Amendement bekämpft.

Das heißt mit anderen Worten, die Arbeiter sollen von den Unternehmern gezwungen werden können, auf die ihnen durch das Gastpflicht-Gesetz erwachsenden Vortheile zu verzichten. Die edlen Lords scheinen aus Fabrikantenliebe blind ins Verderben rennen zu wollen. Ein Sturm der Entrüstung wird sich aus der englischen Arbeiterchaft gegen das Oberhaus erheben, die zahlreichen Gegner gegen das englische Herrenhaus werden sich nun nicht bloß auf die Freunde Jeland's, sondern auch auf die englische Arbeiterklasse stützen können, so daß bald diese Sondervertretung der ohnedies Privilegirten bloß noch der Geschichte angehören wird. —

Aus Serbien. Nach einer Meldung der Politischen Korrespondenz“ aus Belgrad wird der Stupitsina demnächst eine Vorlage unterbreitet werden, welche eine Erhöhung des Effektivstandes der stehenden Armee und eine Verstärkung der Kadres der Reservebataillone zum Gegenstand hat.

Dabei ist Serbien in den ungeheuersten Finanznöthen. Schule und andere Kulturaufgaben des Staates werden in der unerhörtesten Weise vernachlässigt, dabei senzt das Volk unter dem fürchterlichen Steuerdruck und die Anleihezinßen können nur mit größter Mühe bezahlt werden, — aber für neue Soldaten langt's immer noch! —

Zur Reform der Mac Kinsley Bill. Der „Times“ wird aus Philadelphia gemeldet: Die demokratischen Mitglieder des Finanzausschusses beantragen statt des im Entwurfe der Tarifreform für Jinn in Platten vorgeschlagenen Wertholles von 40 pCt. einen Gewichtszoll von 12 Hents per Pfund und zwar vom 1. Oktober 1894 ab. Die Zölle für Kabel, Lanwerf und Wein sollen auf 20 pCt. erhöht werden, die für Seidengarn und gespulte Seide sollen 30 pCt., für Knöpfe und Perlen 40 pCt. ad valorem (vom Werthe) betragen.

Auch in den Vereinigten Staaten, wo sich der Bildung einer rein sozialistischen Partei große Hindernisse entgegen stellen, macht unsere Bewegung stetig Fortschritte. Die Novemberwahlen des laufenden Jahres haben überall ein Wachstum der sozialistischen Stimmen ergeben, eine Thatsache, die um so schwerer ins Gewicht fällt, als die beispiellose Geschäftskrise den Arbeiterorganisationen eine große Zahl ihrer Mitglieder — dem Orden der Arbeitritter allein 70 000 in den letzten 12 Monaten — entzogen hat. In der Stadt New-York hatten wir diesmal 8204 sozialdemokratische Stimmen gegen 5045 im vorigen Jahre. Und das ist ungefähr das Verhältnis auch in anderen Orten und Staaten. Groß sind die Zahlen ja nicht, doch es ist Fortschritt — aller Anfang ist schwer. —

Der Erzschwindler Poudersh, lange Jahre hindurch „Großmeister des Ordens der amerikanischen Arbeitritter“, hat jetzt, nachdem er die einst so mächtige Organisation glücklich zu Grunde gerichtet hat, seine Entlassung gegeben, und dieselbe ist auch von der Generalversammlung des „Ordens“ angenommen worden. Das ist der erste wirklich gute Dienst, den dieser Wirtkopf und Charlatan der Arbeitersache erzeigt hat. —

Aus Argentinien. Wie das „Neuer'sche Bureau“ aus Buenos-Ayres vom 9. d. M. meldet, verfügte die Regierung eine Amnestie für alle Emigranten und politischen Gefangenen mit Ausnahme derjenigen, gegen welche eine Anklage beim Bundesgerichtshof schwebt. —

## Parlamentarisches.

Handelsvertrags-Kommission. Der Bericht der Reichstags-Kommission für die „kleinen“ Handelsverträge ist am Sonnabend festgestellt worden und gleich darauf zur Vertheilung gelangt. In demselben findet sich am Schluß des allgemeinen Theils folgende charakteristische Bemerkung: „Seitens der Minorität wurde gegen die vorstehenden Ausführungen vielfacher Widerspruch erhoben, sie verzichtete jedoch darauf, die Gründe ihres Widerspruchs in diesem Bericht zur Darstellung zu bringen.“

## Parteinachrichten.

Die drei Parteigenossen aus Buzen und Sebnitz in Sachsen, welche am 5. November auf österreichischem Gebiete verhaftet wurden, weil sie angeblich eine „geheime Zusammenkunft“ gehabt hätten und während der ganzen Zeit im Kerker gehalten wurden, sind am letzten Dienstag aus der Haft entlassen worden. Es wurde ihnen die Mittheilung gemacht, daß das Verfahren gegen sie eingestellt sei. Vier Wochen also brachten die österreichischen Behörden, um die Haltlosigkeit ihrer Anklagen einzusehen.

Dr. Sigl. Die Abgg. Auer und Gen. haben beantragt, den Herrn Reichskanzler zu eruchen, zu veranlassen, daß das gegen den Abg. Dr. Sigl beim Landgericht München I wegen Verleumdung schwebende Strafverfahren für die Dauer der gegenwärtigen Session eingestellt werde.

Ein den Antisemiten zu gönnender Gewinn. Ein Berichterstatter meldet, der Abg. Dr. Hahn werde demnächst aus der nationalliberalen Partei austreten und sich der Reformpartei anschließen.

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Im Zeitalter der Majestätsbeleidigungen ist es nicht zu verwundern, wenn von vollkommenen Subjekten Denunziationen wegen Beleidigungen des Monarchen benutzt werden, um persönlicher Rachsucht zu genügen. Ein derartiger Fall wurde kürzlich vor der Strafkammer in R 81 n verhandelt: Der dort wohnende pensionirte Schuhmann Klemm, der ein kleines Anwesen besaß, war mit einem Nachbar wegen eines Stückes Landes in einen Prozeß gerathen. Ein in dem Prozesse auftretender Schneider wurde von ihm mißhandelt und in einem Briefe an die Staatsanwaltschaft, wider besseres Wissen, der schweren Majestätsbeleidigung beschuldigt. Auf Grund dieser Denunziation wurde gegen den Schneider die Untersuchung eingeleitet, derselbe erkrankte infolge der Aufregung und verstarb bald darauf. Durch einen Zeugen wurde bekundet, daß Klemm ihn zur Ablegung eines falschen Zeugnisses habe bestimmen wollen. Klemm suchte sich dadurch aus der Affäre zu ziehen, daß er nach berühmtem Muster Geistesgestörtheit vorzuschützen suchte, indem er erklärte, er sei in Berlin bei einem Sturz mit dem Pferde im Steigbügel hängen geblieben und eine Strecke weit mit dem Kopfe über die Erde geschleift worden. Seit dieser Zeit leide er periodisch an völliger Geistesabwesenheit. Der Sachverständige Dr. Herbst erklärte diese Einwände als nicht zutreffend, der Angeklagte befand sich geistig ganz normal. Die Strafkammer erkannte auf 2 1/2 Jahre Gefängniß und 5 Jahre Ehrverlust.

— Das Sihenbleiben bei Hochs auf den Kaiser dürfte in Zukunft den Olyantinnern wohl nicht mehr als Majestätsbeleidigung zu denunzieren möglich sein. In einer Versammlung, welche am 2. Juni d. J. im Zoologischen Garten zur Besprechung der Reichstagskandidatur stattfand, wurde vom Vorsitzenden ein Hoch auf den Kaiser ausgebracht, dabei blieb der Buchhändler Dudo sitzen, und er sollte dadurch dem Kaiser beleidigt haben. Das Landgericht Dessau hat ihn jedoch freigesprochen, da ohne Zutreten weiterer Umstände die Absicht der Misachtung zum Ausdruck nicht gebracht sei. Das Reichsgericht verwarf, nach der „Saale-Zeitung“, die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision.

## Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Paris, 11. Dezember. Wie das Wolff'sche Telegraphen-Bureau meldet, hat bereits die Pariser Deputirtenkammer ein sogenanntes Anarchistengesetz angenommen. Nach dem Entwurf wird die zur Plünderung, zur Brandstiftung und zu Attentaten, desgleichen auch die Verberlichung dieses Verbrechens mit 5 Jahren Gefängniß bestraft. Trotz heftigen Widerspruchs der Radikalen und der Sozialisten gelangte der Gesetzentwurf mit 418 gegen 63 Stimmen zur Annahme.

Palermo, 12. Dezember. In der Gemeinde Giardinello sind große Unruhen gegen die Municipalität ausgebrochen. Die Manifestanten plünderten das Rathhaus, zerstörten die Archive und wandten sich dann mit Waffen drohend gegen ein Detachement Bersaglieri, welches von Montelepre kam. Die Bersaglieri verstanden in der Aufregung und dem Lärm den Befehl ihres Offiziers falsch und gaben Feuer. Von den Aufzählern wurden 8 Personen getödtet und 14 verwundet, von diesen 4 schwer. Die Bersaglieri hatten keine Verluste. Als noch andere Truppen zur Verstärkung eintrafen, fanden sie Giardinello verlassen. Die gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

Rom, 11. Dezember. In Bitonto (Provinz Bari) versuchte ein Zollwächter unter Beihilfe von Gendarmen eine Mörserbatterie, welche die Bevölkerung anlässlich eines Feiertages zum Aufzucken von Salutschüssen aufgestellt hatte, schießuntauglich zu machen. Ein Haufe Volkes leistete thätlichen Widerstand, so daß die Gendarmen von der Waffe Gebrauch machen mußten, wobei ein Bauer getödtet wurde. Ein erneuter Angriff des Volkshaufens zwang die Gendarmen, sich in die Kasernen zurückzuziehen. Die Mörserer verfolgten den Zollwächter in das Polizeibureau, besaßen hier die Kleider desselben mit Petroleum und zündeten sie an. Der Zollwächter erlitt schwere Brandwunden und liegt im Sterben. Durch das Eintreffen von Verstärkungen aus Bari wurde die Mörsererei beendet. Im Handgemenge sind mehrere Personen verwundet wurden; einige Verhaftungen wurden vorgenommen.

## Briefkasten der Redaktion.

Thie. Bessorterkrahe. Die Adresse des Gastwirths Kammerier ist uns nicht bekannt. Wenden Sie sich an Dr. Schoepf, Syndikus des Gastwirths-Vereins.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

**Theater.**

Dienstag, den 12. Dezember.  
**Opernhaus.** Tristan und Isolde.  
**Schauspielhaus.** Die kluge Käthe.  
**Deutsches Theater.** Der Talisman.  
**Berliner Theater.** Der Weichenseffler.  
**Festung-Theater.** Der Andere.  
**Friedrich-Wilhelmsstadt-Theater.** Der Bettelstudent.  
**Residenz-Theater.** Die Dragoon.  
**Neues Theater.** Jugend.  
**Central-Theater.** Die eiserne Jungfrau.  
**Adolph Ernst-Theater.** Charley's Tante.  
**Viktoria-Theater.** Die Hebeu haben.  
**Alexanderplatz-Theater.** Ein Kind der Sünde.  
**National-Theater.** Die Königtöchter als Bettlerin.  
**Theater hinter den Linden.** Der Mikado. Hierauf: Pierrot-Savotte.  
**American-Theater.** Die Trockenwohner oder das Kind in der Kommode. Die Gründung Roms in der Möckernstraße.  
**Wintergarten.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Reichshallen-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Apollo-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Kaufmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Adolph Ernst-Theater.**  
**Charley's Tante.**  
 Schwan in 3 Akten v. Brandon Thomas.  
 Vorher:  
**Die Bajazzi.**  
 Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt v. Ed. Jacobson und Benno Jacobson. In Szene gesetzt von Adolph Ernst.  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**Central-Theater.**  
 Alte Jakobstraße 30.  
**Vorlesete Woche.**  
 Zum 34. Male:  
**Die eiserne Jungfrau.**  
 Posse mit Gesang in 3 Akten von Charles Clairville.  
 Musik von Louis Barua.  
 Anfang: 7 1/2 Uhr.  
 Morgen und die folgenden Tage:  
**Die eiserne Jungfrau.**

**National-Theater.**  
 Große Frankfurterstraße 132.  
 Volks-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.  
**Die Königtöchter als Bettlerin**  
 oder:  
**Die Schule des Lebens.**  
 Schauspiel in 5 Akten von Dr. Ernst Haupt.  
 Regie: Max Samst.  
 Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.  
 Morgen: Vorstellung.

**Gratweil'sche Bierhallen**  
 Kommandantenstr. 77-79.  
 Kelt. u. größt. Etablissement Berl.  
**Neues Programm.**  
 Täglich von 6 1/2 Uhr ab:  
**Concert d. ungarisch. Magnaten-Kapelle**  
 und Auftritte von **Künstlern u. Spezialitäten 1. Ranges.**  
 Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 15 Pf., reservirt 30 Pf. Anf. Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf., reservirt 50 Pf.  
**Anerkannt gute Küche.**  
**Säle**  
 für Festlichkeiten u. Versammlungen.  
 3 Regalbahnen, 6 Bill., pr. Std. 60 Pf.  
**Spizler zahlen kein Entree.**  
 Carl Koch.

**Präuser's MUSEUM**  
 anatomisches  
 Friedrichstraße 65a, Ecke Mohrenstraße  
 darunter der Schußkanal der Augen des deutschen Militärs, fünf Körper geöffnet durch  
 für erwachsene Herren.  
**Dienstag u. Freitag: Damentag.**  
 Entree 50 Pfg.

**American-Theater.**  
 Heute zum 56. Male:  
**Die Gründung Roms**  
 in der Möckernstraße.  
 !! Auf vielseitigen Wunsch !!  
**Die Trockenwohner**  
 oder: Das Kind in der Kommode.  
 !! Neue Aufführung !!  
 !! Nur 10 Vorstellungen !!  
**Auftr. jännl. Spezialitäten.**  
 Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr,  
 Sonntags 6 1/2 Uhr.

**Etablissement Buggenhagen.**  
 Moritz-Platz.  
 Täglich: Gr. Instrumental-Konzert.  
 Gr. Frühstück- u. Mittagstisch.  
 Spezial: Ausschank von **Vahrenhoser Lagerbier**, hell und dunkel.  
 An den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entree 10 Pf., Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., statt. Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

**Kaufmann's Variété**  
 Stadtbahn-Station Alexanderplatz.  
 Täglich: **Grosse Spezialitäten - Vorstellung**  
 von nur Künstlern 1. Ranges:  
 Bernhard Leitner, Athlet und Preisringer. Kraftproduktion in 2 Pferden. Familie Ueberle, Parterre-Gymnastiker. Gebr. Palmer, Gymnast. Zahnproduktion. Signorina Kathi, Drahtseilkünstlerin. Fr. Müller, Schlangendame. Fr. Torci Kör, Ungarische Sängerin und Tänzerin. Georg Cordes, Gefangenshumorist.  
 Anfang: { Sonntags 8 Uhr.  
 { Wochentags 8 Uhr.  
 Entree: { Sonntags 75 Pf.  
 { Wochentags 50 Pf.  
 A. Zimmermann.

**Castan's Panopticum.**  
 Ohne Extra-Entree.  
**Die 17jährige Siamerin „Krao“**  
 der Uebergang vom Affen zum Menschen.  
  
**Passage-Panopticum.**  
 Ein **Weihnachts-Märchen**  
 von Dr. Jul. Lohmeyer.  
 Musik von Th. Krause.

**Circus Renz.**  
 (Karlstraße.)  
 Dienstag, den 12. Dezember 1893,  
 Abends 7 1/4 Uhr:  
**Gr. Extra-Vorstellung.**  
 U a: 6 Rappen und Karoussel von 30 Pferden, vorgef. von Herrn R. Renz. Der Strickspringer Elmar, vorgef. von Fr. Oceana Renz. Cyd, geritten von Herrn R. Renz. Die hohe Schule geritten von Frau Renz-Stark. Die Akrobaten Gebr. Prediani. Die Reduktionen des Geschw. Hoffmann. Der unerschütterliche Clown-Imitator Mr. Ybbs u. s. w.  
 Zum Schluss:  
**Sulbignungsgruß an Berlin.**  
 Gr. Parade-Schauspiel v. Dir. Fr. Renz, mit Aufzügen, Festspielen, Solo- und Ensemble-Tänzen von 80 Damen.  
 Preise der Plätze wie gewöhnlich.  
 Mittwoch: **Grande soirs equestre.**  
 Fr. Renz, Direktor.

**Circus G. Schumann,**  
 Friedrich-Karl-Platz, Ecke Karlstraße.  
 Dienstag, den 12. Dezember,  
 Abends 7 1/2 Uhr:  
**Gr. Extra-Vorstellung.**  
 Aus dem reichhaltigen Programm ist hervorzuheben: Pidibus, als Springpferd vorgeführt von Direktor. Luft-Potpourri Geschw. Lecousson. Karoussel von 25 Pferden, Original-Dressur des Herrn Max Schumann. Gastauftritte der berühmten **Sechsterinnen Geschw. Ferno.**  
 Postillon, Trakehner Kapphengst, in allen Gangarten der hohen Schule geritten von Fr. Adele Schumann u. s. w.  
 Zum 1. Male:  
**Cancan vor Gericht.**  
 Ballet-Parodie in 2 Acten.  
 1. Zahl: Ein Maskenball im Bal mabilie.  
 2. Zahl: Vor Gericht.  
 Serpentinanz von 4 Damen. Cancan à la Parisienne.  
 Morgen: Gr. Vorstellung mit neuem Programm.  
 Hochachtungsvoll und ergebenst  
 G. Schumann, Direktor.

Zeile mit, daß meine Frau von einem gefunden Mädchen glücklich verbunden worden.  
 681b  
**Mar Mudsag, Restaurateur,**  
 Alte Jakobstr. 80.

Unserm Freund und Genossen **Domscheidt** zum heutigen Wiegenseite ein donnerndes Hoch! Berlin l. 16-20.  
**Todes-Anzeige.**  
 Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß mein lieber Mann, der Fraiser 684b

**Wilhelm Roese**  
 nach langen und schweren Leiden im 54. Lebensjahre am Freitag, d. 8. d. M., verschieden ist.  
 Dies zeigt tiefbetrubt an  
 Die trauernde Wittwe  
**Albertine Roese** nebst Kindern.  
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 12. Dezember, Nachmittags 2 Uhr, vom Krankenhaus am Urban (Berlin) aus nach dem Rigsdorfer Kirchhof statt.

**Nachruf!**  
 Am Freitag, den 8. d. M., schied unser Genosse und Raucherbruder 653b  
**Max Schmöker**  
 freiwillig aus dem Leben.  
 Wir werden dem Verstorbenen stets ein ehrendes Andenken bewahren.  
 Raucherklub Brüderlichkeit.

**W. Noack's**  
 Concert- und Gesellschafts-Säle,  
 Brunnenstrasse No. 16.  
 Täglich:  
**Gr. Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
 Jeden Sonntag und Donnerstag:  
 Nach der **Tanz-Kränzchen.**  
 Vorstellung:  
**Avis!** Empfehle meine hochgelegenen Säle mit elektr. Beleucht. f. Vereine und Privatfestlichkeiten zu den toulant. Bed.

**Alcazar.**  
 Dresdenstr. 52/53 Annenstr. 42/43  
 Täglich:  
**Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
**Francis Era** am asiatisch. Lustapparat  
**Arthur Vallen,**  
 der fünfjährige Wunderknabe.  
 Neu! Neu!  
**Wort der Strafe.**  
 Posse in 2 Akten von H. Anno.  
 Entree: Wochentags 15 Pf.  
 R. Winkler.

**Eiserne Oefen**  
 Feueröhre, Tischlampen, Hängelampen, Solinger Stahlwaaren, Haus- und Küchengeräthe, sowie sämtliche Eisenwaaren zu billigsten Preisen.  
 58292  
**G. M. Haetmann,**  
 N., Baustr. 45.

Empfehle den Genossen mein **Weiß- und Vairischbier-Lokal.**  
 11 verschiedene Arbeitergeitungen liegen aus den meisten Provinzen Deutschlands aus. Ein Vereinszimmer zu 40 Personen ist frei. **W. Grube,**  
 Solmsstraße, Ecke der Mariendorferstr.  
 Für 52902  
**Apfelsinen - Händler**  
 ist die billigste Bezugsquelle  
**M. Wypler, Alte Jakobstr. 52**  
 in der Ecke (Laden)  
 zw. Stallschreiber- u. Sebastianstraße.

**Zigarren-Taschen** in Schallerleder m. St. f. u. Gold-Monogr. v. 1.25 M. an.  


**Album- und Lederwaaren-Fabrik**  
 VON **O. Gundau,**  
 Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstraße,  
 empfiehlt sein grosses Lager aller Arten Lederwaaren und Schmucksachen, wie Broches, Ohrringe, Armbänder, Colliers, Ringe, Uhrketten, Rämme etc. zu den billigsten Preisen. [53182]

Nicht anerkannt rechte und thatsächlich billigste Einkaufsquelle des **Süd-Ostens** für **Gold-, Silber-, Alfenidewaaren** (Eig. Fabr.) goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich  
**H. Gottschalk,**  
 Goldarbeiter und Uhrmacher,  
 37 **Admiral-Strasse 37**

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**  
**Öffentliche Versammlung**  
 Dienstag, den 12. d. M., Abends präzis 8 1/2 Uhr, in den **Arminhallen, Kommandantenstr. 20 (großer Saal).**  
 Tagesordnung:  
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten E. Vogtherr. 2. Diskussion. 3. Mittheilungen aus dem Vorstande u. s. w. 4. Verkundigung des Wahlergebnisses aus dem 4. Berliner Kommunal-Wahlbezirk.  
 Gäste beiderlei Geschlechts sind hiermit eingeladen.  
 570/16 **Der Vorstand.**

**Maurer**  
 Berlins und Umgegend.  
 Donnerstag, den 14. Dezember, Abends 8 Uhr, bei **Hensel, Invalidenstr. 1:**  
**Große öffentliche Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Fortsetzung der Diskussion von der letzten Versammlung vom 12. November. 2. Die Baubuden der Berliner Maurer. 3. Verschiedenes.  
**Der Vertrauensmann.**

**Charlottenburg!**  
**Sozialdemokratischer Wahlverein für Teltow - Beeskow - Charlottenburg.**  
 Mittwoch, den 13. Dezember,  
 Abends 8 Uhr, in **Sismarschöhe, Bismarckstraße Nr. 80:**  
**Versammlung.**  
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Hanson** (Berlin) über: Der Untergang des Handwerks. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. — Die Bibliothek befindet sich beim Genossen **Sprenberg**, Krumme-straße 85 v. II, und findet dortselbst der Bücherwechsel allabendlich von 6 bis 8 Uhr statt. — Um zahlreichen Besuch und rege Benutzung der Bibliothek erfucht [16/32] **Der Vorstand.**

**Metzner's Korbwaaren-Fabrik,**  
 Berlin, Androasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Androasplatz  
**Kinderwagen,** größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis. Theilzahlung gestattet. 500 Mark zahlte ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe. **F. Metzner.**

**Gauverein Berliner Bildhauer.**  
 Dienstag, den 12. Dezember, wegen der stattfindenden öffentlichen Versammlung, fällt der Vereinsabend aus. 147/18

**Machtung!**  
**Orts-Krankenkasse der Schneider**  
 zu Berlin.  
 Ober-Präsidentium der Provinz Brandenburg.  
 O. P. Nr. 14684.  
 Potsdam, den 30. Novbr. 1893.  
 Nachdem der Vorstand der Orts-Krankenkasse der Schneider zu Berlin es abgelehnt hat, die in dem Erlasse vom 15. September d. J. — O. P. 11475 — angeordnete Erhöhung der Kassenbeiträge durch eine vorschritt-mäßig berufene Generalversammlung beschließen zu lassen, ändere ich hiermit gemäß § 33 Absatz 3 des Kranken-versicherungs-Gesetzes den auf meinen Erlasse vom 13. Februar 1891 O. P. 1231 beruhenden § 29 des Statuts der gedachten Kasse von Amts wegen mit rechtsverbindlicher Wirkung vom 11. Dezember d. J. dahin ab, daß derselbe lautet:  
 Die wöchentlichen Kassenbeiträge betragen:  
 1. für erwachsene männliche Kassenmitglieder, ausschließlich der Lehrlinge . . . . . 45 Pf.  
 2. für erwachsene weibliche Kassenmitglieder . . . . . 27 Pf.  
 3. für männliche Kassenmitglieder unter 16 Jahren und für Lehrlinge . . . . . 24 Pf.  
 4. für weibliche Kassenmitglieder unter 16 Jahren . . . . . 18 Pf.  
 Diese Anordnung ist gemäß § 63 des Krankenstatuts öffentlich bekannt zu machen.  
 Der Ober-Präsident, Staatsminister gez. **Achenbach.**  
 An den Vorstand der Orts-Krankenkasse der Schneider zu Berlin.  
 Zu 7243 O. S. II 93.  
 Obiger Beschluß wird hierdurch zur Kenntniß der Arbeitgeber und Kassenmitglieder gebracht.

**Der Vorstand der Orts-Krankenkasse der Schneider.**  
**J. A. F. Mathis,** Vorsitzender, An der Jerusalemer Kirche 3.  
**Mehl, Sälsenfrüchte, Mühlenfabrikate, Landesprodukte** etc. liefert preiswerth zu herabgesetzten Preisen  
**P. Herrguth,**  
 Berlin, Müllerstr. 180 (Weddingplatz).  
 Wiederverk. besond. Vorzugpreise.

**10 Mk. Belohnung!**  
 Sonnabend Abend zwischen 7 bis 7 1/2 Uhr ist in der Stadtbahn von Börje bis Zoologischer Garten ein Paket mit 4 Kontobüchern in braunem Papier eingewickelt verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, diese Sachen in der Exped. d. Bl. abzugeben. [6805]

**Zu**  
**Weihnachtsgechenken**  
 bietet der **Konkursmassen-Ausverkauf**  
 der **J. Adler Söhne'schen Teppich-Fabrik** die seltenste und billigste Gelegenheit.  
 Die Restbestände in:  
**Teppichen, Portiären, Gardinen, Möbelstoffen, Tischdecken, Steppdecken, Läuferstoffen,**  
 müssen bis Ende des Monats geräumt sein  
**Spandauerstr. 30**  
 gegenüber dem Rathhause.  
 682b **Die Verwaltung.**

**!! Roh - Tabak !!**  
 Sämmtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billigster Preislage, empfiehlt  
**Heinr. Franck, Rohtabak-Handlung,**  
 Brunnenstr. 185.

**Arbeitsmarkt.**  
 Verfib. auf glatte Leisten verlangt  
 H. Göpfert, Markstr. 44, 2 Tr.

**Erster Redakteur.**  
 Für ein täglich erscheinendes Partei-Organ wird mit 1. April 1894 eine durchaus tüchtige Kraft (Partei-genosse) als erster Redakteur gesucht. Selbiger muß mit dem Wesen einer kathol. Bevölkerung und der Kampfweise der Zentrumspartei vertraut sein. Angabe der bisherigen Thätigkeit, sowie Gehaltsansprüche erforderlich. Fr. Offerten unter R. Z. an die Exped. des "Vorwärts", Berlin, erbeten. 62912



## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

17. Sitzung vom 11. Dezember 1893, 1 Uhr.  
Am Bundesrathstische: v. Bötticher, v. Marschall,  
Graf von Posadowsky.

Das Haus verweist zunächst den Bericht der Reichsschuldenkommission an die Rechnungskommission.

Es folgt die dritte Berathung der kaiserlichen Verordnung betreffend die Erhebung eines fünfzigprozentigen Zollzuschlages für die aus Rußland beziehungsweise aus Finnland kommenden Waaren. Es liegen hierzu 2 Resolutionen vor, 1. von den Abgeordneten Müller und Genossen betreffend die Waaren, welche auf Grund der vor Erlaß der Verordnung abgeschlossenen Verträge eingeführt waren und 2. von dem Abgeordneten v. Salisch betreffend die Erhebung eines Zolles von sonst zollfreien Waaren im Falle eines Zollkriegs. Beide Resolutionen sind in der zweiten Berathung schon erörtert worden.

Heute wird folgende Resolution von den Abgeordneten Mirbach und Luz eingebracht: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, schleunigst dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem der Zoll auf aus Rußland eingehenden Hopfen auf den Zoll erhöht wird, welcher zur Zeit für deutschen Hopfen bei der Einfuhr nach Rußland zu entrichten ist.

Abg. Müller (natl.) empfiehlt die Annahme seiner Resolution, wendet sich aber gegen die des Abg. v. Salisch, durch welche ein Zollkrieg nur verhängt werden würde. Redner richtet an den Bundesrath die Frage, ob die in Transitlagern befindlichen Waaren von dem Zollzuschlag befreit sind und ob auf Verträge, deren Ausübung sich über mehrere Jahre erstreckt, in welchem Falle also die russischen Waaren die Grenze noch nicht überschritten haben, Rücksicht genommen werden wird.

Staatssekretär v. Bötticher: Ich halte es für ganz unzweifelhaft, daß die in Transitlagern befindlichen Waaren, welche also die russische Grenze bereits überschritten haben, der Begünstigung des früheren Zollfußes theilhaftig werden. Bezüglich solcher Abchlüsse, deren Erledigung auf eine längere Reihe von Jahren läuft, wird der Bundesrath in jedem einzelnen Falle wohlwollend prüfen, ob eine bona fides vorhanden ist und ob die Umstände so liegen, daß man aus Billigkeitsgründen die Begünstigung auch auf diese Abchlüsse anwenden kann.

Abg. Gamp (Reichspartei): Wir müssen damit rechnen, daß die Verhandlungen mit Rußland vielleicht nicht zu einem Ergebnis führen, daß der Zollkrieg vielleicht noch verhängt wird. Für einen solchen Zustand fehlt es in unserem Tarifgesetz an einer Handhabe; die Resolutionen sind in dieser Beziehung nicht scharf genug.

Abg. v. Seereman (Z.) spricht seine Befriedigung aus über die entgegenkommenden Erklärungen, welche die verbündeten Regierungen abgegeben haben; er wolle alles vertrauensvoll der Entscheidung des Bundesrathes überlassen und hoffe, daß dadurch das reelle Geschäft vor Schaden geschützt werden wird.

Abg. Graf Mirbach: Daß ein Zollkrieg etwas Unangenehmes ist, kann ich nicht ohne Weiteres zugeben. Das mag zutreffen für die Industrie, aber nicht für die Landwirtschaft. Wenn wir keine Industrie hätten, würde ich die Fortdauer dieses Zustandes wünschen. In Bezug auf die Verordnung sind wir vollständig einverstanden mit der Regierung, deshalb müssen wir auch gegen den Antrag Müller-Seereman stimmen. Jedenfalls sollte die Regierung nicht so weit gehen, da einen Zollnachlaß zu gewähren, wo sich auf Grund des Zollkriegs ein verstärkter Import erst entwickeln hat.

Abg. v. Salisch (Nl.) bedauert, daß die Zollserhöhung gegenüber Rußland nicht hoch genug ist. Ganze Heerden von Gänsen, die von Rußland eingeführt werden, bleiben zollfrei. Die Landwirtschaft würde es sich gern gefallen lassen, daß im Interesse der Industrie die Superphosphatölle erhöht würden, wenn nur auch die Interessen der Landwirtschaft vertreten würden. Die Aktienpinnerien machen ganz schöne Dividenden, aber die Landwirtschaft leidet durch die Zollfreiheit des Flachses.

Abg. Hammacher (natl.): Ursprünglich wollte der Vorredner nur Kampfzölle auf bisher zollfreie Produkte einführen, jetzt verlangt er aber die Einführung eines dauernden Flachszolles.

Abg. von Kardorff (Sp.): Der Flachszoll ist nur als ein Beispiel herausgegriffen worden.

Abg. Hammacher befreit dieß und meint, daß ein dauernder Flachszoll nicht zur Sache gehöre.

Abg. Nicker (F. Vg.): Ich kann auch nicht begreifen, was die Herren eigentlich wollen; 1879 haben die Herren von der Rechten selbst gegen den Flachszoll gestimmt.

Abg. von Kardorff: Seitdem hat sich die ganze Situation vollständig verändert.

Abg. Müller warnt davor, daß neue Patente zur Behandlung des Flachses allzu sanguinisch aufzufassen; es sind schon viele Patente genommen worden, ohne daß etwas herausgekommen ist.

Abg. v. Salisch erklärt, daß er zunächst nur während des Zollkriegs einen Flachszoll Rußland gegenüber eingeführt wissen wolle; er sei der Meinung, daß ein dauernder Flachszoll für die Landwirtschaft auch wünschenswert wäre.

Abg. Luz (Nl.) weist darauf hin, daß die Einfuhr russischer Hopfens einen ungeheuren Preisdruck hervorbringe. Dazu kommt die Gefahr, daß der russische Hopfen allein oder mit deutschem vermengt als deutscher oder gar als bayerischer ins Ausland geht und den Ruf des deutschen Produktes zerstört. Deutscher Hopfen zahlt jetzt etwa 200 M. Zoll bei der Einfuhr nach Rußland, russischer Hopfen aber nur 20 M., also nur den zehnten Theil. Hier ist eine Minderung dringend notwendig. Das wird nicht als begehrlig ausgelegt werden können, das wird nur als ein Ausgleich zu betrachten sein.

Abg. Nicker (F.): Das Zollverhältnis ist allerdings ein ganz abnormes. Der deutsche Hopfenbau will für sich keinen Schutz, er will nur unter gleichen Bedingungen mit anderen Hopfenproduzenten arbeiten.

Abg. Nicker: Für uns ist die Situation eine fatale; Sie wollen uns zwingen, während schwebender Vertragsverhandlungen über die Kampfzölle zu debattieren. Ich beantrage, die Abhebung des Antrages von der Tages-Ordnung. Mit einem solchen Antrag in die schwebenden Verhandlungen einzugreifen; während sonst der Reichstag sich sehr zurückhaltend in solchen Dingen verhalten hat, ist sehr bedenklich. Heute ist es unmöglich, einen so wichtigen Antrag zu verhandeln.

Abg. Kröber (Südd. V. P.) erkennt an, daß die bayerischen Hopfenpflanzer sich beklagen, aber nicht über die Niedrigkeit des deutschen Zolls, sondern über die Höhe des russischen Zolls, dessen Herabsetzung durch den Handelsvertrag herbeigeführt werden müsse.

Abg. Nicker erklärt, daß er wegen des mangelnden Materials die Kommissionsberathung beantragt habe.

Abg. Luz weist darauf hin, daß die zahlreich eingegangenen Petitionen aus Bayern hinreichendes Material bieten.

Damit schließt die Generaldiskussion. In der Spezialdiskussion wird die Zollverordnung genehmigt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Freisinnigen; die Resolution Müller-Seereman wird gegen die Stimmen der Deutschkonservativen und der Reichspartei angenommen; die Resolutionen v. Salisch und Luz werden der Handelsvertragskommission überwiesen.

In dritter Berathung erledigt das Haus den Freundschafts-, Handels- und Schiffsfahrtsvertrag zwischen dem Reich und Kolumbien.

Abg. Haffe (natl.) bemängelt die Bestimmungen der Art. 5 und 9, nach welchen die Deutschen wie die Inländer behandelt werden sollen, wenn sie sich an Empörungen betheiligen und nach welchen die Deutschen nicht entschädigt werden für Nachteile, die ihnen zugehoben sind ohne Verschulden der Regierung. Eine solche Bestimmung sei nur haltbar, wenn der Staat, mit dem man einen Vertrag abschließt, ein zivilisierter Rechtsstaat sei. In Kolumbien aber fänden oft Empörungen statt und man wisse manchmal gar nicht, welche Regierung die berechnete ist.

Staatssekretär v. Marschall weist darauf hin, daß die Bestimmungen den allgemein geltenden Vorschriften des Völkerrechts entsprechen. Ein Deutscher, der sich an einer Empörung betheilige, könne nicht vom Deutschen Reiche in Schutz genommen werden. Ebenso könne man nur eine Entschädigung verlangen, wenn die kolumbianische Regierung sich einen Fehler habe zu schulden kommen lassen. Im übrigen darf der Vorredner versichert sein, daß die Deutschen im Auslande auf Grund des Völkerrechts nach Möglichkeit geschützt werden.

Abg. Frese (F. Vg.) empfiehlt die Annahme des Vertrags. Der Vertrag wird darauf im Ganzen angenommen; ebenso ohne Debatte in dritter Berathung das Zusatzprotokoll zu dem Vertrage zur Unterdrückung des Branntweinhandels unter den Nordseeischen auf hoher See und das Ausführungsgezet zu diesem Vertrage.

Ohne Debatte wird in zweiter Berathung auf Grund des mündlichen Berichts des Abg. Vachem das Uebereinkommen

zwischen dem Reich und Serbien betr. den gegenseitigen Muster- und Markenschutz genehmigt.

Es folgt die Interpellation der Abgg. Werner u. Gen.: „Sind die verbündeten Regierungen geneigt, angesichts der allgemeinen schlechten Geschäftslage dieses Jahres für die in § 105 E der Gewerbe-Ordnung angeführten Gewerbe eine Verlängerung der Geschäftsstunden bis Abends 10 Uhr am 24. und 31. Dezember d. J. eintreten zu lassen?“ zu deren sofortiger Beantwortung sich der Staatssekretär v. Bötticher bereit erklärt.

Abg. Werner (Deutsche N. P.) spricht seine Befriedigung darüber aus, daß die Interpellation von fast allen Parteien unterzeichnet sei; er habe dankbare Zuschriften von vielen Seiten erhalten und wolle den Dank auf die übrigen Unterzeichner übertragen. Er bedaure deshalb umso mehr, daß einzelne Zeitungen sich auf den engen Parteistandpunkt gestellt und behauptet haben, daß der Antrag nur die mühsam erlämpfte Sonntagsruhe zerstören will. Wir freuen uns über die endlich herbeigeführte Sonntagsruhe; aber die Handlungsgehilfen, glaube ich, werden bei der jetzigen Geschäftslage gern bereit sein, ein kleines Opfer zu bringen, indem sie hoffen, wenn sie einmal selbständig werden, ähnlich behandelt zu werden. Unbegreiflich ist der Standpunkt der Sozialdemokraten, welche mit der „Kreuz-Zeitung“ in ein Horn stoßen. Diese Uebereinkunft scheint mir sehr bedenklich und ich würde den Herrn Reichskanzler, wenn er anwesend wäre, auf diesen Gegenstand aufmerksam machen und auch darauf, daß die Sozialdemokraten der Berliner Stadtverordnetenversammlung unseren Antrag bekämpft haben natürlich ebenso wie die Börsesteuer lediglich aus dem Grunde, um die bestehende Gesellschaftsordnung und namentlich den Mittelstand, der das Fundament des Staates ist, zu vernichten. Wir erwarten von der Regierung eine günstige Antwort und die Anpreisung, daß das Verlangen ein berechtigtes ist.

Staatssekretär v. Bötticher: Die Regierung hat die Frage eingehend verfolgt, aber eine günstige Antwort kann ich dem Vorredner doch nicht geben, denn er hat sich an eine falsche Stelle gewendet. Die Frage gehört vor die Polizeibehörde und es würde sehr bedenklich sein, von der Zentralstelle schablonenmäßig einzugreifen; sodas die totalen Verhältnisse nicht berücksichtigt werden können. Wenn der Vorredner glaubt, daß die Handlungsgehilfen dies Opfer bringen werden, so irrt er sich doch wohl. Die Handlungsgehilfen sind mit der jetzigen Regelung der Sonntagsruhe sehr zufrieden, wie wir aus verschiedenen Eingaben ersehen haben. Von einer Beeinträchtigung des Gewerbes kann vielleicht gesprochen werden, aber wenn der Gesetzgeber einmal eine Gesetzgebung durchgeführt hat, so kann er davon nicht nach so kurzer Zeit Abweichungen gestatten. Das würde ein übereilter Schritt sein. Ich glaube, daß man es bei den bestehenden Vorschriften auch für die beiden Tage beläßt. Ich glaube das umso mehr, als in vergangenen Jahren, als für den sogenannten goldenen Sonntag ein weiterer Handelsverkehr gestattet wurde, über die sonst erlaubten Stunden hinaus der Verkehr außerordentlich minimal gewesen ist. Die Anträge sind nicht beantwortet, ich weiß nicht, ob die verbündeten Regierungen zu irgend einer Maßregel geneigt sind; von einem Antrage bitte ich die Herren dringend abzusehen.

Damit ist die Interpellation erledigt.

Es folgt die Berathung des Uebereinkommens mit der Schweiz, betreffend den gegenseitigen Patent-, Muster- und Markenschutz.

Abg. Hammacher (nationalliberal) weist darauf hin, daß das schweizerische Patentgesetz nicht so umfassend sei, wie das deutsche; es würden nur Erfindungen, aber nicht Verfahren patentiert und es sei keinem anderen Staate, auch England und Frankreich nicht, gelungen, die Schweiz zu weiteren Zugeständnissen zu bewegen. Das sei begreiflich, denn kein anderer Staat als gerade Deutschland habe ein so erhebliches Interesse daran, daß die Patentierung ausgedehnt wird, namentlich zum Schutz seiner Farbenindustrie. In Basel bestehen wenige Fabriken, welche sich lediglich mit der Ausplünderung deutscher Patente befassen. Man wundert sich z. B., daß Esch-Lothringen so wenig deutsche Farbewaaren verbraucht; es ist aber eine Thatsache, daß diese Waaren aus der Schweiz über die Grenzen geschmuggelt werden.

Geheimer Regierungsrath Haus erkennt an, daß ähnliche Klagen der Regierung bekannt geworden sind. Uebrigens ist das Abkommen nicht in perpetuum abgeschlossen, sondern auf sechsmonatliche Kündigung. Ergiebt sich die Schädlichkeit desselben, so kann die Kündigung erfolgen. Es ist also kein Grund vorhanden, das Uebereinkommen zu verwerfen.

Das Uebereinkommen wird darauf der Handelsvertragskommission überwiesen.

## Literarisches.

Karl Dendell: Buch der Freiheit. II. 8°. (Verlag der Expedition des „Vorwärts“.)

In den wilden trohigen aufreißerischen Akzenten des Goethe'schen Prometheus hebt Dendell's Buch der Freiheit an und in ruhig, erhabenen Versen aus Schellen's „Entsetztem Prometheus“ klingt es aus. Dort die stolze Rebellion des selbstbewußten Mannes, der nimmermehr erschrickt vor der dürftigen Majestät der Himmlischen. In des Britten hoffnungsfüllem Hymnus sieht Prometheus, der Vorwärtstreibende, der Vorwärtsschauende Wirren und Drangsal, Lüge und Heuchelei, Sklaverei und Jaksucht überwunden; und der „Geist der Stunde“ entwirft vor des Prometheus freudestrahlendem Auge ein trostreiches Gemälde der Zukunft, da der Mensch befreit sein wird und skeptisch, befreit von Furcht und huldigender Demuth, sein eigener König!

Nicht ohne Vorbedacht hat Dendell für sein „Buch der Freiheit“ solchen Eingang und solchen Ausklang gewählt. Der gährende Drang nach Selbstbestimmung und die Verbeugung des endlichen Sieges haben beide in Goethe's und Schellen's Dichtung den weihenollsten dichterischen Ausdruck gewonnen. In dem einen ährt und tobt die Aufregung des Kampfes nach, heißer, leidenschaftlicher Athem durchweht es, Frieden und Verklärung besetzt das andere. Beide Dichtungen aber bedeuten ein doppeltes Programm. Sie erläutern, was der Herausgeber des eben erschienenen Buches wollte. Ein Reichtum wollte er geben, in dem sich lyrische Dichtungen warnender, anfeuernder und tröstlicher Poeten deutscher oder fremder Zunge vereinigen. Wo ein Sturmurf erbraut, wo ein Trommelwirbel erklingt, wo der Haß gegen Unrecht und Unterdrückung eine besessene Sprache spricht, sei es in leidenschaftlicher Anklage, sei es in in grimmiger Satire, wo moderner, freier Gedankenflug sich offenbart, das vor Allem möchte Karl Dendell aufnehmen. Sein Buch sei ein Geleitbuch für Jeglichen aus den Reihen der kämpfenden Menschheit. Es spricht: Wacht auf! es reißt den Allernweltsträumer aus seiner Verschlossenheit; es schärft das Gewissen; es rüttelt an dem Bequemem, das erschaffen will; es spornet mit seinen wuchtigen Anklagen — Dichtungen sind Richterungen — zum Ausharren; und es verkündet, wie hoch alledem und alledem der Wahrhaftigkeit die Siegeskrone zufallen müsse über die Lüge der menschlichen Gemeinamkeit über die gewaltthätige Jaksucht.

Tendenzdichtungen sind's, die hier gesammelt sind; aber daß die Tendenz zugleich in edlen poetischen Formen in die Gemüther der Leser überströme, daß war mit der führenden Absicht bei Karl Dendell. Das ist für mich nach meiner persönlichsten Empfindung besonders erfreulich an dem Buche, daß ich bei seiner Tendenz die künstlerische Wärme, die künstlerische Reife nicht vermisse. Darin scheint mir das neue Werk einen nicht unwesentlichen Fortschritt gegenüber der Gedichtsammlung „Vorwärts“ zu bedeuten, aus der übrigens die energischsten dichterischen Neuerungen in das „Buch der Freiheit“ übergegangen sind.

Wenn die Fähigkeit, seine Empfindungen in aller Lebhaftigkeit, in allem Schwung auf seinen Nebenmenschen übertragen zu können, den Künstler macht, so sehe ich nicht ein, warum ich dilettantisches Stammeln, und sei es auch noch so heißer, guter Gemüthsauwallung geboden, der überzeugungskräftigen künstlerischen Gewalt vorgehen soll. Ich freue mich dessen, daß die Grundstimmung, die in meiner Seele lebt, in verhältnismäßig so vielen echten Dichtungen wiederhallt.

Und es ist eine stolze Befriedigung für mich, daß es jetzt nicht mehr nötig wird, gereimte Zeitartikel, wenn sie nur tendenziell sind, als Poesie anzugeben. Ein Drittes noch ist es, was ich besonders hervorheben möchte. Es zeugt von Muth und Zuversicht, wenn man heute dem Proletarier, der nach geistigen Höhen ringt, ein Werk anvertrauen darf, in dem Gedankenrichtungen ersterer Art, in dem die Freenfülle eines Goethe und Schiller, eines Renau und Platen, eines Heine und eines Gottfried Keller, eines Byron und eines Schellen, eines Carducci und eines Glinka, eines Ibsen und eines Turgenjew Platz und Stätte finden.

Das Buch der Freiheit ist ein Versuch, daß darf man nicht vergessen. Daß die Sonne des modernen Freiheitsbegriffes noch viel mehr Strahlen aussendet, als sie die vorliegende Dichterei durchleuchtet und durchwärmten, war auch dem Herausgeber, wie er in seinem Nachwort vom 10. November d. J. schreibt, klar genug. Das sah er selber ein, daß in seinem Buch der Freiheit die Gerechtigkeitsansprüche der Frau, wie sie das Bewußtsein der Gegenwart ausprägt, nur spärlich vertreten sind. Aber das ist nicht seine Schuld. Die revolutionäre Logik der Vergangenheit mit ihren starken Instinkten für den politischen Freiheitsbegriff hat sich um die modernen gesellschaftlichen Probleme, um die veränderte Stellung von Mann und Weib nicht gekümmert; und die neue revolutionäre Lyrik ist so sehr mit Gedankenüberfracht beladen, daß ihr zumeist eines fehlt, was ich das Draufgängertum nennen möchte. Für mangeln's an sinnlich-packer Gewalt, sie ergeht sich zu gern in Abstraktionen, sie liebt die Weite, nicht den knappen lyrischen Ausdruck, der wie ein Hammerschlag trifft.

Ich spreche natürlich im allgemeinen und sehe trotz meiner Einwendungen eine willkommene Bereicherung darin, daß Gedichte Altencron's, Mackay's, Bierbaum's, Hart's, Conrad's, Dendell's u. a. m. in die Sammlung aufgenommen wurden. Allein mir scheint, weniger wäre hierbei mehr gewesen. Ein bißchen Shakspeare und Schiller mehr und weniger Mackay, das wäre wohl erfreulicher geworden im Sinne eines Volksbuchs großen Stils. Ich meine, so herrliche Sprache, gleich klar vernehmlich für den Gelehrten und für den einfachsten Sinn, wie der folgende, hätten sich aus Shakspeare mehr holen lassen:

— Durch zerlumpte Hader  
Scheint selbst das kleinste Raßer durch.  
Antsmantel und polverbräunte Röcke decken Alles.  
Blattir die Sünde nur mit Gold, gleich bricht  
Die starke Lanze der Gerechtigkeit  
Ohnmächtig ab; belleide sie mit Lumpen  
Und eines Narren Strohhalm sticht sie durch.  
Wohl weiß ich, daß auch modernste Stimmungen warm  
sinnlichen, liebermäßig knappen Ausdruck finden können. Ich  
sehe von Altencron's ergeisterter Ballade „Bedder Läng“ mit  
dem Rehrrein „Lieber todt, als Sklave“ ab. Auch Mackay's  
begehrten sind in manchen Gedichten zu echter Empfindungs-  
lyrik geworden, so daß kein Rest nücherner Reflexion übrig  
bleibt. Gerade ein Dendell'sches Gedicht ist mir ein Beispiel  
hierfür. Friedhof ist es benannt. Eine einfache Friedhofsjene.  
Es haben einen Freund begraben. Stumm drängt sich die  
Menge am Grabe. Da dröhnt es: „Auseinandergeh'n! Und  
schon war Helm an Helm zu seh'n.“  
Nun flog ein Kranz mit rothem Band  
Wohl auf des Grabes Mitte;  
Und als er auf den Hügel sank,  
Da zogen schon die Wächter blank  
Der Nacht und frommen Sitte.  
Der Regen goß, der Sturm schrie auf —  
Blut floß um Kranz und Hügel,  
Und ruhig von des Kranzes Schlauf  
Ein Vogel stieg gen Himmel auf  
Mit purpurothem Flügel.  
Aber derlei lyrisch besetzte Gedichte machen nicht die Stärke  
der Modernen aus; und es wäre mehr Raum gewonnen worden  
für unmittelbar wirkende, von heißem Odem erfüllte Dichtungen  
aus dem Ausland. Da ist z. B. das Parientied aus der Todten-  
feier des Polen Adam Mickiewicz. Das hat die Muse  
Gottfried geboren, da lobet in jeder Verzweile der Groll über  
Derrichast der russischen Kräfte, in jedem Wort flammt  
Empörung auf, und doch ist in dem ganzen Gedicht kein



Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Gewährung von Unterstützungen an Invalide aus den Kriegen vor 1870, über welche im Namen der Budgetkommission der Abg. P i e r s e h berichtet. Die Kommission hat mehrere Änderungen vorgeschlagen, namentlich den Rechtsweg eröffnet.

Beim § 1 richtet Abg. Pring Schwaich-Carolath die Bitte an den Bundesrat, baldigst eine Vorlage zu machen, wonach bei den Invaliden, welche im Reichs- und Staatsdienste sich befinden, die Pensionen nicht gekürzt werden sollen. Redner wünscht ferner eine Änderung der Bestimmungen über den Zivilversorgungsschein und weist darauf hin, daß für Personen, die bei Friedensübungen verunglückt, gar nicht gesorgt sei.

Abg. Vachem (Z.) weist darauf hin, daß nach seinen eigenen Erkundigungen und Erfahrungen bei den letzten Mandaten mehrere Landwehrleute direkt an den Strapazen der Mandate gestorben sind. Die Zahlen, welche darüber angegeben sind, waren zum Teil abschreckend. Sache der obersten Kriegsverwaltung ist es, die Dispositionen für die Mandate zu treffen. Aber wenn Landwehrleute, welche meist Familienväter sind, zu Schaden kommen, müssen ihre Familien wenigstens ausreichend versorgt werden. Jetzt besteht dafür keine gesetzliche Bestimmung. Es ist eigentlich wunderbar, daß ein solcher Vorschlag nicht sofort dem Reichstag zugegangen ist.

Abg. Richter (Fr. Sp.): Wer beim Mandat zu Schaden kommt, hat weiter keinen Anspruch als auf die Invalidenpension, die einem militärischen Rangverhältnis entspricht, nicht aber dem Ausfall, den er in seinem Erwerbleben erleidet. Für die Hinterbliebenen eines tödlich Verunglückten giebt es überhaupt keine Entschädigung, obgleich jeder Arbeiter der Privatindustrie und seine Hinterbliebenen in einem solchen Falle Renten erhalten. Was für die Arbeiter der Privatindustrie gilt, sollte auch für die Soldaten gelten.

Abg. Bebel: Wir haben in der Kommission eine Resolution beantragt, wonach die Invalidenpensionen nicht gekürzt werden sollen bei Invaliden, welche im Reichs- und Staatsdienste sich befinden und wonach die höchste Verrentungszulage bewilligt werden sollte. Diese Resolution wurde mit 9 gegen 7 Stimmen abgelehnt, weil es nach der Anschauung der Regierungsvorsteher ganz unmöglich sei, die Tragweite dieser Bestimmungen zu übersehen und sehr bedeutende Anforderungen an das Reich gestellt würden. Meine Freunde haben diese Resolution heute nicht eingebracht, weil sie doch nicht alle Wünsche in bezug auf die Invaliden umfaßt und außerdem zunächst nur verlagert ist. Der Reichstag wird Gelegenheit haben, bei den Staatsberatungen auf diese Punkte zurückzukommen. Schon jetzt aber möchte ich Sie davor warnen, den Antrag der Regierung auf Uebernahme von 60 Millionen aus dem Invalidenfonds in den Betriebsfonds der Reichsverwaltung anzunehmen. Sie würden damit die Möglichkeit nehmen, die berechtigten Wünsche der Invaliden zu berücksichtigen.

Abg. Thomsen (Fr. Sp.) bittet die Anstellungsentchädigung, d. h. die Entschädigung für die Nichtbenutzung des Zivilversorgungsscheins, auch den ehemaligen schleswig-holsteinischen Militärs zu gewähren.

Generalleutnant von Spitz erklärt, daß das nicht anständig sei.

Darauf wird das Gesetz in seinen einzelnen Paragraphen angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrags der Abg. v. Wenda und Genossen, der von Mitgliedern aller Parteien unterstützt worden ist: Den Reichskanzler zu ersuchen, die den Mitgliedern des Reichstags gewährten freien Eisenbahnfahrkarten unter den Bedingungen, wie dieselben vom Beginn der zweiten bis zum Schluß der fünften Legislaturperiode im Gebrauch gewesen sind, wieder herzustellen und dem Reichstage von der Entschädigung hierüber schleunigst Mitteilung machen zu wollen.

Abg. v. Wenda (natl.): Wir haben uns vorher über die Ausdehnung unseres Antrags im Hause informiert, und er wurde von der überwiegenden Mehrheit und den einflussreichsten Mitgliedern des Hauses befürwortet. Im ganzen Hause wird es erwünscht sein, über diese Frage nicht in eine umfangreiche Diskussion einzutreten. (Zustimmung.) Meine Freunde wünschen, daß einfach abgelehnt würde.

Abg. Camp (Rp.): Die meisten Abgeordneten befinden sich schon jetzt im Besitz von Karten, die sie in die Lage versetzen, mit ihren Wahlkreisen in Fühlung zu treten. (Widerspruch links. Aufse: Total falsch!) Dann könnte man die Freikarten nach dieser Richtung erweitern. (Wahl links.) 1873 war man allgemein der Meinung, daß die Eisenbahnfahrkarten nur gelten sollen für die Fahrt zwischen Berlin und dem Wohnorte. (Widerspruch links.) Redner beruft sich auf die Aushörungen der einzelnen Redner bei jener Beratung u. a. auch auf Schulze-Delitzsch. (Zuruf links: Er wollte noch mehr, er wollte Diäten!) Wenn Diäten eingeführt werden, wird eine ge-

donan zu finden, daß der Dichter über seine Absicht grübelt: „nun will ich einmal Haß predigen“. Wenn ich einen besonderen Wunsch aussprechen darf, dann wäre es der: Für das Buch der Freiheit den Kreis der Dichtungen fremder Jungen zu erweitern und die jüngste Lyrik, soweit sie auch in ihrer Reflexion nicht energischer Spannung voll ist, dafür einzuschließen. Karl Wendel's Dichterlese aus dem Ausland ist wohl umfassender, als feinerzeit die aus dem „Vorwärts“. Allein die Gleichheit ihrer Stimmungen großer freundschaftlicher Dichter ist das edelste internationale Band. Warum diese Jier nicht noch glänzender ausgestalten? So finde ich von Ida Negri, der jungaufstrebenden, gluthvoll enthusiastischen Italienerin, eine pechichte Ode in Wendel's Sammlung. Ida Negri ist eine Kämpferin von so hohem und edlem Pathos, und zugleich eine so seltene Erscheinung im jungen Italien, daß ich gerne noch einem oder dem anderen ihrer Gesänge Raum gegönnt hätte.

Nicht mit feierlicherem Geiz, glaube ich, wendet sich das Buch der Freiheit an die Hand- und Kopfarbeiter deutscher Jung, als Ida Negri's Ode „Seid gegrüßt!“ sich an die Kämpfergewohnten Alle wendet. Und so schreie ich denn mit den Schlussversen Ida Negri's, die die feierlichen Absichten des Wendel'schen Sammelwerkes am besten kennzeichnen mögen:

Euch grüß ich, die der heil'ge Stolz der Arbeit Durchflammt, euch, die der Tod beim Schaffen hinrafft, Euch, wackre Kämpfer des Gedankens und des geschwungenen Hammer!

Vor mir vorüberziehn in strengen Bildern Der bleichen Mädchen unglückselige Schaaeren, Vorüberziehen in der Fabriken Schraubstock gepreßte Frauen.

Und müde Kinder und vergnante Stirnen, Terriffene Glieder und entstellte Miene, Und eine wegemüde, ungeheure erdbahle Volkshast...

Von ferne hör' ich ein Gelb von Stimmen, Der Rechte, Dämmer und der Pidel Schläge; Ich aber singe frei durch dieser Erde verworren's Ärmern.

Dich sing' ich, o zerstreute, arbeitfame O große, menschliche Familie! Vorwärts! Kämpfe und siege! Schließe Dich zusammen zur Glückseligkeit!

Auf! Arbeitsteden, auf! Zu Siegers Häupten Und der Gefallen'nen letzten Todesringen, Mit mildem Auge schau're Zukunft spendend, Leuchtet die Sonne.

wisse Einschränkung des allgemeinen Wahlrechts notwendig sein. Wenn ich mich zu entscheiden hätte, würde ich mich lieber für Diäten als für die freie Fahrt entscheiden. (Zuruf links: Wir auch!) Die letztere kommt nur den Agitatoren zu Gute. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Zur Information wären die Reisen allerdings sehr gut, aber die Preisfahrkarten sind früher nicht dazu benützt worden, denn sonst könnte z. B. nicht eine so große Unwissenheit über die Verhältnisse der östlichen Provinzen herrschen (Lachen und Widerspruch links), man könnte nicht von der großen Grundrente und von der Liebesgabe reden. Ich stelle Ihnen anheim, die Resolution anzunehmen; ich bin persönlich dagegen und ein Teil meiner politischen Freunde stimmt mir zu.

Abg. v. Kardoff (R. Sp.): Ein Teil der Gründe des Vorredners ist unschwer zu widerlegen. Ich will darlegen, weshalb ich für den Antrag stimme. Der Reichstag hatte auf seinen Antrag die Preisfahrkarten erhalten und es lag ihm Grund vor, darin eine Änderung eintreten zu lassen ohne Zustimmung des Reichstags. Darin habe ich eine Verminderung der Rechte des Reichstags gesehen und deshalb stimme ich für den Antrag. Abg. Richter verzichtet auf das Wort.

Abg. Richter stellt fest, daß Schulze-Delitzsch sich 1874 für die Einrichtung ausgesprochen habe. Damit schließt die Debatte. Der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen. Dagegen stimmen nur von der Reichspartei die Abg. v. Gillingen, Schulz-Eupik, Puschner, Graf Arnim, Baumbach, v. Stumm, Scherre und Stephan. Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Handelsverträge)

## Lokales.

**Parteienossen**, welche gewillt sind, heute, Dienstag, bei der Wahl im 4. Bezirk zu helfen, werden ersucht, früh 8 Uhr, Schäferstr. 53 bei Kiesel zu erscheinen.

**Aufforderung.** Der am Sonntag Abend gegen 12 Uhr von einem Beamten in der Hermannstraße, Rixdorf, mißhandelte Mann wird ersucht, seine Adresse in der Redaktion des „Vorwärts“ abzugeben.

**Als keine Despoten** spielen sich oft die Bürgermeister und Gemeindevorstände der kleinen Orte auf. So wurden in Großsch vor kurzem Parteienossen von dem dortigen Druckereibesitzer, der zugleich Redakteur des dort erscheinenden amtlichen Wochenblattes ist, abgewiesen, als sie ihm eine Bestellung auf sozialdemokratische Flugblätter machen wollten. Der Herr Bürgermeister habe schon neulich, als er ein „Eingekandt“ über den „Arbeiter-Bildungsverein“ gebracht, ihm Verwürfe gemacht und gesagt, er „verhülle“ ja den Arbeiterverein. Der Redakteur des Wochenblattes muß sich dem Herrn Bürgermeister natürlich fügen.

**Arminhaken.** Die Genossinnen und Genossen, insbesondere die Mitglieder des Wahlvereins des ersten Berliner Reichstags-Wahlkreises werden hierdurch noch besonders aufgefordert, zu der heute Abend stattfindenden öffentlichen Versammlung recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen, es sind seitens der Polizei bei Ertheilung der Bewecheinigung über die erfolgte Anmeldung der Verammlung Weiterungen gemacht worden, welche auf noch andere Möglichkeiten schließen lassen. Es sind aber auch die nötigen Vorbereitungen für derartige Eventualitäten getroffen: darum Alle recht pünktlich zur Stelle. Nöthigenfalls sind Vorkehrungen für eine zweite Versammlung getroffen.

**Die städtischen Schulkommissions-Vorsteher**, deren Amt bisher als unbesoldetes Ehrenamt galt, halten an ihrer vor längerer Zeit aufgestellten Forderung einer monatlichen Vergütung von 15 M. für Vergabe eines „Antzimmers“ fest. Ein dahin gehender Antrag ist zuerst in der Vorsteher-Versammlung vom 21. Februar 1893 gestellt und nach langer Debatte mit Stimmenmehrheit angenommen worden. Darauf antwortete die Schuldeputation, es sollten für Abnutzung und Reinigung des Zimmers 5 M. pro Monat gezahlt werden, jedoch nur auf Antrag der einzelnen Vorsteher. Dieser Bescheid rief in der Vorsteher-Versammlung vom 16. Mai eine sehr lebhafter Debatte hervor. Schließlich wurde das Anerbieten der Schul-Deputation abgelehnt, und der Antrag vom 21. Februar erneuert. In der Vorsteher-Versammlung vom 28. November hat nun die Schul-Deputation durch ihren Kommissar erklären lassen, daß sie an ihrem Bescheid festhalte. Daraufhin haben die Vorsteher den Beschluß gefaßt, beim Magistrat Beschwerde zu erheben. Nun sitzen in den Schulkommissionen neben kleineren Kaufleuten und Handwerklern eine ganze Menge recht wohlhabender Leute. Wir ahnen an, daß der Antrag auf Entschädigung von den weniger gut situierten Mitgliedern ausgeht, von denen mancher die Entschädigung vielleicht wirklich brauchen kann. Aber sie wird für alle ohne Unterschied verlangt. Es könnte die Frage entstehen, ob nicht, wenn die Vorsteher mit ihrem Antrage durchdrängen, die besser Situierten unter ihnen die Entschädigung als ein „Almosen“ auffassen würden. Wir glauben es nicht, obwohl uns z. B. für einen Fabrikbesitzer 15 M. pro Monat im Rückblick auf sein sonstiges Einkommen immerhin ein bißchen schmerzhaft vorkommt. Aber vielleicht macht ein oder das andere „freistündige“ Blatt nächsten die Entdeckung, daß diese Entschädigung in der verlangten Allgemeinheit eigentlich doch etwas Veleidigendes an sich habe und in der That beinahe einem „Almosen“ gleiche. Die freistündige Presse kam wenigstens mit diesem Einwand, als die sozialdemokratischen Stadtverordneten forderten, daß sämmtliche Gemeindevorstände, und die Mehrheit von der Stadt unsonst geliefert würden, und die Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung, die den sozialdemokratischen Antrag ablehnte, stellte sich auf denselben Standpunkt. Als später die sozialdemokratischen Stadtverordneten forderten, daß die Devisenfektion der Wohnungen und Sachen bei ansteckenden Krankheiten allgemein unentgeltlich sei, da wurde ganz ähnlich geantwortet, daß dadurch nur den Reichen eine Wohlthat erwiesen werden würde, die sie gar nicht verlangten. In beiden Fällen blieb es bei der Unentgeltlichkeit nur dann, wenn ein dahin gehender persönlicher Antrag gestellt und die Bedürftigkeit nachgewiesen wurde. So ungefahr will es jetzt auch die Schuldeputation mit den 5 M. gehalten wissen. Aber das paßt den Schulkommissions-Vorstehern nicht. Sie sollen nicht einmal ihre Bedürftigkeit nachweisen, sie sollen nur einen persönlichen Antrag stellen; aber das ist ihnen auch noch zu demüthigend. Vielleicht wird man jetzt mit einem Male dahinter kommen, daß nicht die Allgemeine, sondern die ausnahmsweise und erst auf besonderen Antrag geleistete Entschädigung den Charakter eines „Almosens“ hat, — ein Standpunkt, den die sozialdemokratischen Stadtverordneten bei ihren oben erwähnten Anträgen vertraten. Und wenn die Herren Vorsteher nur die nötige Ausdauer besitzen und ihren Antrag immer wieder erneuern, dann wird man am Ende auch noch zu der Ueberzeugung kommen, daß doch wohl ein allgemeines Bedürfnis vorliegt. Wenn es „nothwendige“ Großgrundbesitzer giebt, warum soll es da nicht auch „darbende“ Fabrikanten geben?

**Der Jung ländlicher Arbeiter nach den großen Städten** und der daraus sich ergebende „Mangel“ an Arbeitern auf dem Lande, d. h. an billigen und willigen Arbeitern, die sich für einen Hungerlohn nach Herzenslust schinden lassen, hat schon manchen Leuten, die diesem unbenommen „Mangel“ gern abgeholfen hätten, arges Kopfschmerzen verursacht. Jetzt hat die hiesige landwirtschaftliche Verlagsbuchhandlung von Paul Parrey einen Preis von 300 M. aufgesetzt für die beste Beantwortung der Frage: Welche Einrichtungen der Bisherigen sind geeignet, ländliche Arbeiter vom Zug nach der Stadt zurückzuhalten? Wir schlagen als Antwort vor: „Mehr Lohn und weniger Schinderei.“

**Die Sonntagruhe** scheint man den Briefträgern zu Weihnachten noch ganz besonders verlämmern zu wollen. Am Sonntag, den 24. Dezember, werden bei allen Postanstalten im Bezirk der kaiserlichen Ober-Postdirektion Berlin die Paket-Annahmestellen, sowie die Paket-Ausgabestellen, an den beiden Weihnachtstagen dagegen sämtliche Paket-Ausgabestellen zu denselben Zeiten, wie an Wochentagen, für den Verkehr mit dem Publikum geöffnet sein. Ferner wird am Sonntag, den 24. d. M., außer den beiden gewöhnlichen Früh-Briefbestellungen in Berlin noch eine viertelstündige Früh-Briefbestellung, und zwar um 1, 2, 3 und 4 Uhr stattfinden. Auch werden in Berlin am 24. Dezember, Nachmittags von 1 bis 5 Uhr, die Briefkästen wie an den Wochentagen geleert werden.

Während den Arbeiten und Angestellten in Handlungsgeschäften trotz des Bescheides der Unternehmer die Sonntagruhe am Weihnachtabend wenigstens zum Teil bleibt, beliebt man im Reich des Herrn v. Stephan augenscheinlich tapfer am alten Kurse festzuhalten. Nicht ohne Grund rühmt unser Unternehmertum voller Begeisterung am Herrn Staatssekretär des Reichs-Postamts, daß er dem ärgsten aller Arbeiterfeinde, dem Reichskanzler seligen Andenkens, am gotthällichsten sei.

**Die Influenza-Epidemie** hat gegenwärtig in Berlin einen so bedeutenden Umfang angenommen, wie es vor drei Jahren bei ihrem ersten Auftreten der Fall war. In ganz ungewöhnlich starkem Maße werden die Krankenkassen in Anspruch genommen und bei manchen derselben beträgt die Zahl der angemeldeten Influenzkranken ein Drittel bis zur Hälfte der Gesamtanmeldungen. Seit dem 12. November d. J. sind bis zum 10. Dezember 155 Todesfälle an Influenza gemeldet worden, der Zugang an derartig Erkrankten in den hiesigen Krankenhäusern ist ein ganz bedeutender und wird die Zahl solcher Patienten demnächst in der amtlichen Statistik ausgenommen und unter Infektionskrankheiten veröffentlicht werden. Als auffallend an der Epidemie wird ärztlicherseits bezeichnet, daß besonders kräftige Personen ihr den wenigsten Widerstand zu leisten vermögen; es empfiehlt sich bei den ersten Anzeichen der tödtlichen Krankheit, die mit Gliederschmerzen, Druck in den Augäpfeln, Mattigkeit, Kopfschmerz beginnt, sofort das Bett zu hüten und ein Schwämmittel einzunehmen. Auch soll der Kranke nicht eher ausgehen, als bis der Arzt es gestattet, da der Rückfall der Influenza fast immer Lungenerkrankung mit sich bringt.

**Häuslinge aus dem städtischen Arbeitshaus** zu Nummelsburg kann man seit kurzem täglich durch die Königsstraße ziehen sehen. Sie werden beim Umzuge derjenigen städtischen Bureau verwendet, die in das jetzt fertig gestellte Dammhühlen-Gebäude übersiedeln. Man sucht in dem Zuge der Häuslinge, der das Aussehen aller Passanten erregt, vergebens nach einer gewissen Größe oder einer frischen Farbe im Antlitz. Ueberall knochige, eigenthümlich fahle Gesichter! Dabei ist die Haft im Arbeitshaus, welche auch für Betteln und Nichtverschaffung eines Unterkommens verhängt wird, noch eine verhältnismäßig milde Strafe. Sie gestattet eine ausgedehnte Beschäftigung im Freien, und der größte Theil der Häuslinge des städtischen Arbeitshauses wird thätig zu Arbeiten auf den städtischen Pflanzgärten verwendet. Wenn die Häuslinge trotzdem so heruntergekommen aussehen und namentlich auch die so charakteristische Gefangnisfarbe tragen, dann dürfte das zum Theil an der Verdüftung liegen, die im Jahre 1892/93 täglich mit 33 1/2 Pf. (gegen 88 1/2 Pf. im Jahre 1891/92) pro „gefunde Person“ und mit 67 1/2 Pf. (gegen 67 1/2 Pf. im Vorjahre) pro „kranke Person“ beiritten worden ist. Außerdem dürften sich aber auch die Folgen eines elenden Vorlebens nachträglich bemerkbar machen. Die Häuslinge der Arbeitshäuser gehören nämlich der „untersten“, d. h. bedauerenswerthesten Stufe des Proletariates an. Bei den im Jahre 1892/93 in das städtische Arbeitshaus neu eingeleiteten Häuslingen erfolgte die Einlieferung wegen Bettelns bei 907 Männern und 9 Frauen, wegen Nichtverschaffung eines Unterkommens bei 648 Männern und 29 Frauen. Manchem dieser Unglücklichen mag allerdings das Arbeitshaus noch als ein willkommenes Obdach erschienen sein.

**Wie sind die Hausnummern- und Straßennamen-Schilder** am zweckmäßigsten herzustellen und anzubringen? Am zweckmäßigsten, d. h. so, daß sie am besten gesehen und gelesen werden können? Gegen die schwarzen Nummern und Namen auf weißem Feld werden Einwände erhoben, und umgekehrt weiße Nummern und Namen auf schwarzem Feld vorgeschlagen. Das wäre jedoch unzweifelhaft eine Verschlechterung. Wir erlauben uns aber einen Vorschlag zu machen, der wenigstens für die Dämmer- und Nachtstunden entschieden eine Verbesserung wäre, nämlich die Nummern und Namen statt schwarz auf weiß roth auf weiß herzustellen. Aus Gründen, die hier näher auszuführen nicht der Platz ist, ist roth auf weiß in der Dunkelheit weit leichter zu erkennen, als schwarz auf weiß. Wir überzeugten uns hiervon auf Nacht-Bergmärschen in der Schweiz, wo der Alpenklub Plade durch Kalkfelsenstreifen mit rothen Wegzeichen hat versehen lassen, weil diese, wie wir selber erprobt, auf dem weissen Grund bei Nacht leichter und weiter zu erkennen sind, als schwarze Zeichen. Ein Jeder kann sich leicht von der Richtigkeit überzeugen, wenn er in der Dämmerung gegen den weissen Ofen schwarze und rothe Stücke Papier halten läßt. Die letzteren werden sich dunkler abheben und bei größerer Dunkelheit sichtbar sein als die schwarzen.

Was die Hausnummer betrifft, so scheint uns allerdings das Beste zu sein, dieselben nahe der Klingel anzubringen und die Zahl erhöht, ähnlich wie die Blindenschrift und — roth auf weißem Grund — dann kann jeder auch bei der größten Dunkelheit die Nummern, wenn das Gesicht verjagt, durch das Gefühl, d. h. durch Betastung erkennen. Vielleicht könnte ja jedes Haus zwei Nummern haben — die eine oben am Thor oder darüber — die andere an oder neben der Hausthür in Klingelhöhe.

**Zum Charitebofott.** Die Ortskrankenkasse der Gürtler beschloß, der Charite keine Kranken mehr zu überweisen, es sei denn, sie verlangten selber ausdrücklich, in dieser Anstalt überführt zu werden.

**Nahrungsmittelfälschung.** Das Polizeipräsidium läßt alljährlich Proben von dem Pfefferküchen entnehmen, der hier zum Weihnachtstische als Honigkuchen verkauft wird. Einige Konditoreibesitzer haben sich nun zusammengethan, schon jetzt den Ankauf von Proben bewirkt und diese durch einen Chemiker auf ihren Inhalt untersuchen lassen. Dabei hat sich in acht Fällen ergeben, daß der von sogenannten Bazarern feilgehaltene Honigkuchen keinen Honig enthält, sich vielmehr als eine Mischung von Syrup und minderwerthigem Mehl erweist. Dieses Ergebnis wird der Polizei unterbreitet.

**Interessante Nachspiele** hat der Konkurs der Gräflin Reichsches Brauerei gehabt. Der Massenverwalter hatte den Weiterbetrieb der Brauerei durchgesetzt und bis zum 1. v. Mts. für die Gläubiger einen Ueberzugs von 51 000 M. erzielt. Ein Gläubiger B. aus Stettin trat ursprünglich mit einem Pfandrecht an die Brauerei hervor und erwirkte auch einen Gerichtsbescheid, wonach ihm die Brauerei übergeben werden sollte. Dagegen wies der Konkursverwalter nach, daß eine förmliche Uebergabe an den Pfandgläubiger seitens des Grafen Reichsach nicht stattgefunden habe; der Gerichtsbescheid wurde wieder umgehoben, und der Verwalter in seine alten Rechte eingeseht. Das gesammelte frühere Personal ist daher wieder eingestellt worden.

**Einen „Anderverkauf“** veranstaltete der Handlungsgeselle Baum, welcher bei dem Kaufmann J. in der Grenadierstraße angeheiratet war. J., der Junggeselle ist, war erkrankt, lag seit längerer Zeit im städtischen Krankenhause und hatte die Führung seines Postaments, Anz- und Schnittwaarengeschäfts seinem Angestellten Baum übertragen. Dieser aber benutzte die Gelegen-



heit, einen „reellen Ausverkauf“ zu arrangieren; er verkaufte die Lagerbestände in Posten an Konkurrenten zu sehr billigen Preisen, bis durch Zufall durch einen Geschäftsfreund J. S. der Ausverkauf zur Kenntnis des kranken Prinzipals gelangte. Wie sich nun herausstellte, hat Baum die aus den verkauften Waaren gelösten Beträge für sich behalten und im Umgang mit fädelichen Frauenpersonen vergeudet. Nun erfährt J. auch, daß der vielversprechende junge Mann sich in drei Geschäften, in welchen er vorher in Stellung war, ähnliche Veruntreuungen habe zu Schulden kommen lassen. Sämtliche geschädigten Firmen haben nunmehr der Staatsanwaltschaft Mitteilung gemacht, weswegen Baum dieser Tage verhaftet wurde.

**Aus der Bergel'schen Filzschuhwaarenfabrik** wird uns mitgeteilt, daß derselbe keine Sonntagsarbeit verlangt hat. Die entgegenstehende, und übermittelte Mitteilung, nach der ein Fabrikinspektor für Zulässigkeit einer Sonntagsarbeit sich ausgesprochen haben sollte, beruht auf einem Mißverständnis.

**„Komm den Damen zart entgegen“** — Du gewinnst sie auf mein Wort. Doch wer ist es und wovon, kommt vielleicht noch besser fort.“ Am 7. Dezember löste der Gendarm Klotzsch zu Reinickendorf im Gottschalk'schen Lokale die von etwa siebzehn Frauen und Mädchen besuchte Versammlung nach einem mit Beifall aufgenommenen Vortrage des Fräulein Ottilie Baader auf. Nach dem Grunde befragt, erwiderte er: „wegen einer Heuwerbung der Frau da.“ Eine weitere Aufklärung gab es nicht. Nach der Versammlung bemerkten die Teilnehmerinnen der Versammlung, daß der Gendarm für ihre Ruhe in noch höherem Maße besorgt war: er hatte vor dem Vortrage die Haupteingangstür schließen und das Schlüsselloch durch einen Gendarmen bewachen lassen. — Die eingelegte Beschwerde wird ergeben, ob der Landrath des Niederbarnimer Kreises mit der Auslegung des Eingangs angeführten Goethe'schen Zitats dahin einverstanden ist: das knappe Recht der Frauen und Mädchen, sich zu anderen Zwecken als denen des Klatschaffens oder des Menschenfleischmarktes zu vereinigen, ist politisch zu unterbinden, die Sicherung von Versammlungsbefucherinnen gegen etwaige Feuergefahr und dergleichen ist durch polizeilichen Verschluss der Haupteingangstür zu beseitigen.

**Die Frommen unter sich.** Einiges Aufsehen erregt ein Strafverfahren, das gegen den Hofprediger Rogge aus Potsdam schwebt. Ihm wird Verleumdung der katholischen Geistlichkeit und Orden zur Last gelegt. In einer Versammlung des evangelischen Bundes habe er den Kaplan Pauke beschuldigt, daß er auf Schlechwege und bei Testamentsvollstreckungen evangelische Personen von ihrem Glauben abwendig mache. Vorgesetzten haben bereits Zeugenvernehmungen in der Sache durch den Richter v. Podewils stattgefunden. Zu den Zeugen gehört der Dr. E. von einer kleinen katholischen Zeitung, der in jener Versammlung anwesend war.

**Zur Vorsicht** mahnt ein schwerer Unglücksfall, den der 88 Jahre alte Fiseleur Smg aus der Prinzenstraße in der Nacht zum Freitag erlitten hat. Als er um Mitternacht von Bekannten nach Hause ging, fing es zu schneien an. Smg, der in der einen Hand ein Paket trug, die andere aber in die Tasche gesteckt hatte, verlor bei der entstandenen Glätte den Halt und kam in der Oranienstraße zu Fall. Von einem vorüberfahrenden Wagen der Pferdeisenbahn absteigende Herren brachten ihn nach der Sanitätswache in der Adalbertstraße. Dort ergab sich, daß das linke Bein und Schienbein gebrochen war, der Knochen des Schienbeins durch das Fleisch gedrungen war und dabei eine Schlagader getroffen hatte. Smg mußte nach dem Krankenhause am Urban gebracht werden und kann leicht das Bein einbüßen. Es empfiehlt sich, bei plötzlich eintretender Glätte die Hände nicht in die Taschen zu stecken, sondern die Arme frei zu behalten, weil man sich dadurch leichter aufrecht hält.

**Durch falsche Handhabung eines Fahrstuhls** ist wiederum gestern ein junger Mann verunglückt. Der 21 Jahre alte Maschinenkloster Kurt Martini aus Friedrichshagen hatte auf dem Grundstück Blumenstr. 70 Ausbesserungen an einem Fahrstuhl vorzunehmen, der sich an der Außenwand eines Fabrikgebäudes befand. Dabei sah er durch Zufall das Führungsgesam, der Stuhl setzte sich in Bewegung und klemmte den Kopf Martini's an das Mauerwerk, so daß ein Genickbruch erfolgte und den sofortigen Tod zur Folge hatte.

**Der Inhaber der Firma Silberstein u. Landsberger,** Barnimstr. 22 schreibt uns: „Die Mitteilung des „Vorwärts“ daß der Revers, den die Arbeiter bei mir unterschreiben sollten, denselben ihre Rechte kürzte, erkläre ich hiermit für unwar und nicht den Tatsachen entsprechend. Der Revers giebt den Arbeitern gleiche Rechte wie dem Arbeitgeber, er lautet wörtlich: „Für die Zeit, während welcher wir nicht arbeiten, gleichviel ob wir auf unseren eigenen Wunsch oder auf Wunsch des Herrn Landsberger die Arbeit aufgeben, sind wir nicht berechtigt, irgend welchen Lohn oder Entschädigung von Herrn Landsberger zu beanspruchen.“ Daß die Arbeiter wesentlich anderer Ansicht sind als der Herr Landsberger brauchen wir unseren Lesern wohl nicht erst auseinander zu setzen.

**Todt aufgefunden** wurde am Sonntag Vormittag gegen 11 Uhr in ihrer Friedenstr. 8 belegenen Wohnung die dem Tante ergeben gewesene 74 Jahre alte Witwe Wilhelmine Henkel. Da sich an der Leiche keine Verletzungen feststellen lassen, so muß angenommen werden, daß der Tod infolge von Alkoholvergiftung eingetreten ist.

**Neu Kindesmord!** Die Zerstückelung der Kindesleiche, welche bei der Kirche in Nixdorf, wie gemeldet, ermittelt wurde, hat eine Klärung gefunden. Die Leiche ist von einem Berliner Arbeiter dorthin gebracht worden, dessen Frau eine unglückliche Entbindung gehabt hatte. Bei derselben ist die Leiche zerstückelt worden. Statt dieselbe nun beerdigen zu lassen, hat der Vater sich ihrer in der gefälschten Weise entledigt. Er behauptet zu seiner Entschuldigung, daß dies in der Dunkelheit geschehen sei. Die Angelegenheit dürfte aber noch ein Nachspiel haben, da zum Mindesten großer Unrug als vorliegend angesehen wird, da die Leichenteile an einem öffentlichen Orte umhergestreut worden sind.

**Sechs Messerstücke in den Kopf** sind dem 82jährigen Maurer Karl Waase, Schwedterstr. 239, in der letzten Nacht gegen 11 Uhr auf dem Bahnhofs Moabit beigebracht worden. Er will mit einem Bekannten dort gewesen sein, als er von einer Motte hinterwärts angegriffen, von einem Unbekannten zu Boden geworfen und mit dem Messer bearbeitet worden sei. Dann hat der Thäter mit seinen Genossen Hergelgeld gegeben, Waase's Verwundungen erschienen anfangs so gefährlich, daß er auf Veranlassung des 88. Polizeiviertels mittels Krankenwagens nach der Charité beordert wurde. Dort hat sich später ergeben, daß die Verletzungen eine Lebensgefahr nicht in sich schließen.

**Polizeibericht.** Am 9. d. M., Vormittags, mochte ein am Weidenweg wohnhafter Klempnergehilfe den Versuch, sich durch Ausschneiden der Fußnägel zu tödten. Er wurde jedoch von seinem Vorgesetzten daran gehindert und kam mit einer anscheinend ungefährlichen Schnittwunde davon. — Ein bei den Erdarbeiten auf der Eiteliner Bahn in der Nähe des Bahnhofs Gesundbrunnen beschäftigter Arbeiter wurde durch eine plötzlich umkippende Lokomotive gegen die Brust geschlagen und durch den in dem Waggonskasten enthaltenen Kies verschüttet. Er erlitt anher inneren Verletzungen einen Bruch des linken Beines. — Beim Abfragen von einem in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagen fiel gegen Mittag auf dem Kottbusser Platz ein Mädchen hin und erlitt derartige Verletzungen, daß es nicht aufstehen konnte und mittels Droschke nach der in der Nähe belegenen Wohnung seines Bruders gebracht werden mußte. — Auf der Kreuzung der Invaliden- und Gartenstraße wurde ein Mann durch einen vorschrittsmäßig schnell fahrenden Geschäftswagen überfahren. Er erlitt einen Bruch des linken Unter-

schenfels. — Nachmittags versuchte ein Dienstmädchen sich im Friedrichshain mit Oblem zu vergiften, es wurde noch lebend nach dem dortigen Krankenhaus gebracht. — Gegen Abend wollte sich ein Eisener-Belehler in seiner Schlafkammer in der Laufherstraße erhängen, wurde aber noch rechtzeitig bemerkt, losgeschneitten und ins Krankenhaus gebracht. — Ein Diener wurde in seiner Wohnung, in der Schönebergstraße, erhängt vorgefunden. — Nachmittags wurde auf einem Prähm auf dem Mühlengraben hinter dem Grundstück An der Schleuse 13 die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden. — Abends geriet auf dem Ringbahnhohe Moabit ein Maurer mit einem ihm unbekanntem Mann in Streit und wurde von diesem durch fünf Messerstücke am Kopfe und an der rechten Hand verletzt. — Am 10. d. M. Vormittags vergiftete sich eine Frau in ihrer Wohnung, in der Bessingstraße, mittelst Oxalsäure. — Vor dem Hause Potsdamerstr. 5 wurde nachmittags ein Knabe durch einen Omnibus überfahren und am Kopfe und an den Händen bedeutend verletzt. — Abends fiel eine Frau auf dem Moritzplatz beim Absteigen von einem in der Fahrt befindlichen Wagen zur Erde und erlitt eine schwere Verletzung der Hüfte. — Am 9. und 10. d. M. fanden sechs Brände statt, darunter einer in der Elisabethkirche, wo der Fußboden infolge von Schabhaftigkeit des Schornsteins in Brand gerathen war.

## Gerichts-Beitrag.

**Beitrag aus dem Gerichtssaal über Wahlbeeinträchtigungen um Berlin herum.** Am Tage der Reichstags-Wahl (24. Juni 1893) wurde der Weber Schöder aus Bernau vom Amtsvorsteher Seeger in Zerpenschleuse aufgefordert, das Wahllokal zu verlassen. Schöder erklärte, daß er nicht, er habe nach § 9 des Wahlreglements ein Recht, im Wahllokal zu bleiben. Herr Seeger erwiderte: dann müßte er sich als Wähler des Kreises Niederbarnim legitimieren. Schöder bezeichnete diese Antwort als zweifellos irrig, legitimierte sich aber zur Vermeidung von Weiterungen. Die Legitimation genügt nicht, behauptete nun der Amtsvorsteher: Sie müssen nachweisen, daß Sie z. B. nicht mit Eheverlust bestraft sind. Ob, meinte der Weber Schöder, das dürfte zwar eine beleidigende Zumutung sein; indessen: hier ist meine Befassung als Vormund. Nun war der Amtsvorsteher mit seinem Latein am Ende. Aber, meinte er, erstens könnten Sie ja alle die Papiere gesunden haben und dann kurz und gut: ich fordere Sie nun auf das Lokal zu verlassen. Nein, replizierte Schöder, ich weiche lediglich der Gewalt. „O Sie! mal den windigen Weber: den nahm ich ja mit einer Hand auf und mit in run“, mischte ein Zeiger des Wahlkomitee's sich hinein. Schöder verbat sich nun ruhig aber sehr energisch ihn weiter zu behelligen. Jetzt ließ der Amtsvorsteher Schöder durch den Amtsdienner verhaften und ins Spritzenhaus sperren. Wiewohl nach kurzer Zeit seitens des Bürgermeisters von Bernau ein Telegramm einging, das bewies, daß Schöder wahlberechtigter Einwohner Bernau's, wurde Schöder bis nach Beendigung der Wahl in Haft gehalten. Nachdem er dann entlassen, erhielt die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin II eine Anzeige des Vorfall's und den Antrag auf eventuelle Bestrafung des Amtsvorstehers. Eine Zeugenvernehmung fand statt. Derselbe bestätigte den Inhalt der Strafanzeige. Alsdann wurde Anklage erhoben — aber nicht gegen den Amtsvorsteher Seeger, sondern — gegen Weber Schöder aus Bernau wegen vermeintlichen Hausfriedensbruchs. Die Verhandlung vor dem Amtsgericht fand dieser Tage zu Liebenwalde statt. Amtsvorsteher Seeger gab als Zeuge zu, daß er den Erlaß des Ministers des Innern gelaufen habe, der unter Anführung des bekannten lammergerichtlichen Urtheils die Behörden anweist, das Recht jedes Wählers zu wahren, während der Wahlverhandlung im Wahlzimmer sich aufzuhalten. Schöder habe auch keineswegs in irgend einer Weise sich störend benommen, auch sei der Saal nicht überfüllt gewesen. Der Amtsrichter bemerkte dem Amtsvorsteher gegenüber: Welche Legitimationspapiere wollten Sie denn noch mehr als die Befassung? Das ist unverständlich. Ferner: Ein Recht zur Verhaftung lag doch nach Ihrer eigenen Angabe nicht vor: doch, das haben ja Sie, nicht im heutigen Termin, zu verantworten. Daß Schöder Sozialdemokrat, war dem Amtsvorsteher natürlich bekannt. Trotz des klaren Sachverhalts beantragte der Staatsanwalt — 40 Mark Geldstrafe wegen Hausfriedensbruchs. Schöder legte kurz und energisch dar, daß Seeger und dem Befehl entsprechende ministerielle Anordnungen zum Schutze des Inappens Rechtes des Bürgers, nicht zur Verletzung durch Beamte gegeben seien. Er verlangte Freisprechung und Aufhebung der Verurteilung auch der ihm durch die Reise zum Termin u. s. w. erwachsenen Kosten. Nach kurzer Beratung verkündete das Schöffengericht zu Liebenwalde das Urteil, vollkommen dem Antrag Schöder's entsprechend. Es könne, hieß es in der Begründung, keinem Zweifel unterliegen, daß Schöder lediglich das durch den klaren Wortlaut des § 9 des Wahlreglements garantierte Recht ausgeübt habe: von einem Hausfriedensbruch seinerseits könne also keine Rede sein. Unberechtigt sei die Hinausweisung und die Verhaftung gewesen. Daß dem völlig unschuldig Angeklagten auch die ihm erwachsenen Unkosten ersetzt werden, sei lediglich billig und entspreche dem Befehl. — Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin II wird nun nicht umhin können, in der Strafsache wider den Amtsvorsteher Seeger bald ihre weiteren Schritte zu ergreifen, zumal der Justizminister ihr gegenüber durch den Oberstaatsanwalt seine Mißbilligung darüber hat aussprechen lassen, daß sie die Strafanzeige gegen einen anderen Beamten des Niederbarnimer Kreises 8 Jahre lang unerledigt gelassen habe.

**Majestätsbeleidigung?** In einer öffentlichen Versammlung der sozialdemokratischen Partei hielt der Buchhändler Franz Theob. Fried. Dieckhoff in Hamburg einen längeren Vortrag über das Verhalten der bestehenden Klassen gegenüber den 10 Geboten. Bei Besprechung des dritten Gebotes rügte er, in welcher Weise sie den Sonntag „heiligen“ und machte dabei Anmerkungen, welche den Zorn und die Gedanken der Goethe über diese Anteiligung wiedergeben sollten. Als er beim vierten Gebote angelangt war, verlas er eine angebliche an die verdächtigten Rekruten des Gardekorps gerichtete Rede des Kaisers. — Auf Grund dieser Anmerkungen wurde Dieckhoff wegen Gotteslästerung und Majestätsbeleidigung angeklagt; doch fand das Landgericht zu Altona, da der Angeklagte so vornehmlich wie möglich gesprochen, nichts Strafbares in seinen Anmerkungen und sprach ihn daher am 7. Juli dieses Jahres von beiden Anklagen kostenlos frei. Die Gotteslästerung ließ auch die Staatsanwaltschaft schließlich fallen. Dagegen protestierte sie in ihrer Revision gegen seine Freisprechung von der Anklage der Majestätsbeleidigung. Nachdem der Angeklagte vor jener Versammlung in längerer Rede ausgeführt, daß die bestehenden Klassen die zehn Gebote nicht beachten, habe er die angebliche, an die Rekruten gerichtete Rede des Kaisers verlesen. Diese Verlesung könne doch keinen anderen Sinn und Zweck gehabt haben, als auch dem Kaiser Irreführigkeit vorzuwerfen und an diesem zu rügen, daß er gegen dieses Gebot handle oder dazu anfordere. Das Reichsgericht hielt diese Begründung für stichhaltig (!), das erstinstanzliche Urteil in mehrfacher Beziehung für unklar, hob es daher am Sonnabend auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurück.

**Ein Gedicht vor Gericht.** Das zur Feier des 18. März vom Genossen Wille verfasste Gedicht, das zum Kampf mit „Geisteswaffen“ auffordert, saherte bekanntlich vor der Strafkammer

des Landgerichts Berlin I zur Freisprechung der Angeklagten (Wille, Maurer und Dimmig). Das Reichsgericht hat jedoch der Revision der Staatsanwaltschaft stattgegeben, soweit diese die Freisprechung Wille's betraf. Es meint in seinen jetzt den Betroffenen zugegangenen Gründen folgendes: „In dem Urteil des Landgerichts wird hervorgehoben, daß das Gedicht zwar vielleicht Bedenken erregen, aber nicht in Betracht kommen könne, weil sich nicht mit Sicherheit sagen lasse, daß es zu dem Zweck aufgenommen sei, die Befehenden zu Gewaltthätigkeiten gegen die Befehenden zu bestimmen. Hiernach macht der Vorderrichter die Anwendbarkeit des § 130 Str.-G.-B. davon abhängig, daß der Thäter die Befehdung des öffentlichen Friedens und die Herbeiführung von Gewaltthätigkeiten beabsichtigt hat und das ist rechtlich irrig.“ Bei Fortführung einer derartigen Judikatur kann man leicht zu dem Ergebnis gelangen: daß der Appell, zu geistigen Waffen zu greifen, strafbar, daß aber der Drehschlegel-Appell der Herren Bahoren Jakraut und Genossen ein edles Agitationsmittel. Es geht nichts über Rechtsprechung durch gelehrte Richter. Ob eine Beurteilung in der nunmehr bevorstehenden Verhandlung erfolgen wird, bleibt dennoch abzuwarten.

**Wie man in Untersuchungshaft kommen kann.** Der wegen Betruges in drei Fällen angeklagte Bäckermeister Karl Hermann Grafenik hat 10 Wochen lang in Untersuchungshaft gefessen und ist von der ersten Strafkammer des hiesigen Landgerichts I nicht nur freigesprochen worden, sondern es wurde ihm auch die fragwürdige Empfehlung, daß die Kosten seiner Verteidigung der Staatskasse zur Last gelegt wurden. Der Angeklagte betrieb hieselbst in dem Hause Gartenstr. 178 ein gut gehendes Wägerei-Geschäft, welches er an den Bäckermeister Teschner verkaufte. Die Anklage verlegte diesen Verkauf in den August d. J. und behauptet, daß der Angeklagte noch nach diesem Verkauf, von welchem er dem Lieferanten keinerlei Mitteilung gemacht, bei verschiedenen Mehlhändlern Mehl bestellt und diese nicht bezahlt habe. Zwei Mehlhändler brachten dies zur Anzeige und es erfolgte am 30. September die Verhaftung des Angeklagten, da angenommen wurde, daß er sich nach dem Verkaufe der Bäckerei unangemeldet hier aufhielt. Ein Antrag auf Haftentlassung wurde abgelehnt. Die Beweisaufnahme vor der Strafkammer ergab nun die völlige Unfälligkeit der Beschuldigungen. Rechtsanwält Sandberg wies nach, daß der Verkauf der Bäckerei keineswegs im August, sondern erst am 17. September stattgefunden und der Angeklagte nach dem Verkauf überhaupt kein Mehl mehr bestellt habe. Da er bis dahin regelmäßig seinen Verpflichtungen nachgekommen sei, habe er keine Veranlassung gehabt, den Lieferanten von den Vorverhandlungen zu dem Geschäftsverkauf Mitteilung zu machen. Derselbe habe sich auch keineswegs unangemeldet hier aufgehalten. Er wollte in Zaderik a. D. ein neues Geschäft in Heu und Stroh betreiben und habe sich ordnungsgemäß dorthin abgemeldet und daselbst auch angemeldet. Als er am 30. September hier verhaftet worden, habe er sich lediglich auf einer Geschäftsreise in Berlin befunden und nur infolge seiner Verhaftung sei er außer Stande gewesen, weiterhin seinen Verpflichtungen nachzukommen. Die Beweisaufnahme bestätigte diese Behauptungen, so daß der Staatsanwalt selbst die Anklage fallen ließ. Rechtsanwält Sandberg beantragte nicht nur die Freisprechung des Angeklagten, sondern auch die Verlastung der Staatskasse mit den Kosten der Verteidigung. Der Gerichtshof entsprach diesem Antrage in vollem Umfange. Er hatte sich überzeugt, daß der Angeklagte den angeblich betrogenen Mehllieferanten keinerlei falsche Vorspiegelungen gemacht habe und hielt es für billig, die Kosten der durchaus notwendig gewordenen Verteidigung der Staatskasse zur Last zu legen. Der Vorderrichter des Reichsgerichtes wies noch darauf hin, daß die Mehlhändler mit ihrer Strafanzeige vorzeitig zu Werte gegangen seien.

**Wahrnehmung berechtigter Interessen?** Der Redakteur der „Mühlhäuser Zeitung“, Dr. Schulze, hatte den Umstand, daß ein Betrunkener in Mühlhausen in Gefängnisgewahrsam genommen und dort verstorben war, zum Gegenstand einer Besprechung gemacht. In dieser Besprechung fand die Strafkammer das Vergehen einer Verleumdung. Die Revision des Angeklagten wurde mit der Begründung verworfen, daß der Einwand des Angeklagten nicht durchgreife, Angeklagter habe als Redakteur, Bürger und Stadtverordneter die Verpflichtung, mindestens das Recht gehabt, den Vorfall zu kritisieren.

**Vom Reichsgericht.** Die Revision des Genossen Eisenbed, Redakteurs des „Braunschweigischen Volksfreunde“ (erster Instanz: 4 Wochen Gefängnis wegen Kritik der Fortführung einer alten schwachen Frau aus dem Hause ihres Sohnes zu Wolfenbüttel nach — Diprophen auf Grund des Unterhaltungswohnsitz-Gesetzes) wurde am Sonnabend verworfen.

## Soziale Uebersicht.

**Die am 7. Dezember** in Bremerhaven stattgehabte Wahl der Arbeiterbeiräte zum Gewerbeamt ergab einen glänzenden Sieg der organisierten Arbeiterschaft. Die von der letzteren aufgestellten neun Kandidaten wurden fast einstimmig gewählt.

**Eine Gehaltsaufbesserung** von fünf Pfennig erhielt laut „Konst. Nachr.“ der Konstanzer Bahnhofarbeiter Schäfer, der nunmehr 25 Jahre die Beleuchtungsapparate reinigt und anzündet: sein Lohn wurde von 2,50 M. und 2,55 M. pro Tag erhöht. Das macht monatlich ca. 1,50 M. und jährlich ca. 18 M. War es der Ruhm, welchen die preussische Bahnverwaltung ernennt, indem sie ihren Unterbeamten, wie wir neulich mittheilten, nach 50jähriger Dienstzeit ein Geschenk von hundert Mark bewilligte, der die badische Bahnverwaltung nicht schlafen ließ?

**Die Gewerkekammer der Provinz Brandenburg** beschloß sich in einer ihrer letzten Sitzungen auch mit der Vorlage der Staatsregierung, betreffend den Arbeitsnachweis. Sämtliche Abteilungen waren dahin einig, daß diese Einrichtungen noch vielfach verbesserungsbedürftig sind. Die Abtheilung für Landwirtschaft wünschte speziell, daß das gewerbmäßige Verdingen von Arbeitskräften von der Ertheilung einer Genehmigung durch die Kreis- und Stadtausschüsse abhängig gemacht werde, und daß die Polizeibehörden angewiesen werden, die Vermietungskomptoire schärfer wie bisher zu beaufsichtigen. Die Abtheilung für Industrie befürwortete eine Regelung des Arbeitsnachweises in der Form, daß Arbeitssucher und Arbeitgeber ihren Bedarf bei den Ortspolizeibehörden angeben sollen. Diese sollen periodisch Sammelberichte in den Kreisblättern veröffentlichen. Die Abtheilung für das Handwerk empfahl Stärkung der Innungsorganisationen, weil dann auch die den Innungen auferlegte Pflicht, den Arbeitsnachweis einzurichten, erfüllt werden könne. Betreffend die Frage, ob die Einrichtung von Versicherungen auf Gegenseitigkeit für den Umfang der Provinz oder kleinerer Kommunalverbände zu erstreben sei, wurde beschlossen, zu erklären, daß die Verluste am besten durch kleinere, auf Gegenseitigkeit beruhende Versicherungsvereine, die zwangswise zu einem provinziellen Rückversicherungsverbande zusammenzuschließen sind, abgemindert werden. Der Herr Oberpräsident wurde gebeten, dahin wirken zu wollen, daß durch einmalige Subventionierung eines provinziellen Rückversicherungsverbandes mit Staats- und Provinzialmitteln die Leistungsfähigkeit der Vereine gestärkt werde. Ueber die Erfahrungen, welche mit der neuen Landgemeinde-Ordnung in solchen ländlichen Bezirken gemacht, in welchen großindustrielle Anlagen bestehen, wurde erklärt, daß sich zur Zeit ein



Urteil über etwaige Mängel noch nicht fällen laßt. Die neue Landgemeinde-Ordnung habe der Industrie des platten Landes die Möglichkeit einer größeren Verheiligung an der Verwaltung und Gestaltung des Gemeinlebens gewährt; die Wirkung dessen war fast durchweg eine segensreiche. Der Friede zwischen den Berken und den Bauernschaften sei wieder hergestellt, es sind die Schulen und andere öffentliche Einrichtungen mehrfach in sichtbarem Aufschwung begriffen. Weniger erfreulich sei das Bild, welches sich darbiete, wo sozialdemokratische Agitatoren die Arbeiterchaften verleiteten, den Klassenkampf in die Wahlen zu den Gemeindevertretungen hineinzutragen.

Sehr begreiflich finden wir den Aerger, der einspunden wird über die Zunahme des Einflusses unserer Genossen in den Gemeinden. Was anderes als dieser Einfluß war es denn aber, was die angeblichen Verbesserungen herbeigeführt hat? Wenn die Herren in der Gewerbe-Kammer sich mit Verbesserungen auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises befaßten, so ist es nur das unausfallsame Vordringen unserer Ideen, das unablässige Fordern der Arbeiter, welches die herrschende Klasse zwingt, den Verhältnissen der arbeitenden Bevölkerung ihr Augenmerk zu schenken. Ohne Sozialdemokratie keine Arbeiterschutzesetze.

**Frankfurt a. M., 6. Dezember.** Im nahen Vockenhain fand gestern Abend eine Protestversammlung der gesammten Arbeiterschaft statt infolge der ablehnenden Haltung der Stadtverwaltung behufs Errichtung eines Gewerbegerichts. Als Referent fungierte Dr. Quast. Redner legte die Nothwendigkeit eines solchen Gerichts dar und schilderte die Erbitterung, welche die Arbeiterschaft infolge der Ablehnung ergriffen habe. Die Debatte spitzte sich in scharfen Angriffen gegen die Stadtverwaltung und den alles beherrschenden „Verein für Handel und Industrie“ zu, der durch seine verwandtschaftlichen Beziehungen alles beherrsche. Die Versammlung nahm schließlich eine Resolution an, die sich auf den Standpunkt des Referenten stellte, und beschloß die Abfendung einer Beschwerde an den preussischen Handelsminister.

Aus Schottland kommt die Nachricht, daß die Bergleute die Arbeit ohne Lohnerhöhung wieder aufgenommen haben, nachdem ihnen die Zusage gegeben war, daß bis zum Februar feinerer Lohnherabsetzungen stattfinden werden.

Die Kohleneinfuhr in England während des letzten großen Streiks betrug nach den Angaben, welche der Präsident des Handelsamts Mundella im englischen Unterhaus machte, 15 000 Tonnen und zwar aus Deutschland 1120, aus Holland 7000, aus Belgien 2500, aus Neu-Südwaales 3500, aus den Vereinigten Staaten Nordamerikas 1200 und aus Frankreich 209 Tonnen.

## Versammlungen.

Die Wähler des 4. Kommunal-Wahlbezirks waren noch einmal vor dem Entscheidungstage am Sonntag, den 10. Dezember, in Partens großem Saal zusammengelommen, um der zündenden Ansprache des Reichstagsabgeordneten Genossen Paul Singer mit Aufmerksamkeit zu lauschen. Reichlicher Beifall folgte der anmuthenden Rede. Hieraus ergab der Kandidat des Bezirks Genosse August Tärrow das Wort. Begleitend auf das soeben verbreitete Flugblatt giebt Redner nochmals eine eingehende Erklärung der Forderungen unserer Partei auf kommunales Gebiet und forderte ebenfalls die Genossen auf, am Tage der Wahl, dem 12. Dezember, voll und ganz ihre Schuldigkeit zu thun. Gegner meldeten sich trotz Aufforderung nicht zum Worte. Der Vorsitzende, Genosse Pfeiffer, machte auf einen neueren Beitrag zu dem Klauenwesen im rothen Hause aufmerksam. Durch ein Konsortium sind 7 Häuser auf der Nordseite der Königstraße angekauft. Eigenthümlich ist insofern der Kauf, als seit längerem die Absicht besteht, die Königstraße zu verbreitern. — Alle Genossen, welche am Dienstag, den 12. Dezember, irgend abkommen können, haben sich früh 8 Uhr bei Kiesel (Restaurant), Schützenstr. 58, einzufinden, um zu helfen, die Säumigen heranzuholen und dahin zu arbeiten, daß der Sieg unser werde.

Eine gut besuchte Versammlung der Werksratdelegirten aller Branchen der Bildhauer fand am 4. d. M. im Vereinslokal statt, in welcher Kollege Winkler ein einleitendes Referat über die Frage hielt: „Welchen Erfolg hat bis jetzt die Wiedereinführung des Delegirtenwesens gehabt, was lehrt das Resultat der Monatsberichte und was denken die Kollegen zu thun, um das Delegirtenwesen zu einer nützlichen Einrichtung zu machen?“ Redner führte noch einmal kurz die Gründe für diese Einrichtung an, indem er betonte, daß nur die Nothwendigkeit, immer wieder von neuem die Kollegen aufzurütteln und anzuspornen, dazu geführt habe, die Werksratvertretung einzuführen. Da speziell in der jetzigen sauren Zeit, wo es dem Arbeiter doppelt schwer fällt, materielle Opfer zu bringen, auch der Besuch der Vereins- wie der öffentlichen Versammlungen ein schlechter ist, so sei es immer noch besser, aus jeder Werkstat ein Vertreter als gar keinen dort zu haben. Wenn nun jeder Delegirte seine Aufgabe ernsthaft erwisse und mit allem Eifer seine Pflicht erfülle, so erwachsen der Organisation wie der allgemeinen Arbeiterbewegung nicht wie bisher wenige, sondern hunderte von Agitatoren. Selbstverständlich sei trotzdem im Auge zu behalten, die Kollegen alle heranzuziehen, damit sie auch ohne Vertretung ihre Angelegenheiten selbst ordnen. Da dies aber nach den bisherigen Erfahrungen nicht gelungen, so müsse es bis dahin eben in oben angegebener Weise versucht werden. Daß damit etwas erreicht werden könne, zeige der regere Besuch der Branchenversammlungen seitens der Steinbildhauer, und auch die Holz- bildhauer und Modellseure haben sich diesem Vorgehen angegeschlossen. Es sind denn auch von allen Branchen Vertreter in die Delegirtenkommission gewählt und in dieser beschloffen worden, Fragebogen an jeden Delegirten abzugeben, welche alsdann regelmäßig, die bestehenden Verhältnisse wiederzugeben durch Ausfüllung der Rubriken, an die Kommission zwecks Zusammenstellung und Veröffentlichung einzusenden sind. Das erste Resultat aller Branchen liegt vor, welches Redner, wie folgt, wiedergiebt.

Es wurden in der Zeit vom 1. Oktober bis Ende November Fragebogen versendet an: 366 Werkstätten der Holzbranche mit ca. 1800 Gehilfen, 14 Werkstätten der Steinbranche mit ca. 150 Gehilfen, 120 Werkstätten der Modellbranche mit ca. 800 Gehilfen, Summa 500 Werkstätten mit ca. 2250 Gehilfen. Ausgefüllt kamen zurück an die Kommission: von der Holzbranche 59 Werkstätten mit 286 Kollegen (davon 143 verheirathet, 143 ledig), 164 Mitglieder, 122 Nichtmitglieder; von der Steinbranche 11 Werkstätten mit 135 Kollegen (davon 70 verheirathet, 65 ledig), 92 Mitglieder, 43 Nichtmitglieder; von der Modellbranche 19 Werkstätten mit 92 Kollegen (davon 50 verheirathet, 42 ledig), 50 Mitgl., 42 Nichtmitgl.; Summa 89 Werkstätten mit 513 Kollegen (davon 263 verheirathet, 250 ledig), 308 Mitglieder, 207 Nichtmitglieder. (Angaben über Lohnhöhe wie Arbeitszeit sind zur Zusammenstellung noch zu unvollständig). Rechnet man noch 45 von der Post als unbestellbar zurückgekommene Formulare ab, so bleiben immer noch 366 Werkstätten mit 1737 Kollegen, welche den Ruf, der an sie von Seiten der Kommission erging, völlig unberücksichtigt ließen. Angesichts dieser Thatsache wäre die Frage aufzuwerfen: Ist die Gleichgültigkeit der Kollegen, wenn es gilt, ihnen einen Spiegel der eigenen Verhältnisse vorzuhalten, so groß, daß eine darauf bezügliche Mühe und Arbeit vergeblich ist? Oder bedeutet dies nur einen ersten unvollkommenen Versuch, dem das nächste Mal bessere Resultate folgen werden? — Das letztere sei nach Ansicht des Redners das zutreffende. Die Agitation dürfe nicht eher erlahmen, als die Verhältnisse der letzten Werkstat klar gestellt sind, um weitere Schritte zur Verbesserung der Lage der Bildhauer vornehmen zu können. — Zum Schluß verliest Redner die Reglemente der 1884 und 1889 eingerichteten Delegirtenkommission. Die Debatte war eine sehr rege und sprachen sich die Kollegen König, Walter, Goeb, Stolle, Brachwitz im ähnlichen Sinne aus. König hob hervor, daß die Hilfe sämmtlicher Delegirten wie Kollegen zur Förderung des Werkes nöthig sei, da durch Versammlungen, Aufforderungen in der Presse u. schon genügend, wenn auch leider mit wenig Erfolg, geschehen sei. Gegentheilige Ansichten wurden nicht laut und wurde zum Schluß eine Resolution angenommen, welche die Verpflichtung ausdrückt, in diesem Sinne zu wirken, damit baldigst aus allen bekannten Werkstätten Vertreter in unserer Mitte sind.

Eine von etwa 2000 Personen besuchte Volksversammlung, die am 8. Dezember in den Germania-Sälen, Chausseestraße 103, stattfand, beschäftigte sich wiederum eingehend mit dem Chariteeboykott. Die Kommission der Krankenkassen für den Boykott der Charitee hatte sowohl den Verwaltungsdirektor, Geh. Ober-Regierungsrath Spinoia, sowie den ärztlichen Leiter, Generalarzt Dr. Schaper und sämmtliche dirigirende Aerzte der Charitee zu dieser Versammlung besonders eingeladen; aus „dienlichen Rücksichten“ hatten mehrere dieser Herren ihre Abwesenheit brieflich entschuldigt. Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung: „Unsere Forderungen und die Charitee-Direktion“ sprach der Vorsitzende, Ubrmacher Käthe. Er betonte zunächst, daß es sich bei diesem Boykott keineswegs um eine parteipolitische sozialdemokratische Angelegenheit, sondern um ein Gebot der Humanität handelt und erörterte dann eingehend die bekannten 10 Forderungen der Boykott-Kommission, deren Bewilligung seitens der Verwaltung ohne Bezug vor sich gehen könnte. Dahin gehöre an erster Stelle die Vermeidung der übermäßigen Belegung der Krankenzimmer der Charitee. Ferner beachtete er die Nothwendigkeit der Vermehrung des Wärterpersonals. Redner schilderte weiterhin die Mängel, die in der Charitee daraus entstehen, daß neben der ärztlichen Leitung und vollständig unabhängig von dieser noch eine Verwaltungsorganisation besteht. Diese zerfällt in Direktion, Inspektoren und Wärterpersonal. Die Inspektoren sind den Ärzten gleichgestellt und besitzen Befugnisse, die ihnen durchaus nicht zukommen; so sind ebenso wiederum die Wärter nicht den Ärzten, sondern den Inspektoren unterstellt. Aus dieser eigenartigen Verwaltung erklären sich auch die vielen Beschwerden der Kranken über das Essen. Zur Erlangung von Extraverordnungen bedarf es dreier Unterschriften und wohl deshalb geschieht es, daß sich häufig die Ausführungen besonderer Verordnungen in der Diät und auch bei Arzneien mehrere Tage verzögern. Nachdem Käthe noch die Kontosse der Zeitungslektüre und den den Kranken fast aufgebrungenen Anspruch durch die Anstaltsgeistlichen scharf getadelt, forderte er zum Schluß unter dem Beifall der Versammlung die Aufhebung der Beschränkungen, denen die Geschlechtskranken in der Charitee gegenüber den anderen Kranken unterworfen sind. — Hierauf referirte Genosse E. Adler über den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Unsere Forderungen und der preussische Staat“. Er führte aus, daß die Boykottbestrebungen sich nur mittelbar gegen die Charitee als solche wenden, in Wirklichkeit aber richteten sie sich gegen die preussische Staatsverwaltung. Nothwendig sei es, daß diese den Fonds der Charitee erhöhe, daß Gelder für einen Reservefonds hergegeben werden und daß vom preussischen Landtag die Mittel zu einem Neubau bewilligt werden, der aber nicht nach dem Plane des Herrn Dr. Schaper sich über ein Jahrzehnt hinziehen dürfe, sondern so schnell als möglich ausgeführt werden muß. Für die Zeit des Umbaus ließen sich Interimsbaracken herrichten. Im Vergleich zu den Summen, die zur Zeit für ärztliche Zwecke verwendet würden, sei der preussische Medizinal-Etat und speziell der der Charitee geradezu lässlich bemessen. Nach Gegenüberstellung der für Klinik, Schule und Krankenpflege im Etat des Kultusministeriums vorgesehenen Beträge und Vergleichung der Ausgaben der städtischen Krankenhäuser und der Charitee stellte Redner folgende vier Forderungen auf:

1. Gewährung eines Staatszuschusses von mindestens 800 000 Mark an die Charitee;
2. Schaffung eines Reservefonds;
3. Säkularisirte Inangriffnahme eines Neubaus nach dem Dr. Schaper'schen Plane, und
4. Provisorische Unterbringung der Patienten in geeigneten Mietshäusern. (Bravo.)

Stadt. Dr. J. Ad. E. verbreitete sich alsdann über den dritten Punkt der Tagesordnung: „Die Ausnahmestellung der Geschlechtskranken.“ Er bezeichnete diese als Ueberbleibsel mittelalterlicher Borurtheile und forderte energisch deren Beseitigung. (Beifall.) An die drei Referate schloß sich eine ausgedehnte Debatte. Auch einige Aerzte beteiligten sich daran und äußerten: die Sozialdemokratie erwerbe sich durch den Boykott der Charitee ein Verdienst um die Allgemeinheit. Die Aerzte der Charitee seien in vielen Dingen gegenüber der Verwaltung machtlos. Verschiedene Mängel erkannten sie rückhaltlos an, jedoch warnten sie vor Uebertreibung, die der Sache nur schaden könnte. Die in der Diskussion wiederholt zur Sprache gebrachten Operationen ohne vorherige Kartose sei in vielen Fällen vom medizinischen Standpunkt aus geradezu eine Nothwendigkeit. — Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die 10. Versammlung giebt ihrer Verwunderung darüber Ausdruck, daß sowohl der ärztliche, wie der Verwaltungs-Direktor der Charitee es sich aus „dienlichen Rücksichten“ versagen mußten, der an sie ergangenen Einladung Folge zu leisten, und stellt an die Charitee-Direktion nunmehr das Ersuchen, sich über die Forderungen der Krankenkassen zu äußern. Die Versammlung erwartet von den Staatsbehörden ausreichende Geldmittel zur Durchführung dieser Forderungen und beschließt, den von den Krankenkassen über die Charitee verhängten Boykott aufrecht zu erhalten und dafür in den weitesten Kreisen zu agitieren.“

Unter anderem wurde noch mitgeteilt, daß die Direktion der Charitee den Vorständen der Krankenkassen jezt den Zutritt zu den Krankenzimmern auch außer der üblichen Besuchszeit gestattet, und weiter, daß bereits eine Anzahl Aerzte der Krankenkassen-Kommission ihre Kliniken zur Unterbringung von kranken Kasernenmitgliedern zu den üblichen Sätzen offerirt haben. In allen Stadttheilen will man leerstehende Wohnungen mieten und zu Kliniken herrichten, denen dann zwecks wirksamer Durchführung des Charitee-Boykotts die demselben beigetretenen Krankenkassen die Patienten überweisen sollen. Gegen 1 Uhr erreichte die Versammlung ihren Schluß.

Die 10. Versammlung giebt ihrer Verwunderung darüber Ausdruck, daß sowohl der ärztliche, wie der Verwaltungs-Direktor der Charitee es sich aus „dienlichen Rücksichten“ versagen mußten, der an sie ergangenen Einladung Folge zu leisten, und stellt an die Charitee-Direktion nunmehr das Ersuchen, sich über die Forderungen der Krankenkassen zu äußern. Die Versammlung erwartet von den Staatsbehörden ausreichende Geldmittel zur Durchführung dieser Forderungen und beschließt, den von den Krankenkassen über die Charitee verhängten Boykott aufrecht zu erhalten und dafür in den weitesten Kreisen zu agitieren.“

Unter anderem wurde noch mitgeteilt, daß die Direktion der Charitee den Vorständen der Krankenkassen jezt den Zutritt zu den Krankenzimmern auch außer der üblichen Besuchszeit gestattet, und weiter, daß bereits eine Anzahl Aerzte der Krankenkassen-Kommission ihre Kliniken zur Unterbringung von kranken Kasernenmitgliedern zu den üblichen Sätzen offerirt haben. In allen Stadttheilen will man leerstehende Wohnungen mieten und zu Kliniken herrichten, denen dann zwecks wirksamer Durchführung des Charitee-Boykotts die demselben beigetretenen Krankenkassen die Patienten überweisen sollen. Gegen 1 Uhr erreichte die Versammlung ihren Schluß.

Im Verein deutscher Schuhmacher (Berlin II.) hielt am Montag, den 4. Dezember, Reichstags-Abgeordneter Kollege Vock einen Vortrag über: „Fortschritt der Armuth im Schuhmacher-gewerbe.“ Der Referent entledigte sich seiner Aufgabe zur vollen Zufriedenheit der Anwesenden. In der Diskussion, an der sich mehrere Kollegen beteiligten, wurde der Antrag gestellt, diesen Vortrag in Broschürenform drucken zu lassen. Aus finanziellen Gründen mußte jedoch der Antrag abgelehnt werden. Kollege Vock versprach aber, in einer demnächst stattfindenden öffentlichen Schuhmacher-Versammlung diesen Vortrag noch einmal zu halten.

Charlottenburg. In einer öffentlichen Versammlung der Maler und Anstreicher, die am 27. November tagte, sprach Frau Palm in einem recht interessanten Vortrage über die Rechtsbegriffe und Rechtszustände des Alterthums, des Mittelalters und der Neuzeit. Besonders eingehend behandelte die Vortragende die Entstehung des Privateigentums und kam dann zum Schluß auf die rechtlose Stellung der Frau in der heutigen Gesellschaft zu sprechen. Hier forderte die Rednerin vor allem die Gleichstellung der Frau, in politischer Beziehung des Wahlrecht. Nach einer ausführlichen Darlegung des Proportional-Wahl-systems schloß Rednerin mit einer Aufforderung an die Anwesenden, sich politisch und gewerkschaftlich zu organisieren. Die Diskussion bewegte sich im Wesentlichen im Sinne des Referats. Eine Resolution, in der die Versammlung ihre Zustimmung zu dem gehörten Referat ausdrückt, sowie sich zum Beitritt in die Organisation verpflichtet, wurde einstimmig angenommen. Zum Vertrauensmann wählte alsdann die Versammlung den Kollegen Steinhäuser und zum Stellvertreter Flemming; zu Revisoren die Kollegen Göbel und Plehmann. Die vom Kollegen Däker gegebene Abrechnung vom Agitationskomitee wurde von der Versammlung gutgeheißen und löste sich sodann die Kommission auf.

Berichtigung. Verband der an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter (Berlin I.). Versammlungsbericht in Nr. 288 des „Vorwärts“. In diesem Bericht muß es heißen: Der Vorstand hat die Motive zur Tagesordnung nicht angegeben. Ferner sind dem Vertrauensmann 50 M. überwiesen.

Freie Vereinigung selbständiger Barbiers, Friseur und Perrückenmacher. Dienstag, den 12. Dezember, Abends 10 Uhr, Monatsversammlung bei Schulz, Steierstr. 18.

Berlin Berliner Handbinder. Dienstag, den 12. Dezember, Abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Soufflerhäuschen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 27.

Öffentliche Bildhauer-Versammlung Dienstag, den 12. Dezember, Abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung in „Königsbau“, Große Frankfurterstraße 117.

„Hilfsverein Norden“. Jeden Dienstag, Abends 8 Uhr, Sitzung im Restaurant „Kassanten-Allee 40 (Arbeitsnachweis).“

## Briefkasten der Redaktion.

W. J. Sie sind nicht der erste Urheber dieses verflucht geschickten Vorschlags. Würden Sie etwas politische Oekonomie studirt haben, bevor Sie die soziale Frage lösten, so wüßten Sie, daß das Geld seinen Werth bloß von der in ihm stehenden Waare Arbeitskraft hat. In dem 20 Markstück steckt die Arbeit des Findens von goldhaltigem Erze, des Schmelzens desselben, der Umprägung u., deshalb erhält man für die im Golde stehende Waare Arbeitskraft circa ebenso viel in Gebrauchsgegenständen stehende Waare Arbeitskraft und deshalb könnte der Besitzer einer Million 3 Hres Papiergeldes elend verhungern. — Lesen Sie im I. Bande des „Kapital“ von Marx den ersten und zweiten Abschnitt (S. 1-109), und Sie werden dann gleich einsehen, daß die soziale Frage sich nicht so einfach lösen läßt. — Uebrigens wollen wir Sie noch an die Geschichte der Assignaten der ersten französischen Revolution erinnern.

Emil Kaiser. Ihr Aufruf kam für die Sonnabend-Nummer zu spät. Am Sonntag hielten wir die Veröffentlichung für nutzlos.

G. Br., Achim bei Bremen. Ihr Bericht eignet sich nicht für den „Vorwärts“; senden Sie denselben an das Bremer Parteiorgan.

Brieg. Ihr Bericht ist durch ein Versehen leider so spät gekommen.

Vorstand der Handschuhmacher Stuttgarts. Wir verweisen auf die im Schreiben geltend gemachten Gründe.

G. B. 21. Bei der Orts-Krankenkasse.

Eine all-renommierte Möbelfabrik m. Dampf- u. Maschinenbetrieb, Prov.-Stadt, m. groß. Kundsch. u. Konfurr. ist günstig zu verkaufen. Selb. fertigt auch ständig bei groß. Aufh. e. Spezial-Artikel. Off. u. J. P. 5135 bef. Rudolf Mosse, Berlin SW.

**Teppiche!!  
Portieren!!  
Gardinen!!  
Steppdecken!!**  
kauft man am billigsten in der Fabrik von **J. Brünn, Sackescher** Stadtbahnhof Ecke.

**Rechts-Bureau.**  
Mendelsjohnstraße 14 von 9-9.  
Rath und zuverlässige Ausführung in allen Rechtsangelegenheiten. [163L\*]  
**Topolinski**, fr. Bureauvorsteher.

Empfehle mein Geschäft in frischen Blumen und Kränzen. 3328 L  
**Robert Meyer**, Nr. 2. Mariannenstraße Nr. 2.  
NB. Um häufigen Irrthum zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.  
Sofort oder später helle Fabrikräume mit Doppeltisch, Fahrstuhl, für jeden Betrieb geeignet, zu vermieten Gerichstr. 2. Näheres beim Verwalter Breitung oder Friedrichstraße 104a, 1. 5626

**Christbaum-Konfekt.**  
Viele Neuheiten empfiehlt:  
1 Kiste fort. Inhalt ca. 430 Stück 2,50 M.  
1 „ „ „ „ ca. 270 gr. Stck. 3,00 M.  
Berlin NO., Landwehrstr. 27, i. Lab.

**Roh-Tabak**  
**A. Goldschmidt, 4435L\***  
am hiesigen Plage wie bekannt grösste Auswahl!  
Garantie für sicheren Brand.  
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Roh-tabake sind am Lager.  
**A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.**  
Vereinszimmer m. Pianino ist zu verk. Beuthstr. 11. E. Langhutt. 51498

**5 1/2 Pfund Albrecht's Bäckerei**  
Brot für 50 Pfennig liefert Wrangel-Strasse 8 Langestr. 26, Falkensteinstr. 28

**Pelzwaaren**  
Einzelverkauf 5155L\* zu Engros-Preisen direkt in der Fabrik von **Goebel & Reinecke**, Stallschreiber-Strasse 50/51, 1. Treppe, Ecke Alexandrinen-Strasse.  
Bestellungen und Reparaturen billig.  
**Billig!!** ff. garant. rein. Vienen-Donig à Pfd. 60 Pf. versendet in Postkoll. J. F. Gebr. Jmler, Konig (Westpr.). 6546  
Ein möbl. Zimmer nebst Schlafstelle zum 15. od. 1. zu verm. Andreasstr. 76, 3 Tr. r. 6596

Saal für 300 Personen, auch im Wähe, ist zum 1. Weihnachtst-Feiertag an Vereine noch zu vergeben. **G. Müller**, 20. Johannstraße 20.

**Tempel's Bierhaus**  
Langestraße 65. 5147L\*  
St. Vereinszimmer mehrere Tage frei.  
**Louisenstädt. Klubhaus**, Annenstraße 16.  
Saal zu Versammlungen und Vergnügen sowie Vereinszimmer empfiehlt **L. Ehrenberg**.  
**Neues Club-Haus**  
72, Kommandantenstr. 72.  
5 Säle (Wähe) zu Festlichkeiten u. Versamml. Amt 17421. **H. Ebert**.



## Die französisch-russische Allianz. Religion und Anleihe.

Paris, den 8. Dezember.  
Mit Blumen und Geschenken überschüttet, sind die russischen Matrosen abgereist. Die russische Regierung hat Frankreich damit aber nicht los gelassen, sie fährt im Gegentheil fort, es mit einem Eifer zu bearbeiten, der fortwährend wächst, seitdem die Summier von Toulon, Paris und anderorts die Pläge und Straßen gestürmt und verstopft haben, um Admiral Kowalew und seine Offiziere anzuholen. Die Summier haben sich ein vierstündiges Fest geleistet; sie würden mit ebensoviel Eifer einen weißen Elefanten begraben haben, wenn man sich die sämtlichen Ausgaben für Illuminationen, Strophen-Aus schmückungen und Schauspiele gemacht hätte. Russland, welches vermuthet, daß dieser Enthusiasmus nur ein Strohhalm ist, thut sein Möglichstes, um dieses Feuer zu nähren; fast täglich berichtet die willfährige Presse Thatsachen, die nur darauf berechnet sind, die öffentliche Aufmerksamkeit in Athen zu erhalten. Bald sind es russische Offiziere, die vom Meer ausbrechen, um Alterthumsforscher zu werden, und die nun zum Studium römischer Ueberreste die Städte des Südens durchwandern. Bald ist es ein russischer Prinz, der in seiner Jagd die Rhone hinunter fährt, bis und da irgend in einer kleinen Stadt anhält, um irgend eine wohl vorbereitete Fuldigung entgegen zu nehmen.

Rahreiche Telegramme, in den Bureau der russischen Gesandtschaft verfertigt, treffen aus allen Ecken Russlands ein, um die Freundschaft Frankreichs zu erwidern und anzupötern. Manche vertheilen freilich ihre Wirkung. Die in Masse vertriebenen Petersburger Studenten danken ihren Pariser Kameraden aus Wärme für die Begeisterung, mit der sie die Offiziere seiner kaiserlichen Majestät empfangen haben. Kaum eingetroffen, wird dieses Telegramm auch schon durch ein Gegen-telegramm demittirt, worin die Petersburger Studenten erklären, daß sie niemals zu einem solchen Dank sich berufen gefühlt hätten.

Die Gesandtschaft glaubte, daß sie vielleicht bei den Arbeitern, die nicht daran dachten zu widersprechen, mehr Erfolg haben würde, und theilte deshalb Dupuy, als er noch Minister des Innern war, eine Depesche aus dem Gouvernement Kozlowa mit, in der gesagt ward, daß alle Arbeiter und Beamte der kaiserlichen Schenapfabrik in Jorriemeh-Powoidky von dem herzlichen und ganz außerordentlich großzügigen Empfang, den alle Gesellschaftsklassen in Frankreich den Abgesandten ihres Vaters, des Haren, zu Theil werden ließen, aus Liebe gerührt seien und daß sie ein Te Deum — mit Anlehnung — für das Gedächtnis Frankreichs, des edlen Freundes von Russland, veranstalten hätten. Gleich die ehrenvolle Neugierde von der im Exile der Gesandtschaft stehenden Presse weiter verbreitet wurde, blieb sie doch unbemerkt; es hat sich kein einziger Arbeiter in Frankreich gefunden, der auf das Telegramm geantwortet und daran geäußert hätte.

Mehr Erfolg hatten die militärischen Adressen. Das 66. Infanterieregiment von Krasnojarsk, das den Jahrestag der Einnahme des Ägyptenpasses feiert, bringt einen brüderlichen Toast auf das Wohl des 65. Regiments der schönen, französischen Armee. — Der Oberst dankt seinen russischen Kameraden herzlich und theilt mit, daß man an die Soldaten Wein vertheilt habe, was die russischen Offiziere ersehen mußte, die ihre Soldaten für untergeordnete Wesen ansehen. Man hatte anfänglich daran gedacht, den russischen Matrosen die Theilnahme an den französischen Festen zu verbieten; aber nach besserer Ueberlegung, begriff man, daß dies einen schlechten Eindruck auf die französische Bevölkerung machen würde; man erlaubte ihnen also, aus Land zu gehen, führte aber keinen einzigen nach Paris. Die Offiziere erhielten den Befehl, den französischen Arbeitern gegenüber ihren aristokratischen Hochmuth abzulegen; sie drückten den Arbeitern die Hände und gingen in ihrer Herablassung soweit, Zigaretten von ihnen sich zu erbitten.

Der Marquis v. Gallifet, der unerbittliche Schlächter der Frauen und der Besiegten der Kommune, wurde durch ein Telegramm der Soldaten des 3. Ural-Regiments geehrt, das mit den drei Worten schloß: „Es lebe Frankreich! Es leben die französischen Waffenbrüder! Es lebe der General Gallifet.“

Dieses Schiden von militärischen Adressen und Telegrammen, daß die französische Armee einmüthig scheint, sich für einen demnächstigen Krieg vorzubereiten, ist nicht ohne Gefahr, es erdichtet die Gemüther, denn man darf sich nicht täuschen; wenn man Russland so warm begrüßt, so geschah es, weil man die Allianz mit ihm als eine Würstchen des Friedens betrachtete. Ein Zwischenfall bei dem Bankett, welches die französische Presse den fünfzehn russischen Journalisten gab, die nach Paris gekommen waren, um den Festen beizuwohnen, — zeigt deutlich, daß sich unter den russischen Friedensbegehrungen etwas anderes verbirgt. Ich berichte den Vorfall nach einem Brüsseler Journal, der „Trois Reig“:

„Der Naoul Canivet, einer der Festveranstalter, welcher den Vorfall führte, hatte sich in seinem Toast darauf beschränkt, im Namen des Propagandakomitees den russischen Kollegen Willkommen zu sagen. In einer Sprache voller Klugheit und Zurückhaltung hatte er auf die Vereinigung (union) der französischen und russischen Journalisten getrunken, als der Hauptredner der Allianz beider Länder.

General Komoroff, der Leiter des „Sowet“, erhebt sich hierauf, um ihm zu antworten. Er beendet seinen Speech mit ungefähr folgender Rede:

„Ich hoffe, daß die Allianz, welche wir heute endgültig besiegelt haben, eine Veränderung der Karte von Europa zum Ergebnis, zum baldigen Ergebnis (résultat prochain) haben wird.“

Sowarin, Leiter der „Neuen Zeit“ und, wie es scheint, Alterspräsident (doyon) der russischen Presse, erhebt sich nun seinerseits und, weit entfernt, die Sprache des Herrn Komoroff abzuschwächen, betont er noch deren Tragweite, indem er ausruft:

„Wir haben soeben die erste Schlacht geschlagen. Ich hoffe, daß wir nächstens die zweite schlagen werden.“

Diese zwei Reden haben das peinlichste Aufsehen erregt, und die anwesenden Journalisten sind einmüthig übereingekommen, den Zwischenfall zu verschweigen. Die sämtlichen Abendblätter veröffentlichen einen fast gleichlautenden Bericht über dieses Bankett, und der Zwischenfall wird mit keiner Silbe erwähnt.

Die russische Allianz ist der Friede — wie das Kaiserreich der Friede war, nach den Worten Napoleons in Vordreuzen, als seine Hände noch roth waren vom Blute des Staatskriegs.

Um den schlechten Eindruck der militärischen Toaste zu vermeiden, hielt es die russische Gesandtschaft für angebracht, eine Nachricht zu verbreiten, die den Jaz in dem Lichte eines Friedensbringers erscheinen ließ. Der „Gaulois“, geleitet von dem Juden Meyer, erhielt den Auftrag zu verkündigen, daß Jar Alexander III. im Jahr 1889 anlässlich des Schmöber-Fests an den Kaiser Wilhelm I. einen eigenhändigen Brief geschrieben habe, in dem er sagt, daß er keinen neuen Angriff auf Frankreich dulden werde.

Die Ente wäre verschluckt worden, wenn Meyer im Uebereifer nicht die Zummtheit gemacht hätte, hinzuzufügen: „Derr Goblet, der damals an der Regierung war, hat seitdem, wie wir erfahren, wiederholt erklärt, daß der russische Jaz thätlich zu unseren Wünschen eingetreten sei (intervenü en notre faveur).“ Goblet, dem so die Bistole auf die Brust gesetzt war, konnte nun nicht schweigen. Er mußte sich gegen die Behauptung verwahren. „Ich habe nie, so schrieb er, von einem solchen Brief Kenntniß gehabt, der, wenn er wirklich geschrieben ward, von dem Kabinet, dessen Vorsitzender ich die Ehre hatte zu sein, nimmermehr erbeten worden ist.“ Die russische Gesandtschaft hatte Recht.

Um den friedlichen Abständen Russlands Gewicht zu geben, wurde der Plan ausgeheckt, die Geistlichkeit von Moskau solle der Kathedrale von Paris (Notre Dame) eine Glocke von ungeheurem Gewicht schenken. Diese 200 000 Pfund schwere Glocke sollte die Friedensglocke heißen, die Glocke des zeitlichen wie des geistlichen Friedens, denn sie sollte nicht bloß die Glocke des Friedens zwischen den Völkern sein, sondern auch die des Friedens zwischen den christlichen Religionen: der griechisch-christlichen und der römisch-christlichen.“

Die einschmeichelnde russische Diplomatie, die Himmel und Erde in Bewegung setzt, um die Gunst der Franzosen zu gewinnen, wachte sich an den Klerns ebensowohl wie an den öffentlichen Gewalten, an die Zeitungen und an den großen Häufen. Der erste Besuch des russischen Admirals Kowalew galt dem Erzbischof von Paris, den man mit der größten Ungenüth von allen Empfangsfeierlichkeiten ferngehalten hatte. Dieser Schritt erregte Saunen. Die katholische Partei hob berechnend die Tragweite und Bedeutung dieses Schrittes hervor. Herr v. Piou, der, trotzdem er bei den letzten Wahlen durchfiel, doch das Haupt dieser Partei geblieben ist, veröffentlichte einen Brief, in welchem er die russische Allianz auf die Täuschungskunst des Papstes zurückführte, der sich zum Beschützer Frankreichs, der ältesten Tochter der Kirche, gemacht habe.

Diese Art, die russische Allianz darzustellen, ist nicht darnach angethan, den Franzosen zu gefallen, welche das Pfaffenregiment (le gouvernement des curés) verabshen und von einer Einmischung der Geistlichen in die Politik nichts wissen wollen. Die „älteste Tochter der Kirche“ ist eine sehr launenhafte Tochter, die sehr wenig Respekt vor ihrer Mutter hat. Vor jezt gerade 100 Jahren schaffte sie alle Skulden „als Aberglauben“ ab und setzte Gott selbst durch ein Dekret ab, wie man einen Polizeidirektor absetzt. Es ist wahr, einige Zeit später setzte sie Gott wieder ein — auch durch ein Dekret. In dieser selben Kathedrale von Paris, welche die zweitausend Jertner schwere russische Glocke empfangen soll, führte die Kommune von Paris auf den Antrag Chaumette's die Göttin der Vernunft ein. Das schöne Fräulein Maillet, die Opernsängerin — das lange Haar unter der phrygischen Mütze (Zotobinermütze) im Wind flatternd, gekleidet in eine weiße Tunika, um die Schultern einen blauen Mantel, eine Pile in der Hand — stromte in dieser Kirche auf einem Sessel, besetzt mit Geschenken und getragen von vier kräftigen Jünglingen. Umringt von einer doppelten Reihe junger und schöner Mädchen und Frauen in weißen Gewändern, und gefolgt von den Mitgliedern des K a o u e n i s, der Präsident an der Spitze, zog sie am 10. November 1793, also vor 100 Jahren und 1 Monat triumphierend in die Kathedrale ein, aus der man den „alten Gott der Juden und Christen“ verjagt hatte. Einige Tage später bezog der Erzbischof von Paris, Monseigneur Goblet, in seinem erzbischöflichen Ornat, das Haupt bedeckt mit der roten Mütze geleitet von einem Heil seiner Geistlichkeit, sich in der Krypta und erklärte feierlich, daß er auf die Würden und Dienste seines Amtes verzichte, da das souveräne Volk den katholischen Kultus verlassen habe. Viele Priester ahmten sein Beispiel nach und „entprieferten“ sich (se déprietrèrent), wie man zu jener Zeit sagte. Um die Kathedrale von diesen Entweichungen zu reinigen, ließ am 10. November die ses Jahres der Erzbischof von Paris Gebete und Sühn-Prozessionen abhalten.

Aber nicht um des lieben Friedens willen macht die russische Regierung an dem Klerus den Hof und zeigt einen so unbrüderlichen Eifer für die katholische Kirche. Sie weiß, daß in den katholischen Taschen Geld ist, und daß die französischen Priester die Kunst verstehen, es aus den Taschen zu holen. Die Prediger und Landprediger waren seinerzeit die thätigsten Agenten der Lesjeps, die ihnen 20 Jaz für jede untergeordnete Mite und Obligation gaben. Statt ihre getreuen Schäflein ins Paradies zu führen, brachten sie deren Geld in die Hölle des Panama; und die Tesel der Finanz schmolzen es im Feuer ihrer tollen Verschwendungen.

Die russische Regierung hat keinen Groschen mehr. Die letzte Anleihe, die sie vor zwei Jahren in Frankreich versuchte, ist gescheitert — Dank den Rothschilden. Diese Juden haben durch ihre Presse verbreiten lassen, der Grund ihrer Opposition gegen die Anleihe seien die Judenverfolgungen in Russland. Das ist nicht wahr; sie pfeifen auf die Söhne Abrahams, wie der erste beste Christ.

Sie wollten das russische Petroleum monopolistren, wie sie schon die Quecksilber- und Nidelminen monopolistren haben. Die Regierung widersehte sich. Darum die Wuth der Rothschilden und ihre Liebe zu den Kindern Israels. Die Lektion hat genügt; die russische Regierung hat sich unterworfen und heut haben die Rothschilden freie Hand, um die russischen Petroleumquellen auszufodern. Sie werden ihre Begierde für die jüdische Sache abkühlen und die Anleihe geschehen lassen, die von der russischen Regierung seit Kronstadt vorbereitet wird. Der Finanzminister skomptirt das Geld schon (verrechnet es schon im Voraus); er hat eine provisorische Emission (Ausgabe) von 50 Millionen Kreuzscheinen, rückzahlbar in Gold! beschlossen. Fünfzig Millionen Rubel sind gleich 160 Millionen Mark. In französischen Taschen hofft die russische Regierung im nächsten Februar dieses Geld zu finden. Und um das Gelingen dieser Anleihe zu sichern, setzt die russische Regierung Himmel und Erde und auch die Hölle in Bewegung.

Gallus.

## Versammlungen.

Die Steinweg-Kammer und Berufsgenossen hatten am 10. Dezember eine öffentliche Versammlung, in welcher Genosse Vorkward über die Nothwendigkeit und Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisation referierte. In der Diskussion stimmte Kollege A. Knoll dem Referenten zu und bemerkte, daß der Arbeiterverein mit dem Gelde der Arbeiter zu dem Zwecke gegründet ist, den Verband der Steinweg zu bekämpfen. Die Versammlung erklärte sich hierauf mit den Anführern des Referenten einverstanden und versprach, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für das Zustandekommen einer thätigsten gewerkschaftlichen Organisation einzutreten, um dann die Mitglieder derselben zu zielbewußten Arbeitern und Sozialdemokraten zu erziehen. Kollege A. Knoll referierte hierauf über die Frage: Wollen die Kammer und Berufsgenossen eine Filiale des Verbandes der Steinweg und Berufsgenossen Deutschlands gründen? Verschiedene Mitglieder dieses Verbandes haben einstweilen noch Bedenken gegen den einfachen Eintritt der Kammer in denselben; daher empfehle es sich für diese, eine Filiale zu gründen und als solche sich dem Verband anzuschließen. Ein festes Zusammenhalten aller Steinweg-Kammer und Berufsgenossen sei schon mit Rücksicht auf die bevorstehende Lohnbewegung nothwendig. Nach längerer, im zunehmenden Sinne gehaltenen Diskussion beschloß die Versammlung, die Filiale zu gründen, und ließ zur Einzeichnung der Mitglieder eine kurze Pause eintreten. Nachdem sich 22 Mitglieder gemeldet, wurden zum provisorischen Vorstand die Kollegen Hauffchild (Vorsitzender), Burian (Schriftführer) und Hebert (Kassirer) gewählt.

Die Wötcher hielten am 10. Dezember eine gut besuchte öffentliche Versammlung ab. Der Delegirte zur Gewerkschaftskommission erstattete seinen Bericht, der lebhaft debattirt wurde. Bezüglich der Ausbringung der Mittel wurde die Bestimmung getroffen, daß der Delegirte in Zukunft eine bestimmte dem Verhältniß der organisirten Kollegen entsprechende Summe von Marken der Gewerkschaftskommission entnimmt, mit denen die innerhalb der Gewerkschaft gesammelten Listengelder quittirt werden. Zum Beschluß wurde ferner erhoben, nachdem eine ganze Reihe Redner theils für theils gegen die Nothwendigkeit eines Gewerkschaftskongresses polemisiert hatten, den Delegirten zu beauftragen, für den Kongreß einzutreten. — Zu Delegirten zur Gewerkschaftskommission werden gewählt: Winkelmann und als Stellvertreter Weber. Als Vertrauensmann wird der Kollege Müller wiedergewählt. Revisoren sind Otto Schmidt und Lorenz. — Der Referent für den ersten Punkt der Tagesordnung, Genosse Müller, hatte trotz seiner bestimmten Zusage sein Versprechen nicht gehalten, sondern kurz vorher ablehnd geantwortet. Die Versammlung beauftragte den Vertrauensmann, weil die Wötcher schon wiederholt auf diese Art in Verlegenheit gekommen sind, in dieser Angelegenheit beim Fraktionsvorstand vorstellig zu werden. — Genosse Rogge referierte dann über die Beschlüsse des Kölner Parteitages. In der ausgedehnten Debatte sprachen die Kollegen Winter, Müller, Schiller, Lorenz und Neumann. Beschlüsse in dieser Hinsicht wurden nicht gefaßt.

In Brieg fand am 4. Dezember eine Volksversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Genossen Zölcke. Reichstags-Abgeordneter Förster-Homburg hielt alsdann einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über das Thema: „100 Millionen neue Steuern“. Einleitend besprach Redner die Vorgänge der unter dem Zeichen der Militärvorlage vor sich gegangenen letzten Wahlbewegung. Der Sieg der Regierung war kein solcher, daß sie darüber besonders erfreut sein konnte. Heute handelt es sich um die Ausbringung der Mittel für die erneute kolossale Heeresvermehrung, und was die sozialdemokratischen Vertreter vorbrachten, bestätigte sich. Statt der 66 Millionen, welche die Regierung für nöthig vorgab, fordert sie jezt, nachdem die gestrige Reichstags-Mehrheit die Militärvorlage angenommen hat, 100 Millionen. Und wenn seiner Zeit vom Reichstagsler das Versprechen gegeben wurde, daß die Lasten auf tragfähige Schultern gelegt werden sollen, so ist jezt der Verdacht, daß damit wieder die breite Masse der ärmeren Volksklassen gemeint sei, zur Wirklichkeit geworden. Die Tabak-Fabrikation soll allein die Hälfte der hundert Millionen aufbringen. Ihre Durchföhrung bedeutet Ruin der Kleinproduzenten; in diesem Falle ist die Regierung unser better Vagator. Der Redner begte keinen Zweifel, daß die Tabak-Fabrikation-Vorlage Gesetz wird; nur unsere Partei wird den Muth haben, geschlossen gegen dieses Gesetz sowohl, wie gegen das bestehende Steuerregime überhaupt, zu stimmen. Hoffentlich ist die Zeit nicht mehr fern, wo alle Indifferenten zur Besinnung kommen und das Volk den Dingen ein Ende macht (Bravo). Nach kurzer Diskussion gab Genosse Gottwaldt seine Abrechnung als Vertrauensperson. Mit dem am 1. August übernommenen Bestand von 26,41 M. betragen die Einnahmen 290,41 M., die Ausgaben 240,50 M. und verblieb somit ein Bestand von 49,91 M. Die hierauf vollzogenen Neuwahlen ergaben folgendes Resultat: Vertrauensperson: Gottwaldt, Revisoren: Eberhardt, L. O. Schulz, Bröfke und Weniger; Diskussionskommission: Schönauer, Schönisch, Groß, Barlich und Kapitz. Über den Bericht der Sozialkommission ergab, stehen in Brieg den Genossen 6 Säte zur Verfügung, 5 Säte sind gesperrt. In 12 Lokalen liegen unsere Parteiblätter aus.

In Nieder-Schönweide fand am Montag, den 4. Dezember, eine Volksversammlung statt, in der Genosse Jubel über den Parteitag berichtete. Nachdem Genosse Wolff den Bericht ergänzt hatte, nahm als erster Redner in der Diskussion Herr List das Wort, der sich in verschiedenen Punkten, weder mit dem Referenten, noch mit dem Parteitag einverstanden erklären konnte. Besonders zur Feier des 1. Mai wünschte er vollständige Arbeitsruhe. Betreffs der Gewerkschaftsfrage bemerkte Redner, daß sie wohl der englischen Gewerkschaftsbewegung gleich kommen könnte, wenn die politische Organisation nicht immer als die allein seligmachende hingestellt würde. In seinem Schlusswort ließ Genosse Jubel dem Redner die gebührende Abfertigung zu theil werden. Der vorgerückten Zeit halber mußte die Versammlung auf Montag, den 11. Dezember vertagt werden.

Köpenick. Der hiesige Arbeiter-Bildungsverein hielt am 5. d. M. im Lokale des Herrn Ludwig eine öffentliche Versammlung ab. Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten bewilligte die Versammlung einem Mitgliede — da das betreffende seines schwachen Augenlichts wegen keine Arbeit bekommt — eine Unterföhrung von 10 M. Hierauf hielt Genosse Finn einen beifällig aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Aus alter und neuer Zeit.“

In einer sehr stark besuchten Volksversammlung in Köpenick sprach L. H. Wächter aus Stuttgart über das Thema: „Wie ward ich als Predigantkandidat Sozialdemokrat?“ Der Referent ging davon aus, wie nur derjenige Sozialdemokrat wird, der vorher mit den heutigen Zuständen unzufrieden geworden. Er zeigte zunächst, wie er als Vikar auf dem Lande die Leute zu einem Suchen nach selbständiger Ueberzeugung anleiten wollte, dies aber als unmöglich einsah, so lange unsere Bauern im ländlichen Kleinbetrieb von früh bis spät sich mit körperlicher Arbeit abrackern müssen. Mit der Sozialdemokratie sei er zum ersten Male durch eine Reichstagswahlrede Webers im Februar 1890 in Berührung gekommen. Die Vorurtheile gegen die Partei hätten bei näherem Kennenlernen sich immer mehr als unbegründet erwiesen, dagegen hätte er immer mehr einsehen lernen, wie richtig die Partei den Kernpunkt alles heutigen sozialen Uebels in der Trennung der Arbeiter von den Arbeitsmitteln erkannt habe. Referent zeigt nun die Folgen dieser Trennung und wie alle Verufe, namentlich die der Gottesarbeit, Interesse haben an der Aufhebung der Geldherrschaft, die sich eben durch jene Trennung der Arbeiter von den Arbeitsmitteln entwickelt hat. Die Diskussion mußte leider sehr beschränkt werden, da die Köpnick-Polizei eifrig besorgt ist, daß um 10 Uhr alles zu Bett geht, um andern Tags wieder recht hübsch die Arbeitskraft in der Herren Dienst stellen zu können. Zum Schluß wurden noch die Revisoren für den Vertrauensmann gewählt.

\*) Wir sagen meist: griechisch und römisch katholisch.



**Jamaica-Rum,**  
 echt u. sa. Literflasche 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Flaschen 10 Pf. billiger.  
 4412R  
**Eugen Neumann & Co.,**  
 6a Belle-Allianceplatz 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81. 3 Oranienstr. 8.

**Fabrik reeller Schuhwaaren**  
**C. Hübner, 13 Rosenthalerstr. 13.** 5282L\*  
 Herr. Zug-Arbeitsstiefel v. 5.— M. an, Damen-Lederzughstiefel von 4.— M. an,  
 do. Zug-Doppelf., sch. Faq. 6,50 do. Knopfstiefel 6,60  
 do. Schafstiefel 5.— do. Luchstiefel, schnür. v. 3,75  
 sowie elegante Herren-, Damen- und Kinder-Pelz- und Tuchstiefel,  
 Filz- u. Gummischuhe in großer Auswahl zu sehr billigen Preisen.

**Damen-Mäntel**  
 Seid. Plüsch-Jaquets, Capes, Abendmäntel, werden von heute ab  
 auch einzeln zu ansehnlich billigen Preisen verkauft in der Fabrik.  
 Unterwasserstr. 9, pari. 5283L\*

**Künstl. Zähne,** vorzügl. u. Garantie, schmerzlos, Zahnschmerz beseitigt, schmerz-  
 loses Zahnziehen. Theilzahlung. Goldstein, Oranienstr. 129.

**Bitte lesen Sie!**  
 Jedem Genossen, der seinen Bedarf an  
**Winter-Paletots,**  
 sowie Anzügen, einzelnen Röcken,  
 Jaquets, Hosen, Westen u. s. w., ferner  
 Stiefeln, Hüte, Wäsche, Betten, gold-  
 und silberne Herren- u. Damen-Uhren,  
**Waschkessel,** Reise- und Goldkoffer  
 u. s. w. billig und gut kaufen will,  
 empfehle mein bekanntes reichhaltiges  
 Lager in Alt und Neu, auch werden  
 verfallene Pfänder verkauft.

**A. Wergien, Schneiderstr.**  
 und Partiewaarenhändler,  
**127 Skalitzer-Straße 127**  
 Bestellungen nach Maß werden billig  
 und gut ausgeführt.  
 Bitte recht genau auf Namen und  
 Hausnummer zu achten. 5055L\*

**Möbel-Tischlerei u. Lager**  
 Polster- und Dekorations-Werkstatt  
**August Herold, Tischlermeister**  
 83/84 Oranienstr. 83/84 **Berlin SW.,** 83/84 Oranienstr. 83/84  
 zwischen Alexandrinen- und Alte Jakobstrasse.  
 Eigene Tischlerei. Eigene Tapezierwerkstätten.  
 Verkauf nur gegen Cassa ohne Zwischenhandel zu Werkstattpreisen.  
 Besichtigung der Lagerräume erwünscht. Illustrierte Musterbücher kostenfrei.  
**Compl. Wohnungs-Einrichtungen von 333—3000 M.**  
 Solideste Preise. Sauberste Ausführung. Reelle Bedienung.



**Die Butter-Handlung**  
**„Zu den Drei Kronen“**  
 empfiehlt in ihren sämtlichen Filialen  
 nur garantiert reine Naturbutter.  
 Detail-Verkauf zu Engros-Preisen.

**Frische feine Tafelbutter à Pfund 110—120 Pfennige.**  
**Gute fette Koch- und Backbutter à Pfund 90—100 Pfg.**  
 W. Kleiststr. 22. NO. Landsbergerstr. 77.  
 SW. Marktgrafenstr. 64a/65. NO. Landsbergerstr. 22.  
 C. Münzstr. 12. O. Andreasstr. 47.  
 C. Alte Schönhauserstr. 19. O. Andreasstr. 63.  
 N. Oranienburgerstr. 4. O. Blumenstr. 1.  
 N. Wörtherstr. 46. SO. Dresdenerstr. 101.  
 NO. Neue Königstr. 85. SO. Reichenbergerstr. 14.  
**Engros-Lager: 77. Landsbergerstr. 77.**  
**Fernsprecher: Amt VII No. 5405.**

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt  
 Berlin SW., Beuth-Straße 2.  
 Freitag, den 15. Dezember 1893  
 gelangt zur Verfassung:  
**Gegen den Militarismus**  
 und gegen die neuen Steuern.  
 Zwei Reichstags-Reden  
 von  
**A. Bebel und W. Liebknecht**  
 gehalten bei der  
 Beratung des Reichshaushalts-Stats am 27. und 30. November 1893.  
 56 Seiten Großoktav mit Anschlag.  
 Preis einzeln 10 Pfg., für Colporteurs 6 Pfg. franko.  
 Die Schrift eignet sich vorzüglich für den Massenvertrieb,  
 namentlich auf dem Lande; die beiden Reden enthalten nicht bloß  
 die rückhaltlose Verurteilung der neuen Steuervorlagen, sondern  
 zugleich auch die schärfste Kritik der gesammten Regierungs-  
 Politik, die gegenüber den Anforderungen des Militarismus  
 die hauptsächlichsten Kulturaufgaben vernachlässigt.  
 Bestellungen sehen wir umgehend entgegen, um in der Ver-  
 sendung keine Unterbrechung eintreten lassen zu müssen.  
**Buchhandlung des „Vorwärts“**  
 Berlin SW., Beuth-Straße 2.

**Ernst Quester's Musikinstrumenten-Geschäft,**  
 Gr. Frankfurterstr. 15, empfiehlt Harmonikas, Saiten und andere Musik-  
 instrumente zu Fabrikpreisen. Verleih-Institut für Mandolins,  
 Geophons. Reparatur-Werkstatt sämtl. Instrumente. 5099R\*

**Musik-**  
 Instrumente wie Zithern, Geigen, Gitarren,  
 Mandolinen u. s. w. Größtes Lager Harmonikas  
 jeder Größe. Spieltische zum Drehen und  
 selbstspielend (alle mit Arbeiter-Liedern), Schweizer Werke.  
**Musik-Automaten für Restaurateure.**  
 Herophons, Aristons u. s. w. **Aug. Kessler, Lausitzerstr. 51.**

Ein grosser Posten  
**Steppdecken**  
 echt Wollatlas (reine Wolle)  
 Größe 150 x 200, Stück 7,50 M.  
 circa 1000 Stück schwere buntfarbige  
**Normal-Schlafdecken**  
 mit kleinen Maschinenflecken, in  
 reizenden Jacquard-Mustern, Größe  
 150 x 200 cm.  
 per Stück 4,50 M. sonstiger  
 feine Stepps- und Schlafdecken gratis  
 und franko. 5789L\*  
**Steppdecken-Fabrik Emil Lefèvre,**  
 Berlin S., Oranienstraße 158.

Diebe-  
 ste und billigste Damenmäntel-  
 fabrik Berlinerstr. 76, 1 **Creppe,**  
 in **Charlottenburg,** verkauft  
 Solimo-Jaquets 5-7 1/2 M., Plüsch-  
 Jaquets 15 M., Regenmäntel 3 1/2  
 bis 7 1/2 M., Capes 7 1/2 M., Plüsch-  
 Jaquets und Damast-Capes von  
 10 M. an. 5044L\*

**KRONEN-GARN**  
 1000 YARDS  
**Bestes Nähgarn!**  
**Damen-Mäntel** neuester  
 Mode  
 sollen schleunigst Hälfte des Preises ger.  
 werden in der Fabrik Seydelstr. 21.

**Teppiche** m. kleinen  
 Webefehl.  
 Sopha-Größe 5, 6, 7, 8—10 M.  
 Salon-Größe 12, 15, 20—30 M.  
**Portiären** 3, 4, 5, 6—10 M.  
**Bettvorleger**  
 à Stück 1,00, 1,50, 2,00, 3—5 M.  
**Läuferstoffe** 0,50, 0,60—1,50 M.  
**Tischdecken** 2, 3, 4, 5—10 M.  
**Steppdecken** 4, 5, 6, 7—10 M.  
**Fabrik A. Michaelis, Berlin,**  
 Friedrichstr. 7, am Belle-Alliancepl.

**Man prüfe selbst BILDERBUCH „Arm u. Reich“ „Der Arbeit ABC.“ Preis 50 Pf.**  
 2. Auflage gelangt vom 12. d. M. zur Verfassung.  
 Erste Auflage, 5000 Stück, vergriffen!!  
 Gegen Einsendung von 60 Pfennig in Marken franko.  
**Alles Original!!** der gesammte Inhalt! Jedem, der im stande ist, die geringste Nach-  
 ahmung des Dieb'schen Bilderbuches in dem meinigen nachzuweisen, zahle  
**A. Hoffmann's Verlag, Pankow (fr. Zeitg.) 1000 Mk.**

**Mode-Waaren-Haus**  
**M. Grünberg** 181 Müllerstrasse 181.  
 am Weddingplatz.  
 Der Ausverkauf des gesammten Waarenlagers dauert bis Ende Dezember dieses Jahres.  
**Verkauf nur gegen Baar zu streng festen Preisen.**  
**Grösstes Manufactur- und Mode-Waaren-Haus des Ostens**  
**Grüner Weg 32 M. Löwinsohn (Juh. L. N. Jacob) Grüner Weg 32**  
 Ecke Andreas-Platz. **Verkauf nur gegen Baar. Streng feste Preise.** Ecke Andreas-Platz.  
 Verantwortlicher Redakteur: Robert Schmidt in Berlin. Druck und Verlag von Max Gading in Berlin SW., Beuthstraße 2.